

muß auch der dazu lachen, der wirklich nichts davon versteht. Verzeihe mir das, wenn ich dir das in der Form sage. So polemisch kann man so ein ernstes Problem wirklich nicht sehen! (Abg. Zellnig: „Wenn man mit Fakten argumentiert, ist es polemisch!“) Und, meine Damen und Herren, Frau Präsident, daß ich ja nicht zu lange rede, wir müssen eine Agrarpolitik für die Zukunft machen. Es ist heute schon ein paarmal angeklungen, neben der ökosozialen Agrarpolitik auch die ökosoziale Marktwirtschaft ist einfach und ich glaube wirklich unumgänglich heute in Europa schon erkennbar und wird darüber hinausgehen. Es gibt heute schon Wissenschaftler, die sich sehr ernst mit diesem Problem befassen, die befürchten, daß sich der Meeresspiegel heben wird, daß durch vermehrte Belastung der Umwelt und so weiter der Sauerstoffbedarf ein zu geringer für die Menschheit wird, die dort lebt, und da müssen wir natürlich auch am Energiesektor schauen, daß wir zu einer besseren Energie kommen. Da wird es notwendig sein, bei der nächsten Steuerreform diese Dinge auch entsprechend zu berücksichtigen. Gerade unser steirischer Kammeramtsdirektor Heinz Kopetz ist ein Pionier in dieser Frage, er hat hier wirklich schon ein großartiges Papier ausgearbeitet. Ich hoffe, daß Sie das unterstützen, und, Franz Zellnig, als Bundesobmann der sozialistischen Bauern hast du eine gute Möglichkeit, dann auch die Gesinnung in deiner Partei für die österreichischen Bauern einzusetzen.

Abschließend, meine Damen und Herren, nur ein Wort zur EG: Pertl Buchberger hat es schon gesagt, wir waren keine Euphoristen in der Hinsicht. Wir waren aber Realisten. Und wir können, wo über 60 Prozent unseres Marktes schon mit der EG verbunden waren, sicher nicht sagen, das interessiert uns nicht. Ich halte es deshalb für richtig, daß der Antrag für Verhandlungen gestellt wurde, und Riegler hat es immer gesagt, Voraussetzung für ihn als Landwirtschaftsminister – und Minister Fischler folgt ihm in diesem Gedanken, die Erhaltung des ländlichen Raumes, das heißt, die Erhaltung der Strukturen, die Erhaltung des ländlichen Raumes wird ein Problem für die österreichischen Bauern sein, weil man dort wirklich sieht, daß der ländliche Raum auch im europäischen Raum und vor allem der österreichische, das Bergland in Kärnten, Tirol, Steiermark und das südliche Weinland, wirklich große Chancen als Erholungsland haben. Wir werden diese Dinge sehr genau diskutieren, und wir werden sehen, wie es sich ergibt. (Abg. Günther Ofner: „Keine Belehrungen!“) Dann werden wir darüber reden, aber nicht immer Leute verunsichern. Der Haider redet ihnen heute das wildeste Gespenst ein, und wenn er morgen wieder unter Leuten ist, wo er EG-freundliche sieht, ich bin soundso dafür. Ihr versucht es in der tagespolitischen Polemik, gerade in der Bauernschaft auch immer wieder, als Gespenst herzusehen. Ich glaube, das soll man nicht tun, man soll die volkswirtschaftliche Bedeutung des Bauern richtig anerkennen und diese klar in das gesamte Wirtschaftsdenken miteinbringen, denn letztlich sind wir Bauern in unserer Gesamtfunktion ein starker Teil der Gesamtwirtschaft. Und um das möchte ich Sie bitten, daß Sie das auch in Zukunft tun. (Beifall bei der ÖVP. – 14.12 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich begrüße im Zuschauerraum die Teilnehmer des sozialwirtschaftspolitischen Lehrgan-

ges des Landwirtschaftlichen Bildungszentrums Raiffeisenhof unter der Leitung von Herrn Eduard Ulreich sehr herzlich.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Schweighofer das Wort.

Abg. Schweighofer (14.12 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als Abgeordneter des Grenzbezirkes Hartberg und dazu noch als Bergbauer darf ich mich naturgemäß gerade den erfreulichen Ansätzen in der Bergbauern-, aber vor allem auch in der Grenzlandpolitik widmen. Die agrarische Grenzland- und auch die Bergbauernförderung haben gerade in der Steiermark eine sehr lange Tradition. Als man gespürt hat, daß die Entwicklung im Grenzland etwas nachhängt, da hat man natürlich versucht – und gerade die Steiermärkische Landesregierung unter unserem damaligen Landeshauptmann Ökonomierat Josef Krainer hat schon im Jahre 1957 mit einem außerordentlichen Förderungsprogramm für das Grenzland geholfen. Und gerade auch im Landesvoranschlag 1958 war erstmals die Grenzlandförderung vorgesehen. Damit ist in Österreich erstmals der Begriff der Grenzlandförderung in der Steiermark praktisch geprägt worden. Weiters wurden gerade diesen Bewerbern aus dem Grenzland bei der Vergabe von Aufträgen, aber auch bei Krediten, Vorzugsrechte eingeräumt. Seit dem Finanzausgleich 1959 beteiligt sich auch der Bund mit zweckgebundenen Zuschüssen an dieser Förderungsaktion. Seit dem Jahre 1976 gibt es in der Steiermark ein eigenes Grenzlandsonderprogramm. Das Land Steiermark stellt gerade in diesem Rahmen seit 1985 jährlich 30 Millionen Schilling zur Verfügung. Der Bund hat erst nach sehr langwierigen Verhandlungen unserer Landesverantwortlichen zugestimmt, daß er auch aufstockt auf diese 30 Millionen. Aber, meine Damen und Herren, das ist eben jene Grenzlandpolitik, die von der sozialistischen Partei gepriesen wird, wo der Medienkanzler Kreisky sehr großzügig natürlich bei Wahlveranstaltungen verspricht, er werde aus dem Grenzland einen blühenden Gürtel des Wohlstandes machen. Und einige Jahre später hat sich derselbe Kanzler, vor allem aber sein Landwirtschaftsminister Haiden, geweigert, diesen Verpflichtungen nachzukommen.

Es war die Steiermärkische Landesregierung mit unserem jetzigen Landeshauptmann Dr. Krainer und unserem Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, die in der Grenzlandpolitik neue Akzente gesetzt haben.

1985 wurden das Grenzland- und Sonderkulturenförderungsgesetz und auch das agrarische Hügellandprogramm verabschiedet. Und wenn wir diese Grenzlandförderung in den letzten fünf Jahren zusammenrechnen, dann haben wir in diesem Bereich über 300 Millionen Schilling aus diesen Titeln gerade für das Grenzland zur Verfügung gestellt.

Und weil hier und heute schon in sehr vielen Bereichen die Vordenkerrolle immer wieder gepriesen wurde, gerade vom Herrn Abgeordneten Zellnig, dann haben gerade wir in diesem Bereich eine echte Vordenkerrolle, auch auf dem Gebiet des Ausbaues der Bioenergie, der Wärmeversorgung, gerade für größere Heizwerke, aber auch für die Bauernhäuser selber. Diese Mittel sind in einem sehr großen Bereich auch für diese Förderungen praktisch vorgesehen, aber

nicht nur für die Bioenergie, sondern auch für die Hagelnetze, besonders in den Intensivobstbaulagen, auch für die Förderung des Folientunnels zum Anbau der Paradeiser, wo man wirklich eine qualitativ sehr hochwertige Anbauweise und Produktion forcieren will.

Eine zweite Vordenkerrolle, wenn wir dabei bleiben wollen, haben wir sicherlich gerade im Bergbauernbereich gemacht, wo wir schon in den fünfziger Jahren gerade mit den Umstellungsaktionen eine gewaltige Leistung gesetzt haben, wo es darum ging, den Tisch des Volkes zu decken. Und es ist ein besonderer Schwerpunkt auch dieser Landwirtschaftsförderung – auch jetzt noch – im Bergbauerngebiet, wo die Steiermark seit dem Jahre 1953 diese Umstellungsaktionen fördert und wo versucht wurde, sich in 44 Gemeinschaften zusammenzuschließen. Es sind auch jetzt noch rund 10 Millionen Schilling jährlich aus diesem Titel gekommen.

Ich komme aus einem solchen Gebiet, wo diese Umstellungsaktionen gegründet wurden – gerade im Vorauer Bereich –, und damals hat man den Bauern damit echt geholfen. Man hätte in der damaligen Zeit wahrscheinlich gerade mit den Direktförderungen noch nicht viel anfangen können, weil es in erster Linie darum gegangen ist, daß wir die Ernährung unseres Volkes sichern konnten.

Auch die Förderung im Viehabsatz, im heurigen Budget wieder mit 83 Millionen Schilling im Vorschlag, ist ein sehr wichtiger Bereich gerade im bergbäuerlichen Gebiet.

Und ich darf heute auch unserem Landesrat Dipl.-Ing. Schaller gerade für diese Aktion – und wir wissen, er hat immer wieder ein sehr offenes Ohr, und wenn wir in Not geraten, hilft er uns – und für dieses Verständnis im Namen der steirischen Bauern herzlich danken. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der ökologische Weg, den unser Vizekanzler verkündet hat und der auch international, wie unser Kollege Grillitsch es schon gesagt hat, große Anerkennung gefunden hat, hat sicherlich einige Schwerpunkte: in erster Linie die Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die sehr sensible ökologische Orientierung, den Schutz der kleinbäuerlichen Familienbetriebe und natürlich die Hilfe für die Bauern, welche in benachteiligten Gebieten, in Ungunstlagen, produzieren müssen, durch eine verstärkte Direktzahlung. Und gerade dieses Direktzahlungsmodell für die Bergbauern war auch bisher relativ gut organisiert, wie etwa der Bergbauernzuschuß des Bundes, wo wir über 100 Millionen Schilling bekommen, die Bergbauernausgleichszahlungen des Landes mit 30 Millionen Schilling, aber auch der Almerhaltungsbeitrag des Landes mit 6 Millionen Schilling.

Die Erhaltung einer gesunden, leistungsfähigen bäuerlichen Landwirtschaft in unseren Bergregionen ist die Voraussetzung gerade für die Pflege der Kultur und auch der Erholungslandschaft und vor allem die Versorgung unserer Bevölkerung mit sehr guten und gesunden Nahrungsmitteln, ich möchte fast sagen, mit gesunden heimischen Lebensmitteln. Über die Preis-, Struktur- und Marktpolitik allein ist diese wirtschaftliche Festigung in Zukunft nicht möglich. Daher müs-

sen gerade diese Leistungen der Bauern, nämlich die Erhaltung dieser Lebensqualität und des Erholungsraumes für die gesamte Bevölkerung, auch ein Gesamtanliegen sein und von der Öffentlichkeit her honoriert werden.

Die Steiermärkische Landesregierung hat daher mit unserem Landeshauptmann Dr. Krainer, mit Landesrat Dipl.-Ing. Schaller und besonders auch mit unserem jetzigen Vizekanzler Riegler vor einigen Jahren auch für das steirische Grenzland ein solches Förderungsmodell entwickelt, das ganz besonders auf diese wirtschaftlich schwachen Bauern und auf die Grenzlandbauern, die in ungünstigen Lagen produzieren, Rücksicht nimmt. Man geht hier bewußt auch in der steirischen Grenzlandpolitik diesen Weg der Direktförderung, und die Steiermark hat hier sicherlich Vorreiterrolle, gerade in der Prämie für die Bewirtschaftung unserer Bergweinbauhänge und mit der Direktförderung für die Grenzgemeinden, wo es in Zusammenarbeit von Bund und Land gelungen ist, diese Förderung auf das gesamte Grenzland auszudehnen.

Dieses Direktförderungsprogramm verfolgt vor allem drei Ziele:

Erstens die Verbesserung der Einkommenssituation bei Tausenden kleinen Grenz- und Hügellandbauern und damit auch die Erhaltung dieser Betriebe mit ihrem unverzichtbaren Beitrag gerade auch für die Besiedelung dieses Grenzlandes.

Ein zweiter Aspekt dieser Direktzahlungen ist sicherlich auch die Begünstigung einer ökologisch erwünschten umweltgerechten und extensiven Wirtschaftsführung.

Der dritte Bereich ist die Pflege dieser einmaligen Kulturlandschaft sowie die Erhaltung dieser sehr wertvollen Biotope.

Bei der Erstellung des Landesagrarbudgets 1990 waren sicherlich auch sehr starke Akzente im Sinne einer ökosozialen Agrarpolitik gesetzt worden.

Der gesamte Agrarbereich ist mit 935 Millionen Schilling veranschlagt. Das ist um 10 Millionen Schilling mehr. Ich darf einige bewährte Aktionen hervorheben: die Bergbauernausgleichszahlung, das Grenz- und Hügellandprogramm, die Bergweinbauförderung mit 3,6 Millionen Schilling und die Almerhaltungsprämie.

Neu in diesem Agrarbudget ist dieses Direktförderungsprogramm für die Kleinbauern und die Grenzlandbauern in einer Höhe von 13 Millionen Schilling. Das ist sicherlich eine gewaltige Leistung, und es hat dies sogar auch anerkennenderweise der Herr Klubobmann der Freiheitlichen Partei Mag. Rader zur Kenntnis genommen und es in seiner letzten Presseausendung wohlwollend vermerkt.

Wir sind mit diesem verstärkten Einstieg in die Direktförderung auch im Grenzland sicherlich einen sehr entscheidenden Schritt in Richtung internationaler Förderung gekommen, und diesen bewährten Weg gilt es sicherlich auch in der Zukunft sehr konsequent fortzusetzen.

Die Erhaltung der Lebensqualität unseres Erholungsraumes im bergbäuerlichen Bereich, aber auch eine pulsierende und lebende Grenze mit einer ökologischen Ausgewogenheit muß daher auch unser oberstes und unser gemeinsames Ziel sein. Wir wollen das

Grenzland sicherlich nicht, wie es in den letzten Tagen einige Male gesagt wurde, gesunbten, sondern wir wollen es so darstellen, wie es wirklich ist.

Machen wir das Grenzland nicht zu einer parteipolitischen Spielwiese, sondern versuchen wir in gemeinsamer Arbeit aller positiven Kräfte in diesem Land, zum Wohle unseres Landes, aber vor allem zum Wohle der Menschen, die dort leben, die Probleme zu lösen. (Beifall bei der ÖVP. – 14.25 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Pußwald das Wort.

Abg. Pußwald (14.25 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Schülerinnen, die man befragt, ob sie den Beruf Bäuerin angehen möchten, bejahen ihn zuerst einmal grundsätzlich. Sie wissen vielleicht, daß damit auch der Hang zur Natur, nach der Umgebung, die Betreuung mit dem Tier da ist. Wie schaut die Realität aus? Viele junge Bauern – leider – finden aber dann nicht die Bäuerin, die sie brauchen würden, um ihren Hangbetrieb, um ihren Weinberg oder auch um ihren Viehstall mit der Partnerin zusammen zu betreuen. Was sind die Ursachen? Erstens einmal ist Bauer-Sein und Bäuerin-Sein kein Job wie ein anderer, wo ich eine geregelte Arbeitszeit, ein sicheres monatliches Einkommen habe, sondern der Betrieb der Landwirtschaft ist der Natur angepaßt, er ist den Witterungsverhältnissen ausgesetzt. Es gibt keine Erschwerniszulage in den entsprechenden Arbeitsspitzen. In der Direktvermarktung ist ein besonderer Druck für die Bäuerin da. Obwohl die Produkte entsprechend vermarktet werden können, muß sie für gleiche Qualität und für die ständig gleich bleibende Güte der Ware sorgen, was nicht immer leicht und einfach ist. Bauer-, Bäuerin-Sein ist also Berufung. Ein Hineinhören-Können in die lebendige Umwelt, den Boden, die Pflanze, das Tier und den Menschen. Und wenn wir als Forderung stellen, daß die ländlich-strukturierte Umgebung bevölkert, kultiviert und gepflegt bleiben soll, dann muß es gelingen, sozialrechtliche Verbesserungen ganz im speziellen für die Bäuerin herbeizuführen. Sie ist Mitbesitzerin, sie ist mitverantwortlich auf gleiche Rechnung und Gefahr wie der Bauer. Es wäre notwendig, diesen Forderungen entsprechen zu können, daß sie ohne Beitragserhöhung eine sozialrechtliche Absicherung erfährt. Leider sind bei den letzten Verhandlungen auf Bundesebene sowohl der Herr Sozialminister als auch der Herr Finanzminister ausgestiegen. Im Hinblick darauf, daß wir ökologisch und sozialökonomisch die Landwirtschaft betreiben wollen, muß es uns ein allgemeines Anliegen werden, die Bäuerinnen sehr wohl hier zu vertreten. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.28 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich erteile dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller das Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (14.28 Uhr): Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Wir kommen in die Schlußrunde der Agrardebate. Ich möchte auch gerne noch mit zwei, drei grundsätzlichen Gedanken dazu beitragen und dann auf die einzelnen Diskussionsbeiträge Bezug nehmen. Ich

glaube, wir müssen von vornherein allen dankbar sein, die sich grundsätzlich mit den Sorgen, den Nöten und den Problemen der Bauern auseinandersetzen und mitdenken, woher immer sie kommen mögen und in welchem politischen Lager sie immer stehen mögen. Ich sage das deswegen, weil ich glaube, daß die Agrarpolitik nicht die Agrarpolitiker selbst und allein betrifft, sondern ein nationales Anliegen geworden ist und es um eine Frage geht, die weit über die Grenzen der Partei hinaus oder weit über die Grenzen eines Berufsstandes hinaus eine Frage von grundsätzlicher gesellschaftspolitischer Bedeutung geworden ist. Die Herausforderung, der die Bauern heute gegenüberstehen, ist ganz sicher sehr gewaltig. Auf der einen Seite wissen sie, daß sie mit den Grundlagen des Lebens, dem Boden und der Natur schonend und behutsam umgehen sollen und müssen und daher auch ihren ganzen Wirtschaftsablauf umweltverträglich zu gestalten haben. Andererseits gehören sie – das ist unübersehbar – zu den Benachteiligten unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft. Der Boden ist nun einmal nicht mobil, sondern unbeweglich. Die Witterung, die Hanglage ist nicht beeinflussbar. Die Betriebsgröße ist kaum zu ändern. Das sind Grenzfaktoren, die vorgegeben sind und mit denen der Bauer sich auseinandersetzen muß. Das Einkommen, das ist auch schon gesagt worden, hinkt nach, obwohl es in den letzten zwei Jahren insgesamt durchaus gelungen ist, aufzuholen, 1987 4 Prozent, 1988 9 Prozent. Es ist aber auch nicht zu übersehen, daß die Relationen gebietsweise unterschiedlich sind, wobei man sagen muß, daß die Bergbauerngebiete insgesamt gut aufgeholt haben, aber das südöstliche Flach- und Hügelland sehr wohl zurückgeblieben ist.

Nun, was müssen wir tun, um unseren Bauern den Platz in unserer Gesellschaft zu erhalten, auch in unserem allgemeinen Interesse, und für die Zukunft zu sichern? Wir wenden uns an den Bürger, der Arbeit unserer Bauern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die Nahrungsmittel stehen uns heute in einer – man kann durchaus sagen – übergroßen Fülle zur Verfügung. Aber – das möge auch bedacht werden – nicht ein Verdrängungs- und Vernichtungswettbewerb mit einer agrarischen Massenproduktion garantiert uns letztendlich die Qualität des Nahrungsmittels, des Lebensmittels, sondern eine bäuerliche ökologisch ausgerichtete Landwirtschaft, die uns zwar nicht immer billige, aber qualitativ hochwertige Produkte ganz sicher mit Abstand am ehesten garantiert. Eine bäuerliche, ökologisch orientierte Landwirtschaft wird es aber in Zukunft nur geben, wenn unsere Gesellschaft sie will und wenn sie auch bereit ist, dafür die entsprechenden Voraussetzungen und Rahmenbedingungen zu schaffen.

Nun drei kurze Hinweise:

Erstens: Es gibt keine Ökologie ohne eine entsprechende Ökonomie. Unter dem Strich muß die Rechnung für den Bauern stimmen. Das ist ein Faktum, über das man nicht diskutieren kann. Die ökologische bäuerliche Landwirtschaft bedarf daher, wenn wir sie sichern wollen und sie der Gesellschaft ein Anliegen ist, auch einer entsprechenden finanziellen Absicherung. Ich möchte jetzt im einzelnen nicht mehr eingehen – das ist bereits hinreichend geschehen – auf die Ansätze im Landesbudget. Ich möchte nur grund-

sätzlich sagen, daß wir schon versuchen, jene Aspekte, die ich jetzt darzustellen versucht habe, auch in der Landesagrarpolitik umzusetzen. Wir haben, im weiteren Sinne betrachtet, immerhin ein Agrarbudget im Ausmaß von 942 Millionen Schilling. Hier ist es so, daß wir jene Instrumente, die sich außerordentlich bewährt haben, es ist immer wieder auch die Bergbauernförderung genannt worden, natürlich weiter verstärken. Auch jene Förderungsinstrumente, die dazu dienen, wie die Viehabsatzförderung, Bergbauernausgleichszahlungen und so weiter. Aber – das ist auch positiv eigentlich von allen Fraktionen vermerkt worden – daß wir vor allem auch versuchen, zunehmend die Akzente in Richtung einer produktionsunabhängigen Direktförderung zu verlagern. Sie soll vor allem jenen helfen, ihre Existenz abzusichern, die auf Grund der Produktionsvoraussetzungen allein dazu nicht in der Lage sind. Daher erstmals auch ein sehr starker neuer Akzent im Ausbau der Direktförderung. Wir werden dieses Instrument in den nächsten Jahren gezielt weiter ausbauen. Wir haben mit der Direktförderung für das Grenz- und Hügelland voriges Jahr begonnen und hatten 7 Millionen, mit dem Bund 14 Millionen Schilling, vorgesehen. Heuer sind wir inklusive Bundesmittel bereits bei 30 Millionen Schilling, und ich hoffe, daß wir dieses Instrument weiter ausbauen. (Abg. Zellnig: „Herr Landesrat, ich habe im Budget gesucht, und ich habe keinen Ansatz für eine Direktförderung für das Grenzland gefunden!“) Die ist für 1990 drinnen. Heuer, im Jahr 1989, haben wir es aus der sogenannten Bund-Land-Gegenüberstellung nachbedeckt. Im Jahr 1990 sind 13 Millionen Schilling für diesen Zweck vorgesehen.

Nun, ich glaube, daß damit Akzente gesetzt worden sind, und ich möchte nur einen noch nennen:

Innovationsförderung – ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Gesichtspunkt, daß wir neue Wege, die von den Bauern zum Teil selbst gegangen werden, auch gezielt fördern. Wir haben heuer erstmals mit der Innovationsförderung begonnen, und wir werden sie im nächsten Jahr fortsetzen. Da sind alle die Produkte, die schon genannt worden sind, etwa Rapsmethylester, Markenprodukte, wie „Porki“, „Almo“ und so weiter.

Wir haben auch heuer erstmals doch einen bemerkenswerten Schwerpunkt in der Förderung des biologischen Landbaues.

Zweiter Gesichtspunkt – und der ist im Haus auch schon viel diskutiert worden –: Grenzlandpolitik.

Meine Damen und Herren, das, was wir brauchen, ist ein lebendiges Grenzland mit den Bauern als Mittelpunkt. Der Bauer wird auch in Zukunft die tragende Schicht und die tragende Gruppe im Grenzland sein. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Auch hier möchte ich ganz klar sagen: Wir sollen gar nichts beschönigen. Ich habe – und ich bin mit Recht zitiert worden – anlässlich der Vorstellung des „Grünen Berichtes“ vor zwei Jahren ausdrücklich darauf hingewiesen, daß wir in dieser Region viele Probleme haben. Wir brauchen da überhaupt nichts beschönigen, und wir sollten, glaube ich, durchaus – das ist ja unsere Aufgabe in der Politik – mit aller Kraft an die Lösung dieser Probleme immer wieder herangehen. Ich glaube – und das wird ja heute sicher noch diskutiert werden –, daß wir auch sehr viele Akzente

in der Vergangenheit in diese Richtung gesetzt haben. Es ist schon darauf hingewiesen worden: Wir haben ein agrarisches Grenzland-Sonderprogramm mit immerhin 60 Millionen Schilling, die jährlich seit 1976 zur Verfügung stehen. Wir haben diese 100.000-Schilling-Aktion seit 1981 für Gewerbe- und Industrie-arbeitsplätze, die neu geschaffen worden sind. Eine ganz wichtige Sache!

Wir haben diese Finanzhilfe des Landeshauptmannes Dr. Krainer für die Grenzgemeinden mit jährlich 500.000 Schilling. Wir haben also begonnen, diese schon heute dargestellte Grenzland- und Kleinbauernförderung auszubauen. Ich glaube aber trotzdem – und damit möchte ich auch eine klare Aussage machen –, daß das nicht genügt, meine Damen und Herren, daß wir selbstverständlich weitere starke Akzente in diese Richtung setzen müssen. Das ist eine Verantwortung, die wir haben. Ich habe daher auch versucht, dieser Herausforderung, soweit es meinen Bereich betrifft, insoweit gerecht zu werden, als wir nunmehr eine Regionalstudie für den südöstlichen und weststeirischen Grenzraum beim Institut für Wirtschaftsforschung und beim Institut für Raumplanung unter der Leitung des Herrn Prof. Tichy, des Wirtschaftsberaters der Landesregierung, in Auftrag gegeben haben. Ich glaube, daß wir damit auch eine breite Basis für eine dynamische Entwicklung des Grenzlandes schaffen können, die sich auf gesicherte Grundlagen und wissenschaftliche Einschätzungen abstützt. Auch hier muß ich sagen: Es würde zu wenig sein, wenn wir nur Studien machen, sondern es geht darum, daß wir damit Handlungsanreize und Ansatzpunkte bekommen, die wir nutzen, um sozusagen im Sinne dieser inneren Erneuerung, wie sie Tichy genannt hat, die endogene Erneuerung etwa in der Obersteiermark, auch hier in die Wege zu leiten, also die eigenen Kräfte so abzustützen und abzusichern, daß sie dann auch wirklich zum Tragen kommen.

Dritter Punkt: Der Blick über den Zaun.

Ich glaube, daß die Bauern in vielen Ländern in einer ähnlichen Situation sind wie bei uns, oftmals in der Defensive, der wirtschaftliche Druck einerseits, der sie dazu nötigt, mehr aus dem Boden herauszuholen und damit die Umweltbelastung zunimmt.

Im Osten war es die Tatsache, daß das freie Bauern-tum abgeschafft wurde oder zumindest unter starkem gesellschaftlichem Druck gestanden hat. Irritation, Verunsicherung und Ratlosigkeit waren die Folge.

Meine Damen und Herren, dem Irrweg in Richtung einer umweltzerstörerischen Agrarindustrie und Massenproduktion müssen wir konsequent entgegensteuern und neue Ziele anstreben! Wir bekennen uns klar zu einem starken europäischen Bauerntum (Beifall bei der ÖVP.), das als prägende und gestaltende Kraft auch in der Zukunft von großer Bedeutung ist. Aber, meine Damen und Herren, wir müssen auch die Landwirtschaft und die Bauern in den Oststaaten in unsere Überlegungen miteinbeziehen. Ich glaube, daß wir die Verantwortung und die Verpflichtung haben, ihnen solidarisch und partnerschaftlich beizustehen. Ich darf in diesem Zusammenhang der Landesregierung danken, daß sie bereit war, einen beachtlichen Betrag von 5 Millionen Schilling für diese Initiativen bereitzustellen. Ich lade Sie alle ein, über alle Parteien hinweg, diese Aktion zu unterstützen.

Nun, meine Damen und Herren, zu einigen Beiträgen noch eine kurze Anmerkung:

Kollege Zellnig, natürlich sind wir bereit, wenn gute Ideen kommen, sie aufzunehmen. Es stört mich überhaupt nicht, wenn du oder die Freiheitlichen eine Anregung bringen, die überzeugend ist. Wir haben das gemacht. Wir haben die Anregungen, die gekommen sind, in die Richtlinien einbezogen.

Kollegin Kammlander – sie ist nicht da, daher möchte ich nicht darauf eingehen. (Abg. Kammlander: „Doch!“ – Abg. Dr. Pfohl: „Deus ex machina!“) Sie ist schon da! Ich habe mir gedacht, ich werde von dir diesmal neben der sonstigen Kritik eine positive Note dafür bekommen, daß ich so viel gemacht habe oder versucht habe, für die Biobauern erstmals eine wirklich, glaube ich, massive Förderung – ich muß sagen, eine sehr gute Förderung – von 2000 Schilling pro Hektar Ackerland. Aber es ist alles zu wenig, ich nehme es zur Kenntnis. (Abg. Kammlander: „Ein erster Schritt ist es immerhin!“)

Kollege Weilharter, ich teile in vielem Ihre Meinung, aber in einer Frage möchte ich doch eine sehr starke Korrektur anbringen: Es ist mir natürlich klar, daß in der Diskussion um die Frage der Kammern und der Pflichtmitgliedschaft Sie eine andere Auffassung vertreten als ich. Nun, ich kann nur sagen, wenn wir die übertragenen Aufgaben, die die Landwirtschaftskammer auf Grund des Landwirtschaftsförderungsgesetzes in der Steiermark durchführt, selbst durchführen müßten, dann müßte ich mir einen sehr großen Apparat zurechtlegen. Ich bin sehr froh, daß die Kammer diesen Auftrag vom Land hat, sie diese Mittel verwaltet und auch an die Bauern weitergibt.

Das zweite: Ich bekenne mich auch dazu, daß wir die Landwirtschaftskammer in ihrer Existenzfähigkeit entsprechend unterstützen. Überlegen Sie sich einmal, was es bedeuten würde, wenn wir die Kammer nicht hätten! Gar nicht zu reden von der Funktion als Interessensvertretung, welche Aufgaben sie heute in der Beratung zu übernehmen hat, welche Funktionen sie in der Frage der Vertretung der einzelnen zu erfüllen hat. Diese Aufgaben kommen nicht den Großen, die kommen vor allem den Kleinen zugute. Daher kann ich nur sagen, daß das gut angelegte Mutterlamm sind, die wir hier einsetzen.

Ich möchte noch etwas hier im Hohen Haus sagen: Ich möchte auch dem neuen Präsidenten, der einen ausgezeichneten Start gehabt hat und der ein sehr starkes Echo bei den Bauern hat, für ein Signal herzlich danken, das nicht selbstverständlich ist, nämlich, daß er auf seinen Bezug als Präsident verzichtet. Und zwar mit dem Motiv, daß er sich mit den Kleinen solidarisch fühlt und daher auch mit gutem Beispiel vorangeht. Ich glaube, das sollte uns auch zur Nachdenklichkeit stimmen. Das, was Sie dann angeschnitten haben, ist die Frage – auch hier muß ich die Dinge ins rechte Licht rücken, weil Sie die Kammer angegriffen haben – der Entscheidung der Exportstützung beziehungsweise des Inlandabsatzes, wofür ich letztlich verantwortlich bin. Die Kammer hat die Vergabe von Viehabatzförderungsmitteln für eine Aktion beantragt, die vom Land positiv entschieden wurde. Ich sage Ihnen auch, warum wir uns für diese Aktion entschieden haben. Es war eine einmalige Aktion, weil die italieni-

schen Vertragsfirmen auf Grund eines unvorhergesehenen Zwischenfalles – Sie erinnern sich, es war der Streit zwischen Italien und Libyen, Libyen hat sich damals geweigert, italienische Schiffe anlaufen zu lassen –, ist auch eine Lieferung von Lebendvieh nach Libyen mit 500 Stück unter die Räder gekommen oder mit anderen Worten, es mußte der Vertrag kurzfristig storniert werden, so daß eigentlich die Frage war, was geschieht jetzt? Inzwischen haben aber die Vertragspartner die Tiere für den Export bereits gekauft. Die Rinder sind noch auf den Bauernhöfen gestanden oder in den Handelsstallungen und waren letztendlich für die Verladung bereitgestellt. Ich habe mich damals auf Antrag der Landeskammer dafür entschieden, einer einmaligen Aktion der Inlandsvermarktung von 400 Ochsen, und um dieses Ausmaß hat es sich gehandelt, zuzustimmen. Und zwar deswegen, weil ich nicht haben wollte, daß die Bauern dabei unter die Räder kommen. Auf Grund der vorgelegten Kalkulationen wurde ein Landesmittelbeitrag von – Sie haben ihn genannt – 2,50 Schilling je Kilogramm Lebendgewicht zugesagt. Ich möchte noch etwas dazufügen. Ich bin froh gewesen, daß es möglich war, diese 400 Ochsen am Inlandsmarkt mit dieser Stützung unterzubringen. Vor allem, uns ist die Inlandstützung sehr viel billiger gekommen, als wenn wir die Ochsen nach Libyen exportiert hätten, denn dafür hätten wir mit 15,80 Schilling rechnen müssen. Ich glaube daher, daß diese Aktion vertretbar war, und ich bekenne mich dafür und stehe auch dazu.

Kollege Rainer, ich möchte sagen, ich bin sehr beeindruckt gewesen von Ihrem Beitrag, weil ich einfach die Sorge mit herausgespürt habe, die wir und die Bauern mit den Arbeitern in der Obersteiermark auch immer mitgehabt haben. Auch da sind die Probleme – Sie haben es gesagt – zum Teil sehr, sehr ähnlich. Die Frage ist, inwieweit wir auf Grund der Änderung der Situation Voraussetzungen dafür schaffen müssen, daß die Molkereistruktur konkurrenzfähig bleibt oder wird, muß man sagen angesichts der offenen Märkte und der Dinge, die auf uns zukommen. Hier ist es sicher so – das muß man auch ehrlicherweise sagen, weil der Milchwirtschaftsfonds zum Teil auch mit Recht kritisiert wurde –, dieses System hat der damalige Landwirtschaftsminister Riegler aufgebrochen, und zwar mit der Verabschiedung der Novelten zum Marktordnungsgesetz. Mit dieser Entscheidung ist eigentlich die Voraussetzung dafür geschaffen worden, daß hier die Strukturveränderung in der Molkereiwirtschaft in Angriff genommen werden mußte, denn sie ist unumgänglich. Ich teile aber auch ihre Meinung, daß wir unabhängig von Studien und von Gesetzen, die es einfach in der Wirtschaft gibt und die man nicht ignorieren kann, trotzdem versuchen sollte, auch kleinstrukturierte Lösungen zu schaffen oder zu erhalten. Ich habe schon hier im Hause einmal gesagt: Ich kann mich nicht damit abfinden, daß beispielsweise die ganze Ost-, Süd- und Weststeiermark ohne einen einzigen Verarbeitungsbetrieb übrigbleibt, weil ich auch hier meine, daß gerade auch aus agrarpolitischen und umweltpolitischen Gründen es zweckmäßig ist, die Viehhaltung und die Grünlandwirtschaft in diesen Räumen aufrechtzuerhalten. (Abg. Rainer: „Nur eine Anmerkung: Auch bei der Integration, wenn sie kommen sollte, haben diese kleinen Betriebe die größeren Chancen als größere Einheiten, die wir zustande

bringen, weil wir sind zu klein!“) Das ist schon richtig! Ich möchte noch etwas dazusagen, das hat – glaube ich – der Präsident Buchberger schon gesagt – letztendlich müssen die Bauern selbst entscheiden. Das ist jetzt keine Entscheidung, die irgendwo von den Politikern getroffen werden soll und kann, sondern letztlich ist es eine Entscheidung der Mitglieder der Genossenschaft und auch ihrer Verantwortungsträger. Aber immer angesichts der Überlegung, daß wir einerseits Arbeitsplätze in der Molkereiwirtschaft uns erhalten wollen, und andererseits den Bauern nicht Lasten auferlegen, die letztendlich am Schluß dann das dicke Ende zu finanzieren haben. (Abg. Zellnig: „Ein Wort zur sogenannten Bauernentscheidung. Können die Bauern entscheiden oder entscheiden die Molkereien? Die Bauern sind mit der Verantwortung überhaupt nicht mehr beschäftigt!“) Ich glaube, man muß zwei Dinge sagen: Das alte System war zwar sozial, wie der Pertl Buchberger das gesagt hat, aber es war auch korrumpierend insoweit, als jeder Leistungsanreiz letztendlich zunichte gemacht worden ist, weil alles immer wieder durch den Fonds ausgeglichen worden ist. Das neue System geht davon aus, daß Kostenstellenrechnungen anzustellen sind, die dem Ausgleichssystem dann zugrunde gelegt werden. Das ist der wirtschaftliche Zwang, den niemand ignorieren kann. Im Rahmen dieser Bedingungen müssen – davon gehe ich wirklich aus – die Verantwortungsträger und die Mitglieder sich sehr genau überlegen, was sie machen, ob sie selbständig bleiben wollen, ob sie sich so umstrukturieren, daß sie als kleiner Betrieb auch eine Chance haben, ich meine nicht, daß nur der Großbetrieb eine Chance hat, und ob sie bereit sind, unter Umständen auch eine entsprechende Durststrecke durchzumachen oder ob ihnen diese Selbständigkeit soviel wert ist, daß sie unter Umständen auch gewisse materielle Einbußen in Kauf nehmen. Das ist die Entscheidung, die wir ihnen nicht abnehmen können. Eine solche Entscheidung kann ein Generaldirektor Pichler keinem Vorstand oder Aufsichtsrat und keinem Mitglied abnehmen. Diese Entscheidung müssen die Bauern und die Genossenschaftler selbst treffen.

Zum Abschluß möchte ich auch, wie es sich gehört, ein herzliches Dankeschön sagen meinen Mitarbeitern, Herrn Hofrat Dr. Ressi, der effizient – ich sage das gerne –, sehr effizient für die Anliegen der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark arbeitet. (Beifall bei der ÖVP.) Ich bedanke mich beim ebenfalls hier anwesenden Regierungsforsstdirektor Herrn Hofrat Dipl.-Ing. Dr. Kalhs. Die Forstwirtschaft kommt immer ein bißchen zu kurz bei den Diskussionen. Er ist ein außerordentlich angesehener Forstmann, aber nicht nur das, er bemüht sich und kümmert sich um unsere Probleme in vorbildlicher Weise. (Beifall bei der ÖVP.) Herzlichen Dank auch dem Herrn Veterinärdirektor Hofrat Dr. Kaltenecker, er ist ebenfalls anwesend (Beifall bei der ÖVP.); weiters dem Herrn Hofrat Dipl.-Ing. Tauschmann von der Schulabteilung. Ich möchte vor allem auch in diesem Zusammenhang nicht nur den Spitzenbeamten, sondern allen ein herzliches steirisches Vergeltsgott sagen, die für die Bauern in unserem Lande arbeiten, die im Dienste der Bauernschaft sind. Das sind die vielen Leute, die vielen Lehrer in unseren Schulen, die Berater und Experten, die draußen tätig sind und sich für die Anliegen unserer Bauern einsetzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Am Schluß aber nicht zuletzt möchte ich vor allem unseren Bäuerinnen und Bauern danken, die es ja nicht immer sehr leicht haben und die – glaube ich – in einer für mich schon großartigen Weise sich mit ihrem Beruf und mit ihren Aufgaben auseinandersetzen und die einen großen Dienst für unser Land leisten, nicht nur indem sie uns täglich den Tisch decken und gut decken, sondern maßgeblich auch dazu beitragen, daß wir ein schönes Land, ein kultiviertes Land haben, und somit Leistungen für uns alle erbringen. Ich bedanke mich sehr bei unseren Bäuerinnen und Bauern für diesen ihren Dienst, und ich wünsche ihnen alles Gute. Ein herzliches steirisches Glückauf! (Allgemeiner Beifall. – 11.56 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum Teil der Gruppe 7, Fremdenverkehr.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Vollmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Vollmann (14.57 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Würden die steirischen Tourismusbetriebe und deren Bedienstete genauso sensibel, konsumentenfeindlich und ohne Rücksicht auf die Mitmenschen zur Durchsetzung ihrer Forderungen reagieren, wie es die steirischen Frächter in den letzten Tagen getan haben, so müßten die Hotel- und Gastgewerbebetriebe in unserem Bundesland zur Hauptfremdenverkehrszeit seit einigen Jahren geschlossen bleiben.

Dafür hätte sicherlich niemand Verständnis, und außerdem würde es für die Betriebe samt Belegschaft finanziell untragbar sein. Aber in einem Land, wie wir es sind, ist vielleicht auch das einmal möglich, man müßte es nur versuchen. Was ich aber damit sagen möchte, hat mit den Frächtern nichts zu tun, sondern wurde nur als Fallbeispiel zitiert. Das Hinauszögern und laufende Verhindern des Beschlusses eines Fremdenverkehrs- oder Tourismusgesetzes hat dem steirischen Fremdenverkehrsmanagement, aber auch den Betrieben, meine Damen und Herren, im letzten Jahrzehnt bereits zig Millionen gekostet. Wenn man die Entwicklung zu Beginn beziehungsweise Mitte der 80er Jahre betrachtet, so liegen alle Bundesländer weit vor der Steiermark. Sie haben nämlich, bis auf Wien, ein Fremdenverkehrs- oder Tourismusgesetz, das allgemein als zufriedenstellend bezeichnet wird. Besonders zu erwähnen sind Tirol und Salzburg, welche die Vorteile ihrer Förderungsgesetze zu schätzen wissen. Jeder Betrieb, ja nach Größe und Zuordnung zum Tourismus, leistet Abgaben in Promillesätzen von seinem Umsatz. Das Geld fließt direkt in die Verbände ein. Auch Oberösterreich ist mit seinem Tourismusgesetz 1990 diesem positiven Beispiel vor wenigen Wochen gefolgt. Die Abgeordneten der SPÖ haben am 21. Juni 1988 einen ähnlichen Entwurf über ein neues Steiermärkisches Fremdenverkehrsgesetz oder Tourismusgesetz einschließlich der notwendigen Begründungen und Erläuterungen dem Landtag zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt. Bis heute, meine Damen und Herren, wurde weder der Antrag in diesem Haus behandelt, noch wurden Parteienverhandlungen aufgenommen. Diese bewußte Verzögerung führt dazu, daß bei Werbung und Marketing die Geldmittel fehlen und die Obmänner der Regional- und Ortsverbände

mehr Zeit für „Betteltouren“ als für Marketingaufgaben verbrauchen, wie vor kurzem eine steirische Wochenzeitung, die Ihrer Richtung, meine Damen und Herren der ÖVP, angehört, bei ihrem Bericht über den steirischen Tourismustag bemerkt hat. Würden nicht die Gemeinden in den Regionen mit hohen Förderungen einspringen, die in manchen Bezirken bis 15 Schilling und mehr pro Jahr und Einwohner betragen, so wären die Vereine längst am Bettelstab. Der Tourismus dient sicherlich den Gemeinden, er ist jedoch nicht überwiegend und ureigenst ihre Aufgabe.

Ein kleiner Lichtblick in dieser nun schon seit Jahren bestehenden „Tourismustinsternis“ ist die Novelle zum Fremdenverkehrsabgabegesetz, welches nun mit 1. Jänner 1990 in Kraft treten soll.

Wie Landesrat Dr. Klausner bereits in seiner Budgetrede angekündigt hat, wird es erstmals eine Abgabe für Ferienwohnungen geben, wobei der Ertrag den Gemeinden zufließen soll, welche bisher ausschließlich die notwendige Infrastruktur für diese Bereiche bereitstellen hatten.

Die Anhebung der Nächtigungsabgabe von 6 Schilling auf 7 Schilling wird zukünftig dem Land nur mehr mit 2 Schilling anstatt vorher 3 Schilling und mit 5 Schilling anstelle von ebenfalls 3 Schilling der Gemeinde zufließen, welche damit die örtlichen Fremdenverkehrsvereine besser finanzieren kann.

Für die Vorlage dieser Novelle und sein schnelles Reagieren, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, daß ich Herrn Landesrat Dr. Klausner den herzlichen Dank ausspreche. Allerdings – und das betont Klausner selber – wird diese kleine Änderung das langjährige Manko nicht beseitigen. Zu lange wird schon verhandelt und verzögert, und ich hoffe nur, daß die allgemeine Stimmung am Landesfremdenverkehrstag auch den Herrn Präsidenten der Handelskammer von der Notwendigkeit einer schnellen Behandlung und Verabschiedung des Tourismusgesetzes überzeugt hat.

Es sind seine Wähler, die agieren und reagieren werden, wenn nichts geschieht. Vom Tourismusschilling profitieren viele Wirtschaftszweige. Von 1000 Schilling, die ein Tourist ausgibt, zum Beispiel der Handel 109 Schilling, die Nahrungs- und Genussmittelbranche 72,40 Schilling, das Transport- und Nachrichtenwesen 63,50 Schilling und die Land- und Forstwirtschaft 74,80 Schilling. Und ich könnte dies nun fortsetzen und alle aufzählen, die von diesen Ausgaben profitieren. Darauf, daß von diesen 1000 Schilling 809 Schilling im Land verbleiben und nur 191 Schilling für Importe ins Ausland abfließen, braucht wohl nicht gesondert hingewiesen werden.

Die Anmerkung von Herrn Dr. Uitz, der der Geschäftsführer der Salzburger Tourismus-Ges. m. b. H. ist, am Landesfremdenverkehrstag, daß inzwischen sogar der Gemeindevater in Salzburg einsieht, daß er seinen Beitrag leisten muß, spricht für sich selber und braucht nicht gesondert mit dem Prädikat „Hilfe zur Selbsthilfe“ versehen werden. In Salzburg ist die ganze Unternehmerschaft – so hat er betont – Mitglied des örtlichen oder regionalen Fremdenverkehrsvereines. Tourismus ist nicht nur Sache der Gastwirte, sagt Ihr Kammerfunktionär Peter Mühlbacher und meint damit sicherlich, daß ein entsprechender Beitrag aller Wirt-

schaftstreibenden in der Steiermark endlich beschlossen werden müßte.

Apropos Beschlüsse, meine Damen und Herren: Vor langer Zeit wurde das Entwicklungsprogramm für „Freizeit, Erholung und Fremdenverkehr“ im Raumordnungsbeirat beraten und nunmehr auch beschlossen.

Es gilt als Entwurf für den steirischen Tourismus und wurde am steirischen Tourismustag zur Kenntnis gebracht. In der Auflage für den Tourismustag fehlen allerdings jene Ergänzungen, welche die sozialen und bildungspolitischen Maßnahmen der in der Fremdenverkehrswirtschaft beschäftigten unselbständigen Arbeitnehmer betreffen.

Ich freue mich aber, daß ein kleiner Teil der von der Kammer für Arbeiter und Angestellte und dem ÖGB gemachten Vorschläge nun aufgenommen wurde. Denn nach wie vor ist der Mangel an Arbeitskräften in erster Linie auf die zum Teil schlechten Wohnverhältnisse, die harten Arbeitsbedingungen und die ungenügende Freizeit und Entlohnung in den Tourismusbetrieben zurückzuführen. Der 10- bis 14-Stunden-Tag – und ich habe es auch bei der vorjährigen Budgetrede gesagt – und eine schlechte Behandlung der Leute dort in diesen Bereichen sind auch Jugendlichen – das darf ich hier mit aller Deutlichkeit feststellen – nicht fremd.

Frau Landesrat Klasnic, an Sie das Wort gerichtet: Schlagwörter allein, wie Sie sie am Fremdenverkehrstag gebraucht haben „Mit ganzer Kraft die Ziele gemeinsam erreichen!“ oder „Wir haben eine gemeinsame Aufgabe für die Steiermark und die Menschen, die hier leben!“ oder „Wir gehen neuen Zielen auf neuen Wegen gemeinsam entgegen!“ (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Bei dir ist alles schlecht!“) genügen nicht. Ich bin gerne dazu bereit, mit Ihnen mitzugehen – Sie werden es gleich hören.

Für einen Gesetzesbeschluß sind sie, glauben Sie mir das, einfach zu wenig.

Wir haben Ihnen im Juni 1988 bei Einbringung unseres Gesetzes und weil Sie damals erst als Landesrätin angetreten sind, Schonzeit eingeräumt, denn um die haben Sie gebeten (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Alles ist schlecht!“), und wir haben das alle, bitte, eingesehen, weil man von heute auf morgen, wenn man neu hineinkommt, nichts übers Knie brechen kann. Sie läuft ab! Handeln Sie daher, Frau Landesrat, und bringen Sie die entsprechende Vorlage in dieses Haus, damit wir darüber reden und diskutieren können.

Über die Höhe der Promillesätze, meine Herren von der Handelskammer, aus Gewerbe und Wirtschaft, kann man reden. Über diese Abgabe sind wir genauso verhandlungsbereit wie alle jene, die in der Fremdenverkehrswirtschaft auf diese Abgabe warten. Sie haben einen guten Griff getan, Frau Landesrat, als sie Herrn Dr. Pohl als Geschäftsführer annahmen. Er beweist Umsichtigkeit, fachliches Wissen und Verhandlungsgeschick. Tun Sie den nächsten Griff. Schaffen wir gemeinsam die notwendigen Voraussetzungen für ein zeitgemäßes und funktionierendes Tourismusgesetz. Bei den personellen Entscheidungen haben Sie mehr Glück und eine gute Hand und auch Geschick bewiesen, als Ihr Vorgänger im Falle Krobath. Herr

Krobath hat uns via Medien wissen lassen, daß man eine Betriebsansiedelung nicht zwischen Samstag und Montag bewerkstelligen kann. Das gestehe ich ihm zu, denn zwischen diesen beiden Tagen liegt nicht nur der Sonntag, sondern – verzeihen Sie bitte – auch zwei Jahre, aber das wissen Sie ja selber, in denen er den Steuerzahler, gerade den steirischen Steuerzahler, bereits Millionen – meine Damen und Herren – gekostet hat. Und seine Abfertigung, wenn er aus dieser Verantwortung entlassen wird, wird auch Millionen betragen. Das Ergebnis allerdings, gestatten Sie mir auch das, daß ich es sage, läßt auf sich warten. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Wir haben viele abgefertigt, die uns viel kosten. Ich kenne viele bei euch!“) Patenschaften, meine Damen und Herren dieses Hohen Hauses, sind anzustreben, weil jeder einmal in seinem Leben einen Paten braucht. Aber eine Patenschaft – gestatten Sie mir auch das zu sagen – darf keine Lebensversicherung sein. In diesem Sinne darf ich Sie alle, meine Damen und Herren, aber auch Sie, Frau Landesrat, bitten, diese Worte ernst zu nehmen. Wir meinen sie ehrlich. Wir haben uns mit dem Gesetz befaßt und befassen uns gerne mit dem Fremdenverkehr, weil wir glauben, daß er auch eine große Zukunft hat und eine Chance für unser Land ist. Es kommen wahrscheinlich wieder einmal andere wirtschaftliche Zeiten. Wir werden dieses Standbein dringend brauchen. Zu diesem Standbein gehören aber auch die nötigen finanziellen Voraussetzungen. Machen wir es den anderen Bundesländern nach, beschließen wir ein entsprechendes Gesetz und bitte, die Herren der Handelskammer, lassen Sie diese Entwürfe nicht wie die anderen vorher alle schon wieder über die Klinge springen, denn dann werden wir gemeinsam etwas zusammenbringen. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 15.09 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kröll. Ich erteile es ihm.

Abg. Kröll (15.09 Uhr): Frau Präsident! Hohes Haus!

Ich kann zwar sehr gut verstehen, Kollege Vollmann, daß deine Kernaussage das Gesetz betrifft. Ich verstehe es aber nicht ganz, daß du bei dieser Kritik über das noch nicht vorhandene Fremdenverkehrsgesetz, das ich auch schon gerne hier hätte, überhaupt nichts sagst über die positive Entwicklung, die es gerade in diesem Jahr im steirischen Fremdenverkehr gegeben hat. Ich darf schon in Erinnerung bringen, daß sich die (Abg. Vollmann: „Die wirtschaftliche Lage!“ – Landesrat Klasnic: „Was wäre, wenn es anders wäre?“) Wirtschaft in der Steiermark sehr positiv entwickelt hat. Laut Österreichischem Institut für Raumplanung hat die Steiermark für das zweite Quartal – auch wenn du das nicht gerne hörst, oder wenn du willst, auch trotz Krobath – 5,1 Prozent Zuwachs erzielt und liegt daher unter allen Bundesländern an ausgezeichneter zweiter Stelle. (Abg. Vollmann: „Das war eh Zeit!“) Nur Oberösterreich mit 6,2 Prozent hat einen noch besseren Wert. Ich vergleiche einige andere Länder. Im Vergleich dazu Tirol und Vorarlberg im goldenen Westen je 1 Prozent Zunahme, Kärnten 2,7 Prozent, Niederösterreich und Burgenland liegen unter dem Durchschnitt. Also eine stolze Zahl, die die Steiermark in der Wirtschaftsentwicklung hier aufzuweisen hat, ganz mit an der Spitze zu sein mit Oberösterreich. In

dieser hervorragenden Umweltbedingung hat sich auch dank der Initiativen, die die Frau Landesrat Waltraud Klasnic gesetzt hat, der steirische Tourismus ähnlich gut entwickelt. (Abg. Vollmann: „Führe sie an!“) Und zwar darf ich auch hier sagen, es ist bekannt und wurde schon angesprochen in der Budgetdebatte, daß die Wertschöpfung aus dem Tourismus österreichweit 120 Milliarden beträgt, was unterstreicht – da sind wir wieder ganz einer Meinung –, welche kolossale Bedeutung und Aufgabe dem Tourismus aus vielerlei Richtung zukommt. Nicht nur völkerverbindend, wie wir gerade jetzt außenpolitisch erleben, hat der Tourismus schon in der Vergangenheit viele Brücken gebaut. Arbeitsplatzsichernd, Sommer- und Winterbeschäftigung und dergleichen mehr, vor allem auch regionalpolitisch, wenn ich das einflechten darf. Wie viele arme Gegenden würde es geben, wo es keine Industrien gibt, wo es keine andere Möglichkeit gäbe, würde der Tourismus nicht vorhanden sein. Die Steiermark erzielte, meine Damen und Herren, im Jahre 1988/89 mit 9.159.971 gezählten Gästenächtingungen ein Mehr um 446.117 oder 5,1 Prozent. Das ist seit 1982 das beste Jahresergebnis dieses Landes. Und das, Frau Landesrat, freut uns alle, die deinen erfolgreichen Weg im Fremdenverkehr mitgegangen sind, in den Gemeinden und in den Betrieben und überall. (Beifall bei der ÖVP.) Da gibt es natürlich eine Reihe von Bedingungen, die das ermöglicht und erleichtert haben, da gibt es aber auch sehr viel hausgemachte Entscheidungen, auf die ich noch zu sprechen komme, die es beschleunigt haben. Im Detail sieht das Sommerhalbjahr mit 5.573.000 und einer Zunahme von 306.000 beziehungsweise 5,8 Prozent ebenfalls hervorragend aus. Und das Winterhalbjahr nahm 4,1 Prozent zu oder 139.545, also 3.586.000 wurden hier auf die Waage gebracht. Meine engere Heimat, die Dachstein-Tauern-Region rund um Schladming, erwirtschaftete in diesem Zeitraum des Gesamtjahres nicht weniger als 2.405.307 Nächtigungen, was ein Mehr um 92.401 ist, und belegt mit 26 Prozent mehr als ein Viertel aller steirischen Werte. Der Bezirk Liezen in der Gesamtheit sogar ein Drittel. Was mich aber als Schladminger ebenso sehr freut, ist die ganz starke Zunahme in der Landeshauptstadt Graz, die Maßnahmen, die hier gesetzt werden in enger Kooperation mit Land und Stadt, auch durch die beiden Damen – Schulter an Schulter –, wenn ich das so sagen darf, und ihrer Manager greifen, und der Städtetourismus und Kulturtourismus hat nunmehr auch vor Graz nicht Halt gemacht. Ich sehe darin eine weitere Chance, sehr eng zusammenzuarbeiten. Stadt und Land – Hand in Hand! Für diese erfreuliche Entwicklung wirkten sich positiv aus eine allgemeine günstige Wirtschaftslage mit wenig Arbeitslosen, mit höheren Einkünften, mit höherer Beschäftigung einerseits, vor allem aber hier die schon angesprochenen Maßnahmen durch die Frau Landesrat, die verstärkten Förderungsmittel, die gezielt eingesetzt wurden für Marketing, für die Regionen und für die örtlichen Vereine. Das ist seit Jahren geschehen. Und eine Aufrüstung der Fremdenverkehrsbetriebe, dem wird sicherlich mein Kollege Dr. Dorfer ein besonderes Augenmerk schenken, das ist auch geschehen, zwar viel früher als in der Vergangenheit. Schon Helmut Heidinger hat hier Großes geleistet, das fortgesetzt wird. Auch das Zusammenführen in der Kreditbewirtschaftung, in der Förderung

halte ich für sehr, sehr gut, das Zusammenführen von Wirtschaft und Tourismus jetzt bei Hofrat Dr. Feil konzentriert. Die klare Aufgabenteilung zwischen Fremdenverkehrsabteilung einerseits mit Hofrat Dr. Hermann und dem Verband mit Herrn Manager Dr. Pohl ist ein weiterer Grund, warum nunmehr die erfolgreichen Zahlen in diesem Ausmaß erwirtschaftet werden konnten. Schließlich konnte auch, das wurde angesprochen, das steirische Fremdenverkehrsentwicklungskonzept endgültig beschlossen werden, so daß wir auch den Leitfaden über das ganze Land haben, wie es weitergeht. Selbstverständlich, meine Damen und Herren, ist es ganz klar, daß neben dieser erfreulichen Entwicklung eine dauerhafte, weitere positive Entwicklung nur gelingt, wenn vor allem der örtliche und der regionale Tourismus und deren Organisationen verstärkte Mittel in Anspruch nehmen können und über sie selbständig verfügen, damit nicht viel Leerläufe entstehen mit Vorsprachen, sondern daß man Konzepte entwickeln und umsetzen kann. Ich sehe darin, in der Neuordnung der Nächtigungsabgabe, die ausführlich dargelegt wurde, ich brauche es daher nur mehr kurz machen, wo das Land auf einen Schilling verzichtet hat, von drei auf zwei, und die Gemeinden das dazubekommen, aber wohl verstanden zur Förderung des örtlichen Verkehrsvereines, der örtlichen Verbände des Tourismus, Marketing- und Werbeaufgaben zu erfüllen. Das ist ein ganz entscheidender Schritt in die richtige Richtung, und er soll und muß natürlich noch ergänzt werden, und zwar in der Folge durch die Beschlußfassung eines Gesetzes, das weitere Mittel erschließt.

Ich glaube, es ist auch ein Gebot der Fairneß und der Gerechtigkeit, daß nunmehr auch die Campingplatztouristen und vor allem auch jene, die in Feriengebieten Zweitwohnungen haben, mit einem Pauschalbetrag miteinbezogen wurden, was die Wohnungen betrifft, und mit 5 Schilling pro Nächtigung, was die Campingplätze betrifft, daß dies auch gerecht und richtig ist.

Die erhöhten Nächtigungsabgaben kommen – und das sagte ich, und das muß ich noch einmal unterstreichen – in erster Linie der Werbung und den Marketingkonzeptionen der Ortsvereine zugute. Und so sind auch die 5 Schilling zu verstehen, die die Gemeinden nunmehr durch den neuen Schlüssel 30 zu 70 haben – 30 Prozent Land, 70 Prozent Gemeinde, und dies möglichst an den Verkehrsverein weiterzugeben, wengleich es auch gemeinsame Aufgaben zwischen Verein und Gemeinde geben kann.

Es bleibt uns noch viel Arbeit, um endlich, wie in Oberösterreich oder Salzburg, in allernächster Zeit – ich sage 1990 – wahrzumachen, was die Frau Landesrat angekündigt hat, nämlich daß die Vorarbeiten, die im Ausschuß ständig passieren, auf der Basis und Grundlage dieser beiden letzten Gesetze auch uns in die Lage versetzen, hier im Hohen Landtag ein Fremdenverkehrsgesetz im kommenden Jahr zu beschließen.

Ich glaube, das ist eine große Aufgabe, der wir uns gemeinsam stellen, und wenn auch das gelungen ist, dann wird auch noch einmal unterstrichen – und der Vortrag bei diesem Fremdenverkehrstag, aus dem du auch zitiert hast, Kollege Vollmann, war eindrucksvoll –, daß es keine Berufssparte gibt, die beim Frem-

denverkehr nicht mitpartiziert. Ob es das steirische Obst ist oder der gute steirische Wein, ob es die guten Würste und das Fleisch aus der Weststeiermark sind, ob es im Handel, im Gewerbe, in der Bauwirtschaft und wo überall – überall, bitte, gibt es einen absoluten Zusammenhang – Handel, Transport und so weiter – zum Fremdenverkehr.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir aber auch am Ende dieser meiner Ausführungen zum Fremdenverkehr, wo so viel Grund zur Freude über die Entwicklung aus der Sicht auch der Gemeinden angebracht ist, eine Sorge hier loszubringen oder, wenn Sie mir gestatten, daß Sie die Sorge mit uns Gemeindevertretern teilen: Wir haben uns bemüht – und es wurde ja viel darüber berichtet –, daß ein langes Unrecht den steirischen Gemeinden gegenüber und auch den burgenländischen durch eine Novellierung zum Finanzausgleichsgesetz beseitigt wird. Und es gelang am Verhandlungsweg, auch ein Paktum zustande zu bringen, das in diesen Tagen im Parlament entschieden werden sollte, nämlich die Beseitigung dieses Unrechtes in der Weise, als der Paragraph 8, das ist der Wiener Randgemeindenschlüssel, und der Paragraph 21, der Schlüssel nach Bedarf, den Armen nach Bedarf helfen und denen, die das seit vielen Jahren zu Unrecht kassiert haben, wieder wegnehmen. Wir haben uns bemüht, das in einer Solidarität untereinander zwischen den Gemeinden und Ländern, was nicht leicht ist – wer gibt gerne etwas her, was er hat –, zustande zu bringen. Nunmehr spießt es sich.

Heute früh hat der Herr Präsident Wegart zu Beginn der Eröffnung einen gemeinsamen Antrag kundgetan, der von der sozialistischen Fraktion ebenso eingebracht wurde wie vom Kollegen Pinegger und von mir als Bürgermeister für die Volkspartei und vom Kollegen Rader für die Freiheitliche Partei, der an die Parlamentsfraktionen gerichtet ist, doch noch jetzt, bitte, in diesen kommenden Tagen sich zu einigen. (Abg. Vollmann: „Weißt du, wer es blockiert?“) Ja, bitte, sag's mir. (Abg. Vollmann: „Dein Parteifreund König!“) Ja, ich weiß, und ich weiß jetzt auch, wo die Ursache liegt. Ich habe ja gehofft, daß du das bringst. Ich danke dir sehr dafür. (Abg. Vollmann: „Ich hoffe, daß du es mir sagst!“) Ja, ich sage es dir jetzt auch.

Der Herr Kollege Pröll hat als Finanzreferent für Niederösterreich zugestimmt – Landeshauptmannstellvertreter Pröll. Daraufhin, Herr Kollege, hat ihn dein Kollege Höger landauf und landab schlecht gemacht, was er aus Niederösterreich alles verschenkt. Daraufhin hat es angefangen, sich zu spießen. Jetzt sitzen wir am Montag zusammen – (Abg. Vollmann: „Es gibt einen Regierungsbeschluß!“) Tu's nicht hin- und herspielen, bemühen wir uns gemeinsam, daß es geht. (Abg. Vollmann: „Wie ist es in der Steiermark?“) In der Steiermark haben wir in dieser Frage eine gemeinsame Haltung, und die muß es auch gelingen, im Bund durchzubringen. (Abg. Vollmann: „Die Bundesländer sind autonom!“) Wir haben von der Steiermark aus den Vizekanzler als Föderalismusminister gebeten, zu vermitteln. Das hat er getan. Josef Riegler hat den Finanzminister gebeten, und dieser hat für Montag zu einer neuen Gesprächsrunde einberufen. Meine Hoffnung ist, daß dann das Unrecht beseitigt wird. (Beifall bei der ÖVP.) Wir haben das veranlaßt. Ich kann dir auch hier das Fax zeigen, wo Josef Riegler

seinen Regierungskollegen Lacina bittet, dieses Unrecht zu beheben und doch zu einer Einigung mit den Klubs zu kommen. Die Ursachen liegen nur leider verzweigt.

Ich bin mit dir, wir werden werben. (Abg. Vollmann: „Deine niederösterreichischen Parteifreunde werden am Montag nicht kommen!“) Du weißt heute schon, was Montag ist. Ich weiß das nicht. Aber ich weiß (Abg. Vollmann: „Es steht in der Zeitung!“), daß der Höger den Pröll populistisch schlecht machen wollte, und das ist das Ergebnis. Herr Kollege, wir verlassen uns auf den Geist der Verhandlungen und auf das Ergebnis. (Abg. Vollmann: „Auf einen guten sozialistischen Finanzminister kannst du dich verlassen!“) Ja, der kann ja die nicht zwingen. Der Finanzminister verteilt 100 Prozent. Wer es bekommt, ist ihm gleich. Einigen müssen wir uns untereinander. (Abg. Vollmann: „19 Jahre habt ihr euch immer verlassen!“) In diesem Sinne bitte ich Sie, auch diese Sorge der Bürgermeister entgegenzunehmen, geht es doch allein für 1989 um 58 Millionen Schilling, die in der Zukunft noch steigen. 444 steirische Gemeinden sind davon betroffen. Darunter sehr viele finanzschwache, kleine und mittlere, aber auch große bis zur Landeshauptstadt Graz. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Vollmann: „Ich spende dir trotzdem Beifall, weil ich weiß, daß du für das Fremdenverkehrsgesetz bist!“ – 15.17 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Weilharter. Ich erteile es ihm.

Abg. Weilharter (15.17 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geschätzte Damen und Herren! (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Wer ist der Höger?“ – Abg. Vollmann: „Du hast eine Lücke, wenn du das nicht weißt! Ich hätte auch fragen können, wer der König ist!“)

Wenn Sie den Wahlkampf fertig ausgetragen haben, dann werde ich beginnen. (Landesrat Klasnic: „Es ist kein Wahlkampf!“) Vorwahlkampf für die Gemeinderatswahl. Danke.

Meine Damen und Herren, der Fremdenverkehr beschäftigt uns hier in diesem Haus ja schon jahrelang, und es würde auch in der Vergangenheit sehr viel diskutiert. Ich glaube, es ist heute eine historische Stunde, wo wir uns alle über die positive Entwicklung, über die Nächtigungssteigerung und in Summe über die steirischen Fremdenverkehrszahlen freuen. Die vergangenen Jahre waren ja nicht von dieser Freude und von diesem Optimismus geprägt. Wenn auch jahrzehntelange Forderungen nach einem steirischen Fremdenverkehrsgesetz offen sind, so hat uns, glaube ich, hier die Fremdenverkehrswirtschaft und im speziellen Sinne die private Fremdenverkehrswirtschaft gezeigt, daß ohne Gesetz auch eine positive Konjunktur erzielt werden kann. Daher möchte ich meinen Respekt den steirischen Fremdenverkehrsbetrieben aussprechen. Ich möchte aber auch meinen Respekt und meine Anerkennung den Fremdenverkehrsvereinen, die ehrenamtlich tätig sind, aussprechen. Ich möchte aber auch meine Anerkennung allen Vereinen in den Dörfern und allen Mitarbeitern in den Fremdenverkehrsbetrieben aussprechen, die ja für die Betreuung der Gäste verantwortlich sind. Die Vereine in den Dörfern bemühen sich ja sicherlich um das positive

Klima. Und dieses positive Klima im Ort ist ein wesentlicher Bestandteil für das Wohlbefinden unserer Gäste.

Meine Damen und Herren, der Kollege Vollmann hat heute in seiner gewohnten Manier ein Fremdenverkehrsgesetz reklamiert, und er hat die Schützenhilfe vom Herrn Kollegen Kröll bekommen. Ich sage Ihnen sehr offen, ich bin über diese Forderung nicht verwundert, aber ich empfinde in dieser Forderung nur eine sogenannte Pflichtübung, denn Sie beide beziehungsweise Ihre beiden Fraktionen haben ja die Größenordnung hier im Haus, und Sie hätten es längst beschließen können. Ich weiß aber, daß die Durchführung, das Ansinnen oder die Realisierung dieses Fremdenverkehrsgesetzes nicht hier in diesem Hause gescheitert ist, sondern da hat es in der Wirtschaftsvertretung, in der steirischen Handelskammer, in der Vergangenheit halt verschiedene Meinungen gegeben. (Abg. Vollmann: „Seit 15 Jahren!“) Wir von der freiheitlichen Fraktion haben in dieser Frage immer sehr deutlich unseren Standpunkt formuliert, und wir haben in den letzten Jahren immer vehement eine Kopie eines Fremdenverkehrsgesetzes aus anderen Bundesländern abgelehnt. Denn wir wissen, der steirische Fremdenverkehr hat eine eigene Struktur. Und diese eigene Struktur sollte – ich bin sehr froh, ich habe es vom Kollegen Kröll gehört, es wird ein Entwicklungsprogramm erstellt. Ich hoffe nur, daß diese steirischen Fremdenverkehrsstrukturen in diesem Entwicklungsprogramm Einklang finden. Ich würde aber weitergehen, ich würde mir erwünschen und erbitten für den steirischen Fremdenverkehr ein gesamtsteirisches Tourismuskonzept, wo nicht nur ausschließlich die Wünsche der Beherbergungsbetriebe drinnen sind, sondern die gesamte Fremdenverkehrswirtschaft, wie zum Beispiel auch die Reiseunternehmungen, Reisebüros und so weiter. Weiters wird es notwendig sein, daß wir gerade in einer Zeit einer Hochkonjunktur oder einer steigenden Konjunktur in unserer Fremdenverkehrsentwicklung uns bemühen, das Abgabensystem zu vereinfachen. Zur Zeit haben wir eine Vermengung von Gemeinde, Verband, Land und so weiter an Abgaben. Auch hier, die Chance ist jetzt historisch in Zeiten einer guten Entwicklung, klare Linien. Und ein wesentlicher Punkt wird auch für unsere künftige steirische Fremdenverkehrsentwicklung eine Anpassung, eine Liberalisierung der Ladenschlußzeiten sein. Auch hier würde ich Sie, Frau Landesrat, um ein klares Wort bitten, damit unsere steirische Fremdenverkehrswirtschaft weiß, wohin ihre Zukunft geht. (Allgemeiner Beifall. – 15.29 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Dorfer (15.29 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Wenn mich der Herr Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber ersucht, nicht zu lange zu quatschen, so erübrigt sich wirklich jede Antwort.

Es ist von meinen Vorrednern mit anderen Worten schon zum Ausdruck gebracht worden, daß heuer der Fremdenverkehr eine Traummarke erreicht hat. Kollege Kröll insbesondere hat mit Ziffern darauf hingewiesen. Ich möchte nur einige wenige bundesweite Ziffern auch noch erwähnen, weil sie aufzeigen, wie

großartig sich diese Wirtschaftssparte in diesem Jahr entwickelt hat. Und zwar sind nicht nur hohe Zuwachsraten bei Nächtigungsziffern erzielt worden, sondern insbesondere auch bei den Deviseneinnahmen. Und darauf kommt es ja an. Die Nächtigungsziffern sind gesamtösterreichisch um 5,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen, und zwar 50 Millionen ungefähr in der Wintersaison, 72 Millionen Nächtigungen in der Sommersaison. Und bei den Deviseneinnahmen haben wir heuer bisher schon über 142 Milliarden erzielt. In der Wintersaison 1988/89 fast 57 Milliarden, das sind plus 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr – bitte plus 18 Prozent! – und in der Sommersaison 64,5 Milliarden, plus 17 Prozent! Eine großartige Entwicklung, wie sie wohl in keiner anderen Wirtschaftssparte der Fall ist, ganz abgesehen davon, daß wir diese vielen Milliarden Devisen dringend brauchen, weil immer schon unsere Handelsbilanz hoch passiv ist und die Zahlungsbilanz ausgeglichen bis aktiv sein kann, nur – ich betone – durch den Tourismus in Österreich. Und das alles, diese großartige Entwicklung trotz des außergewöhnlichen Schlechtwetters in diesem Sommer. Man muß allerdings zugeben, daß uns hier sicher die Adriaerschmutzung ganz entscheidend entgegengekommen ist. Und besonders erfreulich, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, ist der Umstand, daß die Ausländernächtigungen um 6,4 Prozent angewachsen sind, am höchsten interessanterweise bei den Italienern und bei den Schweizern. Und noch eine Bemerkung: Der Trend zur Qualität hält weiterhin an. Das heißt, die höchsten Zuwachsraten haben wir bei höheren Hotelkategorien, bei höheren Restaurantkategorien als bei den niedrigeren. Und das bedeutet für uns, für die Tourismuspolitik, im Bund genauso wie im Land, in Zukunft wird man noch mehr Förderungen in die Qualitätsverbesserung stecken und sicher nur zum Teil auch noch in die quantitative Ausweitung der Fremdenverkehrseinrichtungen, was zum Teil natürlich auch noch notwendig sein wird.

Hohes Haus! Ein entscheidendes Problem, auf das bisher noch nicht hingewiesen wurde, für die weitere Entwicklung des Tourismus in unserem Land ist die Liberalisierung der Arbeitsgenehmigungen für Ausländer. Der Arbeitskräftemangel im Fremdenverkehr nimmt bedrohliche Formen an und ist zur Zeit die größte Wachstumsbremse auch in dieser Wirtschaftsbranche. Es fehlen allüberall, in Westösterreich natürlich noch mehr wie bei uns, und im oberen Ennstal mehr wie in der südlichen Steiermark, aber es fehlen überall Kellner, Köche und jede (Abg. Vollmann: „Werden die jetzt besser verdienen?“) Menge Hilfspersonal. Ich muß daher vom Sozialminister Geppert fordern, daß er einer Aufstockung des Gastarbeiterkontingentes, und zwar einer wesentlichen Aufstockung des Gastarbeiterkontingentes, zustimmt. Hoffentlich – kann ich nur sagen – sind die zuständigen Gewerkschafter nicht immer nur dagegen. Und zwar immer nur dagegen mit der fadenscheinigen Begründung, daß es immer noch ein paar Prozent Arbeitslose in Österreich gibt. Meine Damen und Herren, Sie wissen das doch so gut wie ich, es gibt nie eine 100prozentige Vollbeschäftigung. Null Prozent Arbeitslosigkeit ist eine süße Illusion. Ich gehe so weit zu behaupten, daß ich sagen würde, wenn dem so wäre, wäre das gesamtwirtschaftlich eine Katastrophe, weil das inflationäre und sonstige Folgen hätte. (Abg.

Vollmann: „Herr Dr. Dorfer, das haben wir nie gesagt!“) Aber auch technisch ist es nicht möglich. Zur Zeit sind die Gewerkschafter hier absolut auf der Bremse. Ich weiß es aus allen diesbezüglichen Verhandlungen. Und leider – ich tue das nicht gerne, aber es ist so – zumindest bis jetzt ist der Herr Bundesminister Geppert ein Vollzugsorgan der Gewerkschaften. Letztlich aber ist er Bundesminister, und als solcher sollte er gesamtstaatliche Interessen im Auge haben und auch gesamtwirtschaftliche, und nicht nur einseitige Gewerkschaftsinteressen, vermeintliche Gewerkschaftsinteressen! Ob das den Gewerkschaften nutzt, sei dahingestellt.

Eine kurze Bemerkung, wie alle meine Vorredner schon, auch noch zum bevorstehenden steirischen Fremdenverkehrsgesetz, oder nennen wir es Tourismusgesetz. Meine Damen und Herren! Ich habe schon voriges Jahr hier gesagt, natürlich bin auch ich nicht zufrieden mit dem Umstand, daß wir bis heute dieses Gesetz noch nicht haben. Aber klar ist eines, daß alle diejenigen, denen dieses Gesetz nichts kostet, leichter darüber reden als die Summe der Handelskammermitglieder mit etwa 200 Berufsgruppen, die hineinzahlen und denen man in einem Aufklärungsprozeß erst klarmachen muß, daß ein Großteil davon natürlich auch im Umweg von diesem Gesetz etwas hat; da hat der Kollege Vollmann selbstverständlich wie alle anderen recht, ist ja geradezu eine Binsenweisheit. Ich würde nur glauben, gut Ding braucht Weile, und ein modernes Tourismusgesetz muß unser Ziel sein. Und wenn wir schon die letzten sind, die dieses Gesetz bekommen, so bin ich zuversichtlich, daß wir das modernste und praktikabelste Tourismusgesetz bekommen werden. Hier vertraue ich absolut auf das Können und vor allem auf das frauliche Geschick unserer lieben Frau Landesrat Klasnic. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Auch eines, das noch nicht erwähnt wurde oder vom Kollegen Kröll ange deutet wurde, ist der Umstand, daß auch die Steuerreform des vergangenen Jahres sich sehr belebend auf den Fremdenverkehr ausgewirkt hat. Geringere Einkommensteuern, geringere Körperschaftsteuern, höhere Gewerbesteuerfreibeträge haben eben zur Folge, daß der Optimismus auch in dieser Wirtschaftsbranche gestiegen ist, daß die Investitionslust gestiegen ist, daß mehr investiert wird, daß mehr konsumiert werden kann, weil eben jedem Konsumenten – und das sind wir alle – mehr übrig bleibt, was insgesamt gerade auch auf die Freizeitwirtschaft einen sehr belebenden und positiven Einfluß hat. Und nicht unerwähnt, meine Damen und Herren, soll sein, daß die Wirtinnen und Wirte außerordentlich viel arbeiten, besonders in der Saison. Sie arbeiten (Abg. Hammer: „Die Bediensteten auch!“) oft 100 und mehr Stunden pro Woche, und dafür gebührt ihnen der ganz besondere Dank der gesamten Öffentlichkeit, genauso natürlich wie allen Arbeitnehmern in den Betrieben (Beifall bei der ÖVP.), weil, wie ich früher schon sagte, gerade das Ergebnis im Fremdenverkehr eine ungeheure gesamtwirtschaftliche Bedeutung hat. Und wenn – und jetzt bitte, mich richtig zu verstehen – Wirtinnen und Wirte dadurch, daß sie selbst auch sehr viel arbeiten – und es geht hier fast immer nur um die Saisonmonate –, im Einzelfall zu wenig Verständnis

für notwendige Mehrarbeiten ihrer Mitarbeiter haben, so sollten wir alle dafür Verständnis haben. Umgekehrt bin ich der letzte, der solche deckt, die weit über das Ziel hinausschießen. Die sollen nicht gedeckt werden. Schwarze Schafe gibt es überall, und wenn das Gesetz völlig links beiseitegelassen wird, dann soll es und muß es wohl auch hier gelten. Nur, jeder von uns weiß, meine Damen und Herren – (Abg. Vollmann: „Es will jeder arbeiten, nur bezahlen wollen sie es nicht!“) Wenn's möglich ist, warum nicht! Lieber Kollege Vollmann, wir haben heute eindeutig geregelte Kollektivverträge mit Überstundenzuschlägen und, und, und. (Abg. Vollmann: „Nur, immer klappt es mit der Bezahlung nicht!“) Wenn sich jemand an wen immer wendet, nicht nur an die Arbeiterkammer oder an die Gewerkschaft, auch an die Handelskammer, wird den betreffenden Arbeitnehmern zum Recht verholten. Wir geben da sicher niemandem eine falsche Auskunft, nur weil er Arbeitnehmer ist – auch als Arbeitgeberinteressenvertretung! Das ist gar keine Frage!

Ich will aber nicht leugnen, daß das gelegentlich nicht passiert und daß hier manchesmal übers Ziel geschossen wird. Ich bin nur dagegen, daß generell die Hoteliers, die Restaurateure insbesondere in Saisongebieten als die hingestellt werden, die ihre Arbeitskräfte ausnutzen. Ich sage noch einmal: Hier ist bei Überstunden oder wenn sie verweigert werden das Verständnis der Arbeitgeber deswegen relativ gering, weil sie eben selbst gerade auch in Saisonzeiten außergewöhnlich viel arbeiten und daher das notwendige Verständnis für eine Verweigerung einer zusätzlichen Mehrarbeit nicht aufbringen. Das Ziel muß immer ein wirtschaftlich und sozial vernünftiger Kompromiß sein.

Besonders erfreulich, meine Damen und Herren – das darf ich zum Schluß noch erwähnen –, sind die guten Zukunftsaussichten im Fremdenverkehr, besonders – wie heute schon erwähnt wurde – auch im Städtetourismus. Wir haben in der Handelskammer Konjunkturbefragungen wie jedes Jahr gemacht, auch bei Fremdenverkehrsunternehmen, und hier sind die subjektiven Zukunftsaussichten der Fremdenverkehrsunternehmen außerordentlich gut – im Gegensatz zur Zeit vor etwa vier, fünf oder sechs Jahren.

Freuen wir uns darüber und hoffen wir, daß der Fremdenverkehr bei uns weiterhin eine so bedeutende, so wichtige, volkswirtschaftlich wie auch landespolitisch, Sparte der Wirtschaft sein möge. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 15.40 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist die Frau Landesrat Klasnic.

Landesrat Klasnic (15.40 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Am heurigen Tourismustag haben wir einen kurzen Film gesehen. Es war das Ergebnis einer Studie eingeblendet, warum die Menschen so gern in unser Land kommen. Einige Schlagworte, wie sie Kollege Vollmann genannt hat, aber ich möchte sie hier wiederholen: intakte Natur, reizvolle Landschaften, gut essen und gut trinken, Kinderfreundlichkeit, gute Sportmöglichkeiten, gutes Preis-Leistungs-Verhältnis, gute Wandermöglichkeiten und unsere Hauptstärke – und was ist das wohl, unsere Hauptstärke?: freundliche Einhei-

mische. Und ich denke mir dann manchmal bei solchen Diskussionen – und diese Diskussion betrachte ich als eine freundliche –, daß es eben einfach wichtig ist, daß wir uns um die Menschen annehmen, die zu uns kommen. Oft wünsche ich mir, daß sie nicht all das hören, was wir uns manchmal dann in der Hektik sagen müssen, obwohl wir es oft gar nicht so meinen.

Unser Ziel – und ich habe es am Tourismustag schon gesagt – ist die Qualitätssteigerung. Und in Zukunft zählt nur mehr die Qualität, und man muß schauen, daß man das Beste daraus machen kann.

Und, Herr Kollege Vollmann, wenn Sie gemeint haben, ich habe seit Juni vorigen Jahres Schonzeit, dann freue ich mich darüber, wenn Sie meinen, daß ich jetzt fast 18 Monate Schonzeit gehabt habe. (Abg. Vollmann: „Nichts da!“) Ich sage Ihnen – und ich werde es kurz aufzählen –, ich habe diese Zeit zu intensiver Arbeit benutzt. Es gibt viele Ergebnisse, die in diesen 18 Monaten erreicht werden konnten. (Abg. Vollmann: „Die weiß keiner!“) Ich werde sie aufzählen, weil irgendwann muß man ja auch sagen, was man tut. (Abg. Vollmann: „Gott sei Dank! Wir wollen sie endlich einmal hören!“) Und weil Sie von Parteienverhandlungen sprechen, ein klares Wort: Es hat schon der Herr Landesrat Dr. Klauser in seiner Budgetrede darauf hingewiesen, daß es mehr oder weniger immer wieder Bemühungen um den Gegenstand eines Gesetzes und Beamtenverhandlungen gibt. Ich bin sehr, sehr froh, daß es gelungen ist, jene Menschen, die sehr, sehr wichtig erkennen, daß wir ein Gesetz brauchen, und jene, die glauben, vielleicht läßt sich das noch verändern, an einen Tisch zu setzen. Und in der Zusammenarbeit sind wir sehr weit gekommen. Ich bin wirklich dankbar dafür, daß von Ihrer Fraktion der Vizepräsident des steirischen Tourismusverbandes, der Herr Bürgermeister Brandl aus Sankt Sebastian, dabei ist. (Abg. Vollmann: „Er kämpft schon 15 Jahre darum!“) Er ist sehr konstruktiv, er hat viel Erfahrung, und er ist ein wertvoller Teil dieser Gruppe. Das heißt, wir reden ja schon miteinander. Und dann, wenn es hier ins Haus eingebracht wird, dann werden wir natürlich auch mit den Parteienverhandlungen weiter fortfahren. Aber so, daß wir gar keine Information untereinander haben, ist es ja nicht, aber ich glaube, so haben Sie es auch nicht gemeint.

Ich bedanke mich auch beim Kollegen Weilharter, der gemeint hat: „Ja, ein eigenes steirisches, das ist es, was wir wollen!“ Wir suchen unser eigenes steirisches Gesicht, und wir werden dieses auch finden.

Ich komme damit auch schon zu dem, was angesprochen wurde, vor allem die Zahlen: Ich möchte sie nicht wiederholen, obwohl wir mit viel Stolz sagen können: Insgesamt ist es ein Zuwachs von 5,12 Prozent.

Es wurde die Nächtigung angesprochen: Mir ist die Nächtigung im steirischen Tourismus zu wenig. Ich rede auch von den Devisen, die kommen, ich möchte aber vor allem auch über den Tagestourismus reden, der in unserer Steiermark eine ganz besondere Rolle spielt. Man müßte – und das ist auch in Auftrag gegeben – so, wie wir es am Tourismustag vorgezeigt haben, die Umwegrentabilität sehen, aber jetzt nicht in Österreichzahlen, sondern vor allem auch in steirischen Zahlen. Diese Aufträge gibt es.

Und weil wir über die Nächtigungsabgabe gesprochen haben: Ich habe gestern irgendwo gelesen, daß

ich was sage, was andere denken, also ich sage das eben einfach so, wie es gewesen ist. Der Herr Hofrat Hermann, das ist der Abteilungsleiter unserer Fremdenverkehrsabteilung, hat mir diesen Vorschlag gemacht und hat mit mir darüber gesprochen. In der Folge hat er sich dann mit dem Vorstand der Rechtsabteilung 10 zusammengesetzt – und es hat eine gute Vorlage gegeben. Der Herr Landesrat Dr. Klauser und ich haben weiter darüber geredet, und über die Rechtsabteilung 10 und über den Herrn Landesrat Dr. Klauser ist diese Abgabeordnung hierhergekommen. Er ist der Vater – aber eines stelle ich fest: Ich bin die Mutter! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – Abg. Hammer: „Eine hübsche Mutter!“ – Abg. Dr. Dorfer: „Beide sind notwendig!“) Danke! Es tut so gut, wenn wir in dem Haus vielleicht auch wieder ein bißchen fröhlicher sind – das brauchen wir manchmal!

Weil Sie fragen, was wir heuer noch getan haben – ganz kurz: Es hat fast niemand glauben wollen, vor allem nicht die Medien, aber es ist gelungen, daß wir jetzt einen selbständigen Landesverband für Tourismus haben. Er ist seit 1. Mai eine selbständige Organisation. Wir haben dort einen neuen Geschäftsführer mit einem starken Team. Und weil Sie den Geschäftsführer, den Herrn Pohl, lobend erwähnt haben, möchte ich dazusagen: Seine besondere Stärke ist, daß er sich auch um jene Regionen kümmert, die einen hohen Nachholbedarf haben. Das ist wichtig, ich bin froh darüber und ich bin sicher, daß wir in diesem Fall dann im ganzen Land auch erfolgreich sein können.

Das nächste war, daß wir dem Geschäftsführer auch neue Satzungen und eine Geschäftsordnung zugeteilt haben. Beides wurde am Landestourismustag einstimmig beschlossen. Heute werden wir noch miteinander die Novellierung des Fremdenverkehrsabgabegesetzes beschließen. Das heißt, Sie merken, es hat sich schon einiges im heurigen Jahr bewegt. Und eines muß ich richtigstellen, Herr Kollege Vollmann, weil Sie gesagt haben, dieses Landesentwicklungsprogramm „Freizeit, Erholung und Fremdenverkehr“, werde es dann dem Kollegen Weilharter geben, wir haben es am Tourismustag als Entwurf aufgelegt. Wir konnten es auch nur als Entwurf auflegen, und es ist nicht schon lange beschlossen, sondern es wurde am 22. November im Raumordnungs-Beirat beschlossen. Das sind 14 Tage, und ich verspreche Ihnen, es ist ja auch die Grundlage für die Zukunft, ich werde mich sehr bemühen, daß wir es bald dem Hohen Haus hier zuleiten können. (Abg. Vollmann: „Ich habe mich gefreut, daß die Vorstellung der Gewerkschaft einfließt!“) Selbstverständlich, Kammer und ÖGB gehören in dieses Land so wie Handelskammer und jede Interessensvertretung für die Landwirtschaft. Wir gehören zusammen, und wir müssen miteinander für das Land das Beste geben.

Ich werde versuchen, das andere in kurzen Sätzen anzureißen. Es gibt eine gute touristische Zusammenarbeit über die Landesgrenzen der Steiermark hinaus, ich betone, im Bereich der ARGE-Alpen-Adria. Die Wirtschaftskommission Fremdenverkehr ist unter steirischer Leitung, das heißt, der Herr Hofrat Dr. Hermann führt sie. Es gibt viel an Vorbereitungen für die Weltausstellung, wenn Expo 1995 Wien–Budapest sein wird, dann wünschen wir uns, daß sie nicht nur Wien–Budapest heißt, sondern Österreich–Ungarn –

sprich, daß die Steiermark sehr stark dabei ist. Wir hatten eine Enquete, es war der Herr Minister Bussek da, und der Herr Landeshauptmann hat dort gemeinsam auch die Prioritäten für die Zukunft festgelegt.

Ein anderer Bereich, den man an einem solchen Tag nicht vergessen soll, sind die Förderungen und Unterstützungen, ganz besonders im Bereich der Gastronomie, der Beherbergung und der Verpflegung. Ich erspare Ihnen, die zwei Seiten aufzuzählen. Aber daß die Entscheidung auch richtig gewesen ist, die ist heute faktisch vor einem Jahr bei der letzten Budgetdebatte hier dargelegt worden, die Zusammenlegung im Ressortbereich – nämlich intern, daß Fremdenverkehr in der Wirtschaftsförderungsabteilung mitbearbeitet wird, das haben wir gesehen, und es sind allein nur im heurigen Jahr 1066 Anträge bearbeitet und erledigt worden. (Beifall bei der ÖVP.) In diesem Sinne bedanke ich mich ganz besonders beim Wirtschaftskoordinator des Landes, beim Hofrat Dr. Feil, weil er ja sorgen mußte, daß diese Arbeit mitbewältigt werden kann. Und sein Team hat ihm tatkräftig dabei geholfen.

Es wird sich im kommenden Jahr auch auf Bundesebene bei den Fremdenverkehrsrichtlinien einiges ändern. Der Herr Wirtschaftsminister Schüssel hat uns diese Unterlage bereits überreicht, und ich möchte Ihnen nur die Punkte sagen, worum es geht. Es geht in erster Linie um die höhere Qualifizierung der Betriebe, es geht um Hilfestellung vor allem im werblichen Bereich, aber es geht auch um eine Änderung der Förderungsrichtlinien nach Umweltgesichtspunkten. Und das möchte ich hier ganz besonders ansprechen, denn man sollte auch denken, wenn man fördert, ob wir nicht etwas fördern, was unserer Umwelt mehr schadet und dadurch die Touristen weniger gerne zu uns kommen. Und wenn ich ganz kurz durch unser Land schaue oder die einzelnen Regionen betrachte, Herr Bürgermeister Kröll hat selbst für die Dachstein-Tauern-Region gesprochen, es gibt vieles aufzuzählen, was an Organisation dort passiert ist. Es war heuer im Ausseer Land das 30. Narzissenfest, und ich habe ein Sorgenkind. (Abg. Vollmann: „In Schladming hätten sie gerne ein Fremdenverkehrskolleg!“) Nein, das haben sie mir eigentlich nicht gesagt, zumindest ich habe das nicht gehört. (Abg. Vollmann: „Doch!“) In der Dachstein-Tauern-Region? Das hat er Ihnen gesagt, bei mir hat er das noch nicht vorgebracht. Wir haben ein Fremdenverkehrskolleg in Bad Gleichenberg. Eine Schule, eine Ausgangslage, wo man sagt, weltweit ist die Steiermark renommiert im Ausbildungsbereich.

Zurück zu meiner Liste. Ich sage das hier sehr offen, weil ich Sie um Ihre Hilfe bitte. Ich habe ein Problem, das ist ein besonderes. Das ist der Bereich Bad Mitterndorf–Tauplitz. Der Kollege Tschernitz war mit mir gemeinsam dort. Wir haben uns mit den Bürgermeistern und mit den Verantwortlichen im Tourismus zusammengesetzt. Ganz einfach ist es dort oben nicht. Wir sind drei Schritte vorgekommen, und ein paar Tage später waren wir wieder zwei zurück. Einen haben wir schon geschafft, aber einiges haben wir noch zu tun. Wenn ich daran denke, daß es in vielen Bezirken des Landes neue Ideen gibt, die zum Tragen kommen. Und wenn wir es heute gehört haben, Landesausstellung, Holzmuseum Murau, Naturpark Grebenzen, man könnte das alles aufzählen, dann

weiß man auch – und ich denke daran, daß der Herr Kollege Hammer über seine Eisenstraße spricht, wo man dann ins Gesäuse hinüber fährt, ins Mariazeller Land, die gerade jetzt im Bereich Weltausstellung einige neue Ideen haben. Das Mürztal, und Herr Kollege Vollmann, Sie sind dort zu Hause, bereitet sich intensiv auf die Landesausstellung vor, und ich darf es heute hier sagen, vielleicht hat es Ihnen auch schon jemand erzählt, es gibt erstmals zwischen dem steirischen Semmering und dem niederösterreichischen Teil dort oben eine gemeinsame Werbelinie auf drei Jahre. Wir haben auch das heuer im Jänner fixiert, und wo man sagen muß, ich sage es hier sehr ehrlich, mehr Betten haben wir auf unserer Seite, und darum sind wir eingestiegen auf dieses Programm. Ich hoffe, daß es hilft, und die Gemeinden haben uns dabei tatkräftig unterstützt. (Beifall bei der ÖVP.)

Das Land um Graz hat sich am steirischen Tourismustag heuer selbst vorgestellt, und ich habe heute noch den Auftrag gegeben, daß wir vor allem für die Lurgrotte, die heuer durch starke Unwetter viel Schaden erlitten hat, ganz besonders helfen können. Das Land der Täler hat uns via Fernsehen das steirische Weinland vorgestellt. Der Herr Landeshauptmann hat in diesem Fall für diesen Film ein Sonderkontingent an Mitteln zur Verfügung gestellt, so war es möglich. Und die Weinstraße Deutschlandsberg, Voitsberg, überall gibt es neue Initiativen, ich freue mich darüber.

Nun komme ich aber auch schon ins Thermenland. Und wenn ich Thermenland sage, dann horchen Sie auf, und dann horche ich auf, und ich habe ganz deutlich etwas zu sagen. Bad Waltersdorf über Blumau nach Loipersdorf, Bad Gleichenberg nach Bad Radkersburg. Sie wissen, daß wir heuer in der Therme Radkersburg einiges an Problemen hatten. Sie sind sozusagen wieder in den Griff gekommen. Aber Sie werden nach der Budgetrede des Kollegen Dr. Klauser auch von mir eine Aussage zum Thermengarten und zur Therme Blumau erwarten. Ich sage hier sehr deutlich, über die Ware „Wasser“, die das Land zu liefern hat, wird gesprochen. Und wir werden hier in diesem Haus sicher bald auch die Antwort haben. Das ist auch mit dem Kollegen Dr. Klauser hier so ausgemacht. (Abg. Gennaro: „Es wird Zeit!“) Lieber Herr Kollege Gennaro! Manche Dinge, wenn sie besonders gut werden, brauchen sie eine Weile! Geduld müssen wir haben, dann kommen wir weiter!

Allgemein möchte ich sagen: Die kinderfreundliche Steiermark, so wie sie sich darstellt, kommt sie gut an. Der Gesundheitstourismus, und da erwähne ich auch die gesunde Gemeinde, um die sich besonders die Frau Präsident Dr. Kalnoky bemüht, ist zukunftsweisend. Wenn ich daran denke, daß vor 14 Tagen die Fremdenführer aus ganz Österreich einen Workshop hier in Graz gehabt haben und uns dann gesagt haben, daß wir eigentlich nicht so, wie es heute hier geklungen hat, die letzten sind, sondern wirklich gut vorne mit dran sind, dann muß ich schon erwähnen, wir sind auch in den Zahlen nicht die letzten, sondern die Steiermark liegt am Platz vier in Österreich. Ich glaube, darüber dürfen wir uns freuen. (Beifall bei der ÖVP.) Die Entwicklungschancen für unser Land sind für die neunziger Jahre positiv, und ich sage dazu, wenn es uns gelingt – (Abg. Vollmann: „Dann hat unser Drängen doch etwas geholfen!“) Freilich, aber das Drängen

allein ist zuwenig. Wir müssen auch arbeiten. (Abg. Buchberger: „Wirst du auch ein Vorkämpfer?“) Die Qualitätssteigerung wird für uns in erster Linie auch in Zukunft vorne anstehen, und ich denke an eine Veranstaltung des Steirischen Alpenvereines in Rohrmoos, wo ein wunderschönes Zentrum eröffnet werden konnte, wo man sich eben Gedanken um die Zukunft macht und wo dann die Dachstein-Tauern-Region federführend uns mitteilen konnte, wir in unserer Gruppe haben uns beschäftigt, wir haben eine Umweltfibel vorbereitet, damit wir nicht den falschen Weg gehen, der in einigen Bundesländern schon passiert ist. Vielleicht hat es auch etwas Gutes, daß die Steiermark auf sich aufgepaßt hat und daß in Verantwortung gehandelt wurde.

Weil es angesprochen wurde, aber ich hatte es auch schon vorbereitet, die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter im Tourismus spielen eine besondere Rolle. Wir müssen schauen, daß die Ausbildungsbedingungen stimmen, der Schwerpunkt ist aber, daß wir mithelfen. Und da gibt es eine gemeinsame Aktion, ich habe mit dem Herrn Kollegen Dipl.-Ing. Schaller auch schon einmal darüber gesprochen, daß die Mitarbeiterquartiere geschaffen werden können, weil das auch eine Rolle spielt, wo man sich dann hinlegen kann, wenn man müde ist nach einem harten Tag Arbeit. (Abg. Vollmann: „Man soll auch auf die Quartiere der Mitarbeiter achten!“) Ja, wenn die Zimmer groß genug sind. Ich habe den Unterschied zwischen Zimmer und Quartier nicht. Für mich ist ein ordentlich – (Unverständlicher Zwischenruf.) Nein, ich rede jetzt vom Zimmer für die Mitarbeiter. Also ich sage Ihnen, ich kenne sehr, sehr viele Betriebe, wo die Mitarbeiter bestens untergebracht sind. Es gibt natürlich auch Schwachstellen. (Abg. Vollmann: „Eine Studie besagt das!“) Schauen Sie, bei Studien ist es auch so: Ich kann das herauslesen, was gut ist, oder ich suche das, was weniger gut ist. Gehen wir selber dorthin und schauen wir es an! Das ist ein viel glaubwürdiger Weg. (Abg. Vollmann: „Das ist ein guter Vorschlag!“) Mir fallen viele ein, die ihr Bestes geben.

Es ist in vielen Medien schon angekündigt worden: Ich freue mich darüber, daß es gelungen ist, das Radwegekonzept in Zusammenarbeit vor allem im Bereich der 1 B sehr, sehr weit vorzutreiben. Wir sind mit dem Wunsch, daß wir vom Ursprung der Mur bis zum Ende bei Spielfeld kommen, schon sehr weit. Der Wunsch, den uns der Herr Kollege Kanduth und seine Gruppe nahegebracht haben, im Ennstal im Gesäuse auch einen Radweg nach Schladming zu haben, wird vorbereitet, und wir werden ihn hoffentlich nach seinen Wünschen auch erfüllen können.

Etwas, worüber ich auch heute vormittag schon kurz gesprochen habe, ist, daß wir für unsere Gäste etwas tun müssen, daß sie sich sicher fühlen. Ich habe mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit eine Arbeit vorbereiten lassen: „Mehr Sicherheit für unsere Gäste“, und es hat der Herr Geschäftsführer Pohl besonders darauf hingewiesen, wie es für jene aussieht, die die Transitroute benützen. Können sie sich unterwegs erholen? Welche Möglichkeiten bieten wir als ein Tourismusland für jene, die lange unterwegs sind? Sie haben Bedürfnisse – was tun wir für diese Gäste?

In dem Zusammenhang darf ich auch gleich sagen, wie ich mir immer das Jugendbeschäftigungsprogramm vorstelle: Wir haben zum Beispiel der SALE einen Auftrag gegeben, nicht nur, daß wir ihr Mittel geben, sondern daß sie sich auch damit beschäftigen, wie die Bedürfnisse des Reisenden in Zukunft anschauen. Das wird zum großen Teil ein Alleinreisender sein. Die haben andere Wünsche als solche, die in einer Gruppe unterwegs sind. Und das ist der Weg, wo wir sagen: Jugendbeschäftigung soll auch gleichzeitig dann ein späterer Arbeitsplatz sein, und da versuchen wir, sehr viel in den Tourismus einzubauen.

Etwas, was ich erst erfahren habe, aber sofort nachgemacht habe: In Tirol gibt es seit 30 Jahren einen bestens funktionierenden Privatzimmervermieterverband. Wir haben viele Privatzimmer in diesem Land, nur, sie fühlen sich im Grunde genommen manchmal nicht beraten. Wir werden in diesem Jahr diesen Verband noch gründen, und wir werden die Beratung in dem Bereich ganz besonders ausbauen.

Wir haben vier Golfplätze eröffnen können, und ich könnte noch eine lange Liste aufzählen. Die lange Liste kann man aber nur vortragen, wenn viel gesät wurde. Und weil in diesem Land von jenen, die hier in diesem Haus und auch hier an diesem Platz Verantwortung getragen haben, viel gesät wurde, bedanke ich mich ganz besonders bei jenen, die vor mir im Amt waren: beim Herrn Präsidenten Wegart, der Jahrzehnte hindurch Verantwortung für den steirischen Fremdenverkehr getragen hat, und beim Herrn Landesrat Dr. Heidinger. Sie haben gesät, wir können ernten, aber wir haben auch fleißig weiterzuarbeiten.

Ich bedanke mich bei den Mitgliedern im Präsidium des Tourismusverbandes, beginnend bei den Vizepräsidenten Kaiserfeld, Brandl und Kröll. Alle, die dort sitzen, helfen mit. Es ist ein arbeitsfähiges, flexibles Präsidium, in dem offen gesprochen wird, in dem es manche verschiedene Meinung gibt, aber zum Schluß meistens – ich möchte fast sagen, zu 100 Prozent – ein gemeinsames Ende, eine gemeinsame Meinung mit dem Ziel, das Beste zu geben.

Weil ich in der ersten Reihe rückwärts die Mitarbeiterinnen des Verbandes und auch des Steiermark-Hauses sehe: Das Verhalten von jenen Damen und Herren, die uns nach außen präsentieren, ist sehr, sehr wichtig. Ich bedanke mich bei Ihnen, denn Sie sind in irgendeiner Form die Visitenkarte, auch wie sich die Steiermark eben durch freundliche Menschen präsentiert. Herzlichen Dank. (Allgemeiner Beifall.)

Auch ich möchte mich bei allen, die im Tourismus tätig sind, bei den Wirtinnen, bei den Wirten, sehr, sehr bedanken. Ich möchte mich bei den Tausenden Händen bedanken, die den Blumenschmuck im ganzen Land betreiben. 30 Jahre gibt es den Blumenschmuck heuer. Es war ein Jubiläum, und unser Land war so schön, daß es jeden gefreut hat, der zu uns gekommen ist.

Ich bedanke mich bei der Abteilung für Fremdenverkehr, beim Herrn Hofrat Hermann, ich bedanke mich beim Wirtschaftskoordinator Dr. Feil für die Arbeit, was die Förderungen betrifft, und ich bedanke mich vor allem beim Verband, beim Geschäftsführer und bei allen in seinem Team, weil sie ein Ziel haben, nämlich daß sie das Beste geben. Aber wir brauchen noch

etwas dazu: Wir brauchen auch die notwendigen Voraussetzungen von oben her, das heißt, wir wünschen uns in Kürze Schnee – wenn ich heute gelesen habe, daß die Dachstein-Tauern-Region schon gerüstet ist und daß man im Murtal und in Murau auch meint, hoffentlich kommt bald der Schnee von oben, kann die Wintersaison beginnen.

Ich glaube, wir können alle zu uns in die Grüne Mark einladen. Man ist bei uns auch in „weißen Zeiten“ gut aufgehoben, aber nur deshalb, weil es viele gibt, die sich verantwortlich fühlen. Und wenn wir heuer so ein erfolgreiches Jahr hatten, dann glaube ich, daß man sagen kann: Nicht müde werden, weiterarbeiten, 1990 steht vor der Tür! Und wenn wir weiter so viel arbeiten wie bisher, dann wird 1990 mindestens ebenso gut wie das heurige. Dem steirischen Tourismus alles Liebe! (Allgemeiner Beifall! – Abg. Vollmann: „Darf ich mich mit dem Dank an die 17.000 Beschäftigten im Gastgewerbe anschließen?“) Wen habe ich denn vergessen? Sie waren aber schon auf meiner Liste dabei. Darf ich sagen: „Wirtinnen und Wirte und alle, die im Tourismus arbeiten“ – und das geht vom Glaswaschen bis zum Zimmeraufräumen. (Allgemeiner Beifall. – 16.04 Uhr.)

Präsident: Hohes Haus!

Ich wollte den unbezwingbaren Charme des Herrn Abgeordneten Vollmann nicht stören, aber es bleibt mir nichts anderes übrig, ich muß wieder zum Ernst der Lage zurückkehren.

Wir kommen nun zur Gruppe 7, das ist die Wirtschaftsförderung. Ich habe Ihnen mitzuteilen, daß ich gegenwärtig 13 Redner vorgemerkt habe. Es ist unsere gemeinsame Absicht, den Landtag in die Zielgerade etwa um 21 Uhr zu bringen. Wenn es auch Ihre Absicht ist, könnten wir das sogar schaffen.

In dieser Gesinnung erteile ich dem ersten Redner, Herrn Abgeordneten Ing. Stoisser, das Wort.

Abg. Ing. Stoisser (16.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es war für mich heute ein Hochgefühl, als ich bei der Lektüre der heutigen Tageszeitungen in einem Wiener Blatt auf einer ganzen Seite einen steirischen Betrieb, der im ersten österreichischen Technologiepark in Graz domiziliert ist – wie das so schön hochgestochen heißt –, nämlich die Firma Salomon & Burgstaller, beschrieben sah. Und zwar haben sie den Jungunternehmerförderungspreis von der Innovationsagentur für Gesamtösterreich bekommen. Das ist ein Mosaikstein des sich neu bildenden Steiermarkbildes. Und ich freue mich, daß auch die steirische Presse und die österreichische Presse insgesamt mehr und mehr dieser positiven Entwicklung in der Steiermark Rechnung trägt. Das gibt uns Steirern Mut und Selbstvertrauen.

Ich möchte nun an diesem Bild ein bißchen weitermalen oder Mosaiksteinchen dazugeben, zugegebenmaßen in einem guten Licht und mit guten Farben, wohl wissend, daß es natürlich auch dunklere Flecken dabei gibt. Aber die werden eh von euch da drüben ständig aufgezeigt. Wir wollen unseren Steirern wieder Mut machen. Und da möchte ich einmal die ganze österreichische Entwicklung anschauen. Wenn man

jetzt die Zeitungen liest, kann uns gar nichts Besseres passieren, als die Wirtschaftsseiten aufzuschlagen, meine Damen und Herren. Ich freue mich, daß das auch schon von meinem Leibnitzer Kollegen, vom neuen Kollegen Heibl, positiv vermerkt wurde. Wenn ich jetzt nur von Österreich so bringe: Arbeitsplätze plus 53.000 in diesem Jahr, allerdings nur minus 3000 Arbeitslose weniger, das heißt aber nichts anderes, als daß wir um 50.000 neue Arbeitsplätze mehr haben. Interessant dabei die Entwicklung, daß rund 12.000 davon nur in der Produktion sind und 40.000 in der Dienstleistung. Das zeigt, daß auch unsere Wirtschaft sich moderner strukturiert. Nicht ganz so erfreulich, aber ich weiß auch, daß das notwendig ist, von diesen 40.000 sind 10.000 Dienstposten von der öffentlichen Hand. Das Bruttoinlandsprodukt ist um 4 Prozent gestiegen, die Inflation um 3,5 Prozent und ist damit doch einigermaßen im Griff. Man muß auch sagen, daß es eine sehr hohe Lohnrunde im heurigen Jahr gibt. Ich wünsche es den Arbeitnehmern, das möchte ich nur sagen. Aber eine gewisse Auswirkung hat das natürlich auch auf die Inflationsrate. Und das Nettomasseneinkommen – diese Zahl merken Sie sich – ist um 9 Prozent gestiegen. Das ist unter anderem auch eine Auswirkung der Steuerreform, die die Koalitionsregierung vergangenes Jahr für dieses Jahr beschlossen hat. Und darüber freue ich mich besonders. Selbstverständlich ist aus diesem Grunde die Konsumneigung gestiegen, die Investitionen in der Industrie und in der Wirtschaft überhaupt sind gestiegen. Das alles ergibt dieses positive Bild. Die Privatisierung der verstaatlichten Betriebe in Österreich hat weiter zugenommen. Das trägt auch dazu bei, und ich möchte es nicht verabsäumen, auch hier aufzuzeigen, daß die ÖIAG heuer 3 Milliarden Gewinn erzielen wird. Das hat es in den letzten Jahrzehnten noch nicht gegeben, und ich freue mich für diese positive Entwicklung auch in der Verstaatlichten. Ich glaube, ein bißchen etwas hat das schon zu tun, daß die ÖVP nun in dieser Regierung ist, denn seit diesen Jahren hat sich diese positive Entwicklung verstärkt. Ich betone immer wieder, es sind die arbeitenden Menschen, die eine solche Entwicklung bringen. Aber das Umfeld, das auch notwendig ist, das macht die Politik, und die macht nicht nur die Sozialisten allein, sondern auch wir, und darüber freue ich mich auch. Sie gestatten, daß ich das tue. Es ist auch erfreulich, daß jetzt in diesen Tagen das Abgabenänderungsgesetz 1989 beschlossen werden wird, das wesentliche Vereinfachungen in den Buchhaltungen der vielen, vielen Betriebe der Wirtschaft bringen wird, und daß es endlich dieses Tohuwabohu in der Lohnverrechnung für Außenarbeiten nicht mehr geben wird. Ins Detail möchte ich darüber nicht weiter eingehen. Meine Damen und Herren, diese positive Entwicklung ist gut, aber mit Krankjammern bringen wir nichts weiter. Bitte, mit einer 35-Stunden-Woche auch nicht. Liebe Kollegen von der Gewerkschaft! Auf die 35-Stunden-Woche ist gar kein Arbeitnehmer neugierig. Das ist eine Forderung von euch, ich verstehe es, daß das zu euch in euer Programm gehört. Aber gut kann das für die Entwicklung sicherlich zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht sein. (Abg. Gennaro: „Aber über eine Million arbeiten weniger als 40 Stunden. Betriebe, die gut fahren, haben 36 Stunden. Wie wollen Sie das machen? Selbst die Japaner müssen die Arbeitszeit reduzieren. Sie kommt so langfristig!“) Ich

weiß es, aber eine generelle 35-Stunden-Woche, bitte, die ist wirklich nicht drinnen. Das habe ich damit gesagt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine brandneue Umfrage, was sagt die Bevölkerung zu der Entwicklung? Drei Viertel der Bevölkerung erwartet eine eher gute Wirtschaftsentwicklung, und nur 22 Prozent – auch noch genug – eine eher schlechte. Und die Arbeitsplatzsicherheit haben jetzt im Oktober 72 Prozent der Befragten mit positiv beantwortet gegenüber 62 Prozent – im Sommer – auch diese Entwicklung gibt uns wirklich die Sicherheit, daß wir auf dem richtigen Weg sind, und die Österreicher wissen schon, wie das jetzt läuft.

Nun zur Steiermark. Hier läuft es wirklich schon besonders gut. Und das steirische Wirtschaftswachstum, das Regionalwachstum der Steiermark ist im ersten halben Jahr um 5,1 Prozent gestiegen, damit sind wir an zweiter Stelle nach Oberösterreich. Und das bitte ist eine ganz ausgezeichnete Leistung. Die Industriewertschöpfung hat über 100 Milliarden voriges Jahr erreicht, und mit 7,8 Prozent liegen wir weit über dem österreichischen Durchschnitt. Dazu gehören auch noch die Arbeitsmarktwerte. Wir haben heuer um 5285 Arbeitsplätze in der Steiermark mehr. Und offene Lehrstellen gibt es heuer doppelt so viele als im Vorjahr. In dieses Bild paßt ganz ausgezeichnet hinein die Handelskammerstatistik, die ich erst heute bekommen habe. Bis zum heutigen Tag – das ist ganz erfreulich – haben wir um 1218 Betriebe mehr als im Vorjahr, das sind 3,6 Prozent. Eine solche Steigerungsrate haben wir noch nie gehabt. Im Jahre 1981 waren wir auf 30.000 und etliches unten, und jetzt haben wir 35.436 Unternehmungen in der Steiermark. (Beifall bei der ÖVP.) Das ist für ein knappes Jahrzehnt, für acht Jahre, plus 18 Prozent. Die Industrie und die Investitionen sind in dieser Zeit auch um ein Viertel gestiegen, und diese Dynamik, meine Damen und Herren, das sind wirklich alle Steirer, an der Spitze die dynamischen Unternehmer mit ihren dynamischen Technikern. Es entwickelt sich ein neuer Typ von Wirtschaftlern, von Managern, von Unternehmern, von Technikern. Das sind hochgebildete Leute, welterfahren, die sich in der Welt herumschauen, sowie diese erstgenannten Unternehmer, die ihre Geschäfte alle im Ausland machen. Und das, meine Damen und Herren, ist unsere Zukunft, und das wird das richtige Bild unserer Steiermark werden. Dazu beigetragen hat aber auch – das sollte man nicht vergessen – die steirische Wirtschaftsförderung, die schon eine jahrzehntelange Tradition hat. Nach unserem Landeshauptmann Krainer die vielen Landesräte, die es in der Zwischenzeit gegeben hat, jetzt mit unserer wirklich sehr tüchtigen Landesrätin Klasnic, die zeigt, daß sie nicht nur mit Sachverstand, sondern auch mit viel Charme die schwierigsten Probleme meistert und mit ihrem Team in der Wirtschaftsförderung auch wirklich Hervorragendes leistet. Und so haben wir seit 1981 7000 Arbeitsplätze durch die steirische Wirtschaftsförderung gefördert mit einem Investitionsvolumen von rund 8 Milliarden Menschen. Die Wirtschaftsmilliarde möchte ich nur so am Rande erwähnen und einige andere Aktionen, die wir haben. Aber ich persönlich mache nie ein Hehl daraus, daß mir die indirekte Wirtschaftsförderung wesentlich wichtiger ist. Und da

erinnere ich nur an die Technova, an die Innofinanz, an die Technologieparks. Bestes Beispiel am Beginn erwähnt, Technologiepark in Wetzelsdorf. In Niklasdorf haben wir auch bereits eröffnet, und in Grambach ist dieser Technologiepark im Entstehen, wo wir als steirische Handelskammer ein über vier Hektar großes Grundstück zu Verfügung stellen.

Das gehört auch in diesen Zusammenhang hinein, daß wir in der Steiermark ein Privatisierungsgespräch mit der Sozialistischen Partei und mit allen Parteien im Hause führen. Ich freue mich auch, daß auf der sozialistischen Seite für dieses Privatisieren großes Verständnis herrscht. Ich bin überzeugt davon, daß wir einiges weiterbringen. Kollege Mag. Rader, ich weiß, daß auch du uns hier bestens unterstützen wirst.

Nun, meine Damen und Herren, zum Problem – ein bißchen muß man das auch sagen, wenn auch schon die Zeit knapp ist – Entwicklung im Osten. Wir haben in den letzten Jahren immer über unsere geographische Randlage geklagt, und sie hat ja auch tatsächlich bestanden und besteht noch immer. Wenn nun aber im Osten diese Demokratisierung und das Entstehen neuer Märkte wirklich vorangeht, das heißt, wenn es wirklich pluralistische politische Systeme mit marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystemen geben wird, dann sind wir in die Mitte von Europa gerückt. Dann sind wir wieder dort, wo wir früher einmal in der k. und k. Zeit in Mitteleuropa waren. Und diese Chance dürfen wir uns nicht entgehen lassen. Wir haben hier gute menschliche Beziehungen, wir sind in der Nähe, und wir sind auch in der Lage, mit unseren Organisationen den Ungarn – die sind ja jetzt unsere nächsten Nachbarn nach den Jugoslawen – in ihrer Entwicklung zu helfen. Es scheint auch, daß in Ungarn diese Entwicklung entsprechend weitergehen wird. Und wir müssen da sehr aufpassen: Die vier „asiatischen Tiger“ sind schon auf dem Sprunge, um im Ostblock oder bei diesen ehemaligen oder jetzigen Satellitenstaaten – wie immer man diese nun bezeichnen will – Fuß zu fassen. Und wir müssen hier wirklich schauen, daß wir ehebaldigst diesen unseren Nachbarn zu Hilfe kommen können, oder sagen wir richtiger, wie wir ihnen gute Partner in der Wirtschaft werden können – nicht nur in der Wirtschaft, natürlich im gesamten, aber für mich ist heute in diesem Zusammenhang die Wirtschaft im Vordergrund.

Und nun, meine Damen und Herren, einige Worte zum Grenzland: Da hat der Kollege Trampusch in seiner Budgetrede so zu mir hinübergesagt: „Na ja, du redest immer vom Krankjammern“, aber „Gesundbeten ist auch nicht richtig.“ Ich bin der Meinung, gesundbeten ist richtig. Ein guter Arzt gibt seinen Patienten Mut und Zuversicht. Er tut nicht gesundbeten, aber er sagt seinem Patienten, daß er gesund wird. Wenn man einem Patienten sagt: „Du wirst nicht gesund“, dann wird er sicherlich nicht gesund. So meine ich das. Das hat mit einem billigen Optimismus überhaupt nichts zu tun. Aber alle Leute, die Führungsverantwortung tragen, wissen, daß es eine der wichtigsten Aufgaben eines Verantwortungsträgers ist, Selbstvertrauen und Mut auszustrahlen und auch eine gesunde Zuversicht.

Nun zum Grenzland: Ich sage es noch einmal: Im Grenzland ist vieles zu verbessern, aber ich sage nicht, daß wir das Armenhaus von Österreich sind und das

Altenhaus und wie wir da in letzter Zeit immer wieder bezeichnet wurden. Es gibt dort viele, viele gute Ressourcen. Und ich möchte hier in diesem Zusammenhang auch die Landwirtschaft ein bißchen erwähnen, wenn es mir auch nicht zusteht. In der Landwirtschaft ist keine Landflucht entstanden. Die Leute sind am Land geblieben und arbeiten als Nebenerwerbsbauern in der Industrie, im Gewerbe und im Fremdenverkehr. Und hier gibt es ganz ausgezeichnete Entwicklungen mit Spezialkulturen. Als Beispiel möchte ich hier den steirischen Weinbau nennen, der es verstanden hat, österreichweit Anerkennung zu finden. Es war eben wieder die neue Generation der jungen Bauern, die hier auch in Zusammenarbeit mit der gewerblichen Wirtschaft diesen steirischen Wein vermarkten.

Ich freue mich, daß ich in diesem Zusammenhang auch sagen kann, daß die Landesausstellung über Wein in Gamlitz dieser Region in diesem Bereich – Bezirk Leibnitz und Deutschlandsberg – sicherlich ganz hervorragende Impulse bringen wird. Das wird sicherlich auch einen Wachstumsschub für diese Gegend geben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch auf „Styria breed“ und „Styria beef“ und was da alles ist, alles in Zusammenarbeit mit der steirischen Wirtschaft, hinweisen. Wir haben nun auch schon seit über einem Jahr Kontakte zwischen Landwirtschaftskammer und Handelskammer, wo man eben Informationsmängel, die es in der vergangenen Zeit gegeben hat, beseitigt. Das fehlende Marketingwissen bei der Landwirtschaft wird von uns ersetzt, und die Bauern zeigen uns, was sie von ihrer Wirtschaft, von der Bauernwirtschaft, verstehen, und wir haben, wie gesagt, schon einige gute Beispiele.

Es wurde schon der Bäderbogen im Grenzland erwähnt, der auch wesentlich dazu beiträgt, daß es im Grenzland aufwärts gehen wird. Eine Hochindustrialisierung werden wir dort nicht erreichen, und ich glaube auch, diese ist dort nicht wünschenswert. Die verschiedensten Studien ergeben, daß ein sanfter Tourismus, Kleinindustrie und Gewerbe für diese Gegend das Beste sein werden.

Es sind auch im Grenzland durch die 100.000-Schilling-Aktion, die auch vom Land getragen wird, seit 1987 an die tausend Arbeitsplätze neu geschaffen worden, und rund 4000 Arbeitsplätze wurden gefestigt. Die Stärke des Grenzlandes sind die guten, arbeitswilligen, bestens ausgebildeten Menschen. Und das ist das größte Kapital in dieser Grenzregion. Und daß diese Wirtschaftspolitik für das Grenzland richtig war, bestätigt der Wifo-Experte Dozent Gerhard Palme, der feststellt: „Die Entwicklung in den Randgebieten belegt den Erfolg der steirischen Ansiedlungspolitik. Sogar die stationären Randgebiete bauten im Gegensatz zum übrigen Österreich in der Steiermark zusätzliche Industriekapazitäten auf. In den achtziger Jahren lag die industrielle Gründungsrate der Steiermark mit 3,5 Prozent im Jahr um 0,6 Prozentpunkte über dem österreichischen Durchschnitt, wobei der Technologiesektor die höchste Gründungsintensität aufwies, nämlich 4,1 Prozent.“ Ich glaube, das sagt wirklich alles über unsere Wirtschaftspolitik in der Steiermark für das Grenzland aus und ist nicht so negativ, wie es von

Ihnen von der linken Reichshälfte immer wieder dargestellt wird.

Ich habe schon einmal gesagt, krankjammern nutzt nichts, gesundloben ist die beste Methode. Und wenn ich jetzt wieder zu meinem Bild zurückkomme, so meine ich, daß wir bei der Zeichnung dieses Bildes schon weit fortgeschritten sind. Es zeigen sich schon sichtbar die neuen Konturen ab. Schlagen wir uns nicht selber wieder Steine davon heraus, helfen wir alle zusammen, und schauen wir, daß es ein gutes Bild, ein modernes, humanes, fortschrittliches und farbiges Bild unserer wunderschönen Steiermark wird. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL. – 16.24 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl.

Abg. Dr. Pfohl (16.24 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Am Begriff Privatisierung scheiden sich die Geister. Die einen sehen darin eine Zauberformel, für die anderen ist Privatisierung ein Reizwort (Abg. Kamm-lander: „Oder beides!“), je nach ihrer ideologischen Einstellung. Die ÖVP bekennt sich zum Privateigentum und bringt es im Werbespruch „mehr privat und weniger Staat“ deutlich zum Ausdruck. Im Leben, wie auch in der Politik, und hier im besonderen bei der Privatisierung, gibt es kein Entweder – Oder, daher ist es angezeigt, dieses Thema durchaus differenziert zu betrachten. Warum, müssen wir uns fragen, rollt in den letzten Jahren eine Privatisierungswelle über die bedeutendsten europäischen Länder, wie beispielsweise Großbritannien, Frankreich und die BRD? In allen diesen Ländern, wie auch in Österreich, hat die Wirtschaftskonjunktur der sechziger Jahre die Wünsche stärker steigen lassen als die Ertragskraft der Wirtschaft. Es wurde mehr verteilt als vorhanden war, mit dem Ergebnis, daß die Staatsschulden mit den Jahresbudgets allein nicht in den Griff zu bekommen waren. Es wurden Wege gesucht, wie weitere Budgetbelastungen reduziert werden können, und unter anderem in der Privatisierung gefunden. Mit dem Erlös aus Verkäufen von Staatseigentum wurden einerseits Schuldenberge abgetragen, andererseits die verlorene Balance im Haushalt durch Budgetschonung wiederhergestellt. Letzterem sollen auch unsere Privatisierungen in der Steiermark dienen.

Privatisierung soll nicht ausschließlich der Geldbeschaffung dienen, es soll ein Bekenntnis zu einer neuen Philosophie sein, weg vom Glauben an die Allmacht des Staates, von dem man alles verlangen kann, hin zur Besinnung auf die eigene Kraft. Das Land soll sich auf seine Hoheitsverwaltung beschränken und privatwirtschaftliche Aufgaben weitgehend abgeben. Das verlangt ein radikales Umdenken auf breiter Ebene, und zwar in allen Hierarchien, nicht nur bei den Sozialisten, sondern auch bei einem Teil meiner Parteifreunde.

Zwischen ÖVP und SPÖ haben Parteiengespräche über das Thema Privatisierung begonnen, denen ich nicht vorgreifen will. Derzeit sind wir dabei, eine Auflistung der Privatisierungsmöglichkeiten nach vier Gesichtspunkten vorzunehmen: Privatisierung durch Verkauf, also eine Totalveräußerung, um sich von Zuschußbetrieben zu trennen, die es schon sind oder

werden, beispielsweise dem Heimatwerk; Teilprivatisierung, beispielsweise der STEWEAG; Ausgliederung eines Teilbereiches aus der Landesverwaltung und Gründung einer Aktiengesellschaft oder Ges. m. b. H., wobei das Land Alleineigentümer des neuen Unternehmens bleibt. Die Krankenanstaltenges. m. b. H. ist so ein Unternehmen, das Joanneum oder die Vereinigten Bühnen könnten eines werden; schließlich Vergabe von Dienstleistungen an ein bestehendes Privatunternehmen, beispielsweise die der Landwirtschaftlich-chemischen Versuchsanstalt.

Wenn auch die grundsätzliche Bereitschaft zu Privatisierungen bei den Parteien vorhanden ist, so braucht man kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß die Verhandlungen langwierig und hart werden. Wirtschaftliches Denken, Ideologie und Parteipolitik müssen miteinander einen Kompromiß schließen, oder konkreter, realistischer ausgedrückt, es geht um Machteinfluß der verschiedenen Personalvertretungen, es geht um Wählerstimmen, und das vor dem Hintergrund einer Landtagswahl in etwa eineinhalb Jahren. Sollte es in nächster Zeit zu einer Ausgliederung eines Teilbereiches, beispielsweise des Joanneums, kommen, so muß nicht Neuland betreten werden wie vor fünf Jahren bei der Gründung der Krankenanstaltengesellschaft, sondern man wird sich – hoffentlich – die gemachten Erfahrungen zunutze machen.

Bereits seit einiger Zeit wird über die Verlängerung der Managerverträge der beiden oder auch nur eines Geschäftsführers der Krankenanstaltengesellschaft zwischen den beiden großen Parteien verhandelt. Daran kann man erkennen, wie schwer es Politikern fällt, wirtschaftliche Vernunft und Parteiinteressen unter ein gemeinsames Dach zu bringen. Gelingt das nicht, dann wird das sowohl unseren Privatisierungsbestrebungen, als auch der Entlastung des Landesbudgets nicht gut tun. Manager müssen nach ihren wirtschaftlichen Erfolgen beurteilt werden und nicht danach, ob sie das Wohlwollen des Betriebsrates und der Medien genießen. Man darf aber auch nicht vordergründig kompromißlos auf einem zwischen den Parteien abgesprochenen Vertragstext beharren. Eine Privatisierung erschöpft sich nicht mit der formalen, juristischen Ausgliederung, sondern muß sie in den Entscheidungsgremien stets von neuem mutig manifestieren.

Meiner Überzeugung nach muß bei einer Ausgliederung die Personalhoheit voll und ganz auf das neue Unternehmen übergehen, auch wenn es weh tut. Bekennen wir uns nicht zu diesem Muß, so sind die Verhandlungen reine Zeitvergeudung. Für mich ist es aber ebenso klar, daß Verantwortungsträger des Landes in der Gesellschafterversammlung oder dem Aufsichtsrat der Krankenanstaltengesellschaft keine Doppelstrategie betreiben dürfen, bei der sich Worte und Taten nicht decken, das führt zu Verunsicherung in der Gesellschaft, gefährdet den Erfolg und diskriminiert den Privatisierungsgedanken.

In die vierte, sicher größte Gruppe der möglichen Privatisierungen fallen Tätigkeiten, die von der Privatwirtschaft leistungsfähiger durchgeführt werden können, wodurch die Landesverwaltung flexibler würde. Man denke nur an den Fall, einen Beamten gegen seinen Willen mit einer neuen Aufgabe betrauen,

geschweige denn ihn versetzen zu wollen, das ist nahezu unmöglich. Angefangen vom Reinigungsdienst, der Bewachung der Amtsgebäude, der Aufsicht in den Museen, dem innerbetrieblichen Transport im Landeskrankenhaus Graz, der Landesliegenschafts- und Wohnungsverwaltung, der Weinmarketinggesellschaft, der Straßenreinigung und Müllabfuhr, den diversen Labors, oder die Tätigkeiten der Bauhöfe und Handwerksbetriebe, das alles ist eine willkürliche Aufzählung von Dienstleistungen, die überdacht werden müssen, ob sie nicht vorteilhafter von privaten Firmen erbracht werden sollten. Der Vorteil kann darin liegen, daß die Tätigkeiten kostengünstiger, effizienter, pünktlicher ausgeführt werden, ein weiterer wesentlicher Vorteil liegt in der Haftung des privaten Unternehmens, also in der Regreßmöglichkeit, die bei Bediensteten der öffentlichen Hand de facto nicht gegeben ist. Werkverträge kann man kurzfristig aufkündigen, wenn die Arbeit nicht mehr notwendig oder man mit der Ausführung nicht zufrieden ist. Der Wettbewerb sorgt für genügend andere Anbieter. Ich glaube, nicht zu übertreiben, wenn ich die gesamten Einsparungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand in der Steiermark, die durch Privatisierungen möglich sind, auf mehrere hundert Millionen im Jahr schätze.

Zur Privatisierung abschließend: Sie ist ein Instrument, das zu einer neuen Denkungsweise und zu einer Entbürokratisierung führen kann. Eine gewisse Behutsamkeit und Geduld wird geboten sein, ohne daß sie deshalb halbherzig durchgeführt werden mußte.

Noch kurz zur Deregulierung. Darunter versteht man nicht nur die gezielte Überprüfung bestehender Gesetze und Vorschriften auf deren Zweckmäßigkeit und gegebenenfalls auch Eliminierung, sondern auch die Unterlassung von neuen Gesetzen und Verordnungen, die überflüssig sind. Über die Sünde wider den Geist bei der Beschlußfassung über das Baumschutzgesetz habe ich meiner Meinung in der vorletzten Landtagssitzung ja freien Lauf gelassen, manchmal tritt halt an die Stelle der Vernunft oder des Mutes die Majorität.

Meine Damen und Herren! Das ist mein Manuskript gewesen, das ich schon vor der gestrigen nächtlichen Diskussion gefaßt habe. Ich möchte kurz noch einmal auf die gestrige Diskussion zurückkommen. Wir haben gestern die praktizierte Privatisierung erlebt. Als zuständiger Spitalslandesrat hat Dr. Strenitz im ersten Teil seiner abschließenden Zusammenfassung versucht, den Nachweis zu führen, daß die Krankenanstaltengesellschaft, sprich die Geschäftsführer, eigentlich nichts gebracht hat, die Wortmeldung Dr. Schilchers über die positiven Aspekte der Krankenanstaltengesellschaft nur seiner rhetorischen Gabe zuzuschreiben sind. Dann kam kurze Pause und der Frontwechsel. Er klopfte sich selbst auf die Schulter. „Wir können uns freuen, was wir alles erreicht haben“, und es kommt eine Aufzählung der erbrachten, wirklich beachtenswerten Leistungen des vergangenen Jahres und schließt sinngemäß, in seinem Spitalsressort ist ja ohnehin alles bestens. Da drängt sich einem doch die Frage auf, wie paßt das mit dem Vorgesagten zusammen? Meine Damen und Herren! Die Ursache dieser Schizophrenie liegt fünf bis sechs Jahre zurück. Die nicht nur in der Steiermark rasant steigenden Spitalskosten haben dazu geführt, daß wir uns damals über-

legt haben, was man tun kann, um diesem Trend entgegenzuwirken. Meine Fraktion hat die Ausgliederung, die Privatisierung vorgeschlagen, wie sie dann auch tatsächlich durchgeführt wurde. Die Sozialisten haben sich überfahren gefühlt, nur halbherzig zugestimmt, weil sie darin eine Machteinschränkung ihres Spezialressorts gesehen haben, und sie vermeinten einen Vorwurf, sie hätten ihre Sache bisher nicht gut gemacht. Das kränkt, das reißt Wunden auf – dafür habe ich Verständnis.

Meine Damen und Herren, das ist die Ursache der Zwiespältigkeit der SPÖ.

Den Weg der Ausgliederung des Spitalsressorts überlegen derzeit auch andere Bundesländer, nicht zuletzt auf Grund unserer Vorreiterrolle. Vergleichen wir die Kostensituation vor 1985 unserer Spitäler mit der anderer Bundesländer, so lagen wir auch damals schon sehr gut, und das dank eines Mannes, der mit einem unglaublichen Engagement und Können die Geschicke des Spitalsressorts verantwortungsbewußt geführt hat, des Hofrates Dr. Schaffer. Die Hindernisse der Kameralistik, des Kompetenzdschungels der Verwaltung konnte er nicht wegräumen, das lag auch nicht in seiner Macht. Ich möchte das ausdrücklich im Namen meiner Fraktion sagen.

Nun ist die öffentliche Verwaltung nicht gerade prädestiniert, sich rasch an neue Verhältnisse anzupassen. Ich hoffe, daß fünf Jahre reichen, um Wunden heilen zu lassen und auch, daß sich die Verwaltung den neuen Gegebenheiten angepaßt hat.

Heute nacht hat die Frau Kollegin Dr. Kalnoky die Qualität der Verpflegung im Landeskrankenhaus beanstandet, worauf Landesrat Dr. Strenitz sinngemäß meinte, er werde mit dem Oberkoch reden, er, Strenitz, wird die Sache zur Zufriedenheit regeln. Seine gezeigte hohe Bereitschaft, einen Mißstand zu beheben, verdient Anerkennung, nur das Wie, wie er das vor hat, meine Damen und Herren, ist falsch. Es gibt einige Grundregeln der Unternehmensführung. Zwei von ihnen: Ein Vorgesetzter darf nie in die Kompetenz eines Untergebenen, dem er Verantwortung übertragen hat, eingreifen. Gib zwei Freunden dieselbe Aufgabe – es ist die sicherste und schnellste Methode, sie zu Feinden zu machen.

Da für das Problem der Kollegin Dr. Kalnoky Landesrat Dr. Strenitz ja nicht der richtige Ansprechpartner war, aber wenn er schon etwas in der Sache tun will, dann ist die Geschäftsführung die einzige richtige Stelle, an die er sich wenden muß. Der Einwurf, die Krankenanstaltengesellschaft ist eben kein Industrieunternehmen – Strenitz sagt, es wäre ein gemeinwirtschaftliches oder gemischtes Unternehmen –, ist eine reine Schutzbehauptung. Ich habe sie oft genug gehört, auch bei den Vereinigten Bühnen. Gemeinschaftlich oder gemeinwirtschaftlich kann höchstens auf die Eigentümerverhältnisse bezogen werden, nie aber auf die Führung des Unternehmens. Es ist selbstverständlich, daß der Eigentümer bestimmt, wie sein Unternehmen zu führen ist. Bei der Krankenanstaltengesellschaft ist der Eigentümer das Land Steiermark, vertreten durch den Aufsichtsrat mit seinem Vorsitzenden Landesrat Dr. Strenitz. In den Dienstverträgen mit der Geschäftsführung sind die Aufgaben und Ziele festgehalten. Konkret ist auch eine Klausel

enthalten, die bewirken soll, daß die Politik nicht in die Geschäftsführung eingreift. Die Absicherung für die Manager ist die bekannte Pönalevereinbarung.

Meine Damen und Herren, auf die wird kein, kann auch kein Geschäftsführer, der seriös ist, verzichten, denn diese Position ist ein Schleudersitz, wie Natura zeigt. Ist der Eigentümer der Auffassung, daß die Geschäftsführer ihre Aufgabe nicht erfüllen, dann soll er sich von ihnen beiden oder auch nur von einem trennen – Geschäftsführer sind keine siamesischen Zwillinge. Ich finde es nur nicht fair, wenn den Managern ein Verlängerungsvertrag vorgelegt wird, der unzumutbar ist. Ich will nicht fragen, ob der Anwalt Dr. Klauser seinen Klienten guten Gewissens empfehlen könnte, diesen Vertrag zu unterschreiben. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß Sie, meine Damen und Herren von der linken Reichshälfte, Ihren Geschäftsführer gerne anbringen würden. Optisch wäre das für Sie nicht sehr schön, wenn man den von Ihnen namhaft gemachten Geschäftsführer in einer so sensiblen Zeit so hoch abfinden würde. Daß das Land das rechtlich müßte, das scheint mir unbestritten zu sein. Ein Trost: Eine Abfertigung ist oft die beste Investition in die Zukunft. Dieser ungünstige Eindruck für Sie von der SPÖ würde gemildert, wenn man sich von beiden Geschäftsführern trennen würde. Hier möchte ich zur Klarstellung sagen, daß Dkfm. Bosch weder ein Bekannter und schon gar nicht ein Freund von mir ist, daß ich ihn persönlich überhaupt nur vier- bis fünfmal gesehen habe, aber öfter mit ihm telefoniert habe. Sich von Mitarbeitern zu trennen ist, besonders im speziellen Fall, einfacher, als bessere Nachfolger zu finden. Ich halte Bosch für einen schwierigen, aber erstklassigen Fachmann und bezweifle, daß wir von dieser Spezies im deutschsprachigen Raum einen besseren finden würden. Seine Vor- und Nachteile kennen wir, die eines potentiellen Nachfolgers nicht. Das Gremium, das über die Vertragsverlängerung letztlich entscheidet, müßte sich bei einer Kündigung von Bosch gegebenenfalls den Vorwurf gefallen lassen, falsch entschieden zu haben, wenn der Nachfolger nicht besser als sein Vorgänger wäre. Billiger würde er kaum sein, wenn er gut ist, denn wenn er die Bedingungen seines Vorgängers kennt – und das kann man annehmen – und sich selbst nicht verkaufen kann, dann ist er sicher nicht der richtige Mann.

Meine Damen und Herren, ich halte die Struktur der Krankenanstaltengesellschaft nicht für die glücklichste und glaube, daß darin auch ein Gutteil der Schwierigkeiten liegt.

Ein weiterer Grundsatz der Unternehmensführung ist, daß kein Manager mehr als drei bis sieben Personen direkt unterstellt haben soll. Dagegen sind Bosch und Moser für 21 Krankenhäuser und rund zehn Stabsstellen zuständig, also jeder hat über 15 direkt Unterstellte. Das kann nicht gut gehen. Da darf uns nicht wundern, wenn ein Manager überarbeitet, gereizt und schwierig ist. (Abg. Trampusch: „Entschuldigung, Herr Kollege, die Gruppe war ja gestern dran!“) Aber das gehört zur Privatisierungspraxis, Herr Kollege! Oder sind Sie anderer Meinung? Das ist Praxis, wie sie gespielt wird! Daher gehört das dazu. (Abg. Gennaro: „Das hat damit nichts zu tun!“) Daß es Ihnen nicht paßt, ist eine andere Geschichte, das verstehe ich auch. (Beifall bei der ÖVP.) Ich bin auch

schon gleich fertig. Sie brauchen sich nicht aufregen, Herr Gennaro – Sie schon gar nicht!

Die Struktur einer Holding würde meiner Ansicht nach der Aufgabe besser gerecht werden. Denken wir und auch Sie einmal darüber nach.

Abschließend, meine Damen und Herren – Sie sehen, ich bin schon am Ende, keine Aufregung –, bedauere ich sehr, daß ein sicherer Verbündeter von mir in dieser Sache, ein erfahrener Unternehmer, noch nicht diesem Hause angehört – Generaldirektor Schachner. (Beifall bei der ÖVP. – 16.45 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gennaro.

Abg. Gennaro (16.45 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich überspringe jetzt die Kapitel von der Gesundheit und komme zurück zur Wirtschaftsförderung. Ich möchte nur eines sagen, Herr Kollege Dr. Pfohl, ein bißchen bin ich enttäuscht, weil Sie für mich immer ein Vorbild waren, auch wenn Sie ein bißchen nervös sind, gleich in die unterste Lade zu greifen, das ist nicht Ihr Stil. Das wundert mich eigentlich. Wenn wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, über die Wirtschaft reden, haben wir heuer im Gegensatz zum vorigen Jahr – das hat Präsident Ing. Stoisser bereits sehr treffend ausgeführt – sicherlich die besseren Voraussetzungen, gute Wirtschaftsprognosen, und wenn man ihnen glauben kann, dürften wir hoffen, daß wir auch für das Jahr 1990 diese anhaltenden steigenden Wirtschaftswachstümer haben werden. Wenn man ihnen Glauben schenken darf! Davon hat sicher auch die Steiermark profitiert und hat sich unsere Ausgangsposition eben wesentlich verbessert. Es war ja auch in der „Kleinen Zeitung“ schon zu lesen, daß heuer die Wirtschaftsdebatte nicht den Stellenwert haben wird, weil es im generellen sehr gut läuft. Wir haben uns vom Schlußlicht, das wir voriges Jahr noch waren, wegbewegt, aber sicherlich auch mit Unterstützung dieser weltweit anspringenden Konjunktur. Die Einkommensstruktur schaut in der Steiermark schon noch etwas anders aus. Dort liegen wir noch ziemlich im Schlußlicht. Ich bin sehr froh, Herr Präsident Ing. Stoisser, daß die Sozialpartner heuer eine sehr positive Lohnrunde abgeschlossen haben, denn letztendlich ist ja das auch der Beitrag, wieder die Kaufkraft zu steigern und damit die Wirtschaft zu forcieren. Wir sollen – und da stimme ich mit Ihnen überein – Optimismus verbreiten. Nur bitte auch gleichzeitig eine kleine Einschränkung, nur nicht zuviel Optimismus und nicht auf die Probleme vergessen, die es sicherlich noch schwerwiegend in der Steiermark gibt, gerade im obersteirischen Bereich Zeltweg, Donawitz, Eisenerz oder in den Grenzlandregionen.

Daher möchte ich mich in der heurigen Budgetdebatte auf ein Kapitel beschränken, die tatsächliche Wirtschaftsförderung. Frau Landesrat Klasnic, Sie haben im Jahr 1988 für mich sehr viel Positives über die Wirtschaftsförderung versprochen, daß Sie neue Wege gehen. Viele Jahre der Kritik, die immer im Haus hier vorgebracht wurde, sollten dazu beitragen, daß eben diese fehlenden Konzepte und Richtlinien erstellt werden und das sogenannte Gießkannenprinzip – das ist schon ein altes Wort, aber der Herr Landesrat

Dr. Klausner hat es neu geprägt – die sogenannten Zuckerstreumethoden endlich einmal beendet werden. Und Sie haben versprochen, auch dafür zu sorgen, die Koordinierung der Institutionen und Einrichtungen, die für Gesellschaftsgründungen vorhanden sind, durchzuführen. Es ist außer Gesprächen – ein Gespräch ist immer etwas Gutes, aber nach Gesprächen sollten einmal Taten folgen – nicht viel passiert. Selbst wenn Sie mit dem Arbeiterkammerpräsidenten, Handelskammerpräsidenten gesprochen haben, reden tun wir schon jahrelang. Sie reden weiter, ich bitte, jetzt endlich Taten zu setzen. Gerade jetzt, wo eben die Konjunktur gut läuft, sollte man eine Lösung anstreben, daß eben diese geforderten Richtlinien für eine gezielte Wirtschaftsförderung angestrebt werden können. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das sind Gemeinplätze!“) Daß auch Entwicklungsprogramme, Strategien für das Grenzland erstellt werden, Sachprogramme für den Handel, das Gewerbe und für die Industrie, um für einen eventuellen – der kommt sicher, meine Damen und Herren – Konjunkturrückgang gerüstet zu sein. Und es ist schon ein Armutszeugnis für das Land Steiermark, daß wir ausländische Berater brauchen, die uns teure Konzepte für eine neue Form der Wirtschaftsförderung erstellen sollen. Ich glaube und meine, wenn ich die Steinbeis-Stiftung, wie Sie sie in der „Steirischen“ angeführt haben, zitieren darf, daß wir – bitte – in der Steiermark potente Einrichtungen haben, Hochschulen haben, Professoren haben und einen, den die ÖVP überall preist, auch im Modell Steiermark, Frau Landesrat, den Prof. Tichy, sicherlich auch dementsprechend prädestiniert, derartige Vorschläge zu erstellen. (Abg. Kollmann: „Das sind nicht Berater, das ist Kooperation!“) Kollege Kollmann, es mangelt in der Steiermark nicht an guten Ideen, sondern es mangelt daran, daß die Leute, die gute Ideen haben, sie nicht durchsetzen können. (Abg. Kollmann: „Du hast keine Ahnung von den Dingen!“) Das ist der Mangel in der Steiermark. Wenn du, Herr Kollege Kollmann, in der „Steirischen“ die industrielle Gesinnung zitierst und auch ein Beispiel über die vom Land geförderten Industrieparks in Sankt Peter-Freienstein bringst, dann muß ich sagen, da hast du das schlechteste Beispiel herausgesucht. Dort – soweit ich informiert bin – gibt es noch keinen einzigen Betrieb, und wir haben aber gefördert. Also eure Zeitung ist sicher der Zeit voraus, weil du hast das noch gar nicht in der Budgetdebatte gesagt, was da bereits drinnen steht. Aber es ist bitte nicht meine Aufgabe, das zu beurteilen. (Abg. Kollmann: „Aber ich werde es sagen. Darauf kannst du dich verlassen!“) Daher möchte ich noch in einer weiteren Form, Frau Landesrat, an Sie die Frage richten, wenn Sie von Umschichtungen sprechen – und Sie haben mir in der Debatte bei den Berufsschulen gesagt, Sie haben aus Mitteln der Wirtschaftsförderung umgeschichtet. Ich kann jetzt nur diese Zahlen definieren und nachlesen, wo voriges Jahr bereits die gleiche Ziffer von rund 300 Millionen Schilling und für das Jahr 1990 für die Wirtschaftsförderung zur Verfügung steht. Ich frage Sie konkret, vielleicht habe ich es nicht herausgefunden, mag schon sein, bitte, vielleicht sagen Sie mir, wo die Umschichtungen oder die zusätzlichen Mittel aufgebracht wurden.

Dann gibt es noch ein ganz kleines Detail am Rande, meine Damen und Herren, weil es gerade hineinpaßt.

Das ist immer bei Neuschaffungen von Betriebsgründungen, das Gerangel um das Ersatzprojekt für die zugesagten KVA-Millionen. Da möchte ich nur eines sagen, ich bin dankbar, daß nicht umgeschichtet wird, und danke im Namen der Dienstnehmer. Aber wenn dann ein obersteirischer Abgeordneter – er ist wohl körperlich klein, aber in der ÖVP ist er groß, weil er Obmannstellvertreter ist – dann in der Form sagt, ihm geht es ja nicht um Posten oder um Positionen, ihm geht es um die Arbeitsplätze, und dann noch im „Standard“ in der „Steirischen“ zu lesen ist, was Burgstaller von sich gibt, daß das gar nicht stimmt, daß er da schon irgendwo berücksichtigt wird als der Topmanager. Und ein paar Tage später hat man dann einen Vertrag, wo der Herr Burgstaller bereits schon als designierter Prokurist oder Geschäftsführer dieser neu zu installierenden Gesellschaft unterschrieben hat. (Abg. Kollmann: „Das ist unwahr. Das ist eine bewußte Unwahrheit!“ – Dr. Maitz: „Das wäre nicht das erste Mal!“) Herr Kollege Kollmann, frage bitte den Kollegen Schützenhöfer! Herr Kollege Kollmann, ich würde dich jetzt bitten, auf folgendes aufzupassen: Der Kollege Ing. Ammerer von der ÖAAB-Fraktion in der steirischen Arbeiterkammer und sein netter Kollege, der Kollege Schützenhöfer, auch in der Arbeiterkammer, haben von einem Kollegen unserer Fraktion die Unterschrift und das Papier bereits zu Gesicht bekommen. Ich darf dir eines sagen, sogar der Ing. Ammerer – wir waren so fair und haben das bei der Kammervollversammlung nicht vorgebracht (Abg. Kollmann: „Ich werde eine Aufklärung machen!“), er hätte – dafür ist er bekannt – etwas anderes in der Situation gemacht. Nur soll man dann bitte keine Roßtäuscherei vornehmen. Bitte sprich mit dem Kollegen Burgstaller, daß er nicht in der Öffentlichkeit etwas anderes behauptet. (Abg. Kollmann: „Das, was du machst, ist Roßtäuscherei!“) Ich kann es dir beweisen, und er soll in der Öffentlichkeit keine Schaumschlagerei betreiben, sondern soll sich dazu bekennen, daß ihm die Arbeitsplätze relativ wurscht sind. Auf der einen Seite schreit er in der Öffentlichkeit, wenn es darum geht, Millionen für die Sanierung oder für Subventionen der Verstaatlichten zu bringen, und dann kommt der Kehrtschwenk, weil ihm irgendeiner sagt, lieber Freund, da liegst du daneben. Verloren hat er bei den Betriebsratswahlen so immer. (Abg. Kollmann: „Im Moment steht es in seinem Betrieb sechs zu null!“) Dafür habt ihr geschaut, daß er einen Posten bekommt. Und drei Wochen später steht der gleiche auf und verlangt 10 Milliarden Schilling für die Verstaatlichte. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Kollmann: „Haben Sie die Unterschrift des Herrn Burgstaller?“) Die können Sie schon sehen, wenn Sie wollen! (Abg. Dr. Maitz: „Es ist immer dasselbe. Sie behaupten etwas und beweisen es nicht!“) Kollege Dr. Maitz, ich zeig Ihnen die Unterschrift, nur die Unterschrift. (Abg. Dr. Maitz: „Das nützt uns nichts!“) Ich zeig Sie Ihnen, und dann werden Sie sich beruhigen. Ich stehe dazu, ich habe die Unterschrift da.

Meine Damen und Herren, ich möchte wieder auf das Modell Steiermark zurückkommen – von der ÖVP natürlich –, weil hier steht, was wir schon jahrelang gefordert haben. Und jetzt darf ich einmal eines sagen, meine Damen und Herren der ÖVP. Etwas freut mich besonders: Diese Hochkonjunktur, in der wir uns befinden, hat sich bereits bei dieser Budgetdebatte

auch im Landtag niedergeschlagen. (Abg. Kollmann: „Du tust immer Gift spritzen!“) Die SPÖ befindet sich auch in einer Hochkonjunktur, denn so, wie jetzt in diesen drei Tagen, haben wir euch noch nie erlebt, so nervös und so schreiend, wie ihr euch dargestellt habt. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Erhart: „Der Chef fehlt!“) Euch fehlt wirklich der oberste Herr im Hause, weil diese unqualifizierten Zwischenrufe hat es nie gegeben, wenn der Landeshauptmann selbst da war, weil da hat er euch zurechtgewiesen. Bitte, Frau Landesrat! (Landesrat Klasnic: Unverständlicher Zwischenruf.) Als designerter Geschäftsführer! (Abg. Kollmann: „Das ist ein völliger Blödsinn.“) Das steht dort.

Meine Damen und Herren, Sie können sicher sein, daß ich es euch beweisen kann. Das steht wortwörtlich in der Vereinbarung: „Als designerter Geschäftsführer:“ Unterschrift: „Burgstaller“. Sie können sich dann bei mir überzeugen. Bitte, zweite Reihe, zweiter Platz, linke Reichshälfte. (Beifall bei der SPÖ.) Bezüglich Entbürokratisierung möchte ich vielleicht auch noch ein paar Sätze sagen, weil es im „Modell Steiermark“ drinnen steht. Meine Damen und Herren, ich bekenne mich dazu, daß diese Diskussion entstanden ist, daß man die Wirtschaftsförderung so quasi privatisieren will. Zur Privatisierung: Persönlich sage ich ein Nein, aber ich stimme einer Ausgliederung zu, die unter der Kompetenz des Landes steht, eine Gesellschaft zu gründen, um die Bürokratie, die im „Modell Steiermark“ drinnen steht – was wir immer gefordert haben, das habt ihr übernommen; wir sind dankbar dafür –, endlich abzubauen. Aus diesem Grund bin ich dafür, daß das Land dementsprechend die Schirmherrschaft behält, weil meiner Meinung nach das Land eine politische Aufgabe hat, diese Wirtschaftsförderung zu steuern, Ziele vorzugeben, die Koordinierung vorzunehmen und auch neue Schwerpunkte zu überlegen. Da kann ich mir schon eine gewisse Arbeitnehmerförderung für Ausbildung, Umschulung oder Weiterbildung vorstellen, weil das auch letztendlich Wirtschaftsförderung ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Und, meine Damen und Herren, Bund und Land – und ich richte meine Kritik sicher auch an den Bund – dürfen nicht davon ausgehen, daß die Sanierung der obersteirischen Industrieregion bereits abgeschlossen ist. Umso mehr ist es für mich verwunderlich, daß man daran denkt, diese Institution des Regionalbeauftragten aus dem Bundeskanzleramt umzufunktionieren und ihr einen gewerblichen Status zu geben. Dieser Idee muß auf Grund der Situation in der Obersteiermark auf das schärfste entgegengetreten werden. Wir dürfen davor die Augen nicht verschließen, daß es in den traditionellen Industriegebieten – Donawitz, Zeltweg, Liezen und so weiter – noch gewaltige Probleme gibt, die es zu lösen gilt.

Und sehr positiv – das möchte ich auch unterstreichen, weil der Herr Präsident Ing. Stoisser es angeführt hat – ist die gemeinsame regionale Sonderförderungsaktion, bekannt durch die 100.000-Schilling-Aktion, die ja leider mit heurigem Jahr beendet ist. Deswegen danke ich auch dem Herrn Bundesminister Streicher, der bereits im Juli 1989 die Nachfolgeaktion für diese Sonderförderungsaktion in die regionale Investitionsprämie umgewandelt und vorgestellt hat. Auch hier gibt es Kritikpunkte, die wir bereits in der steirischen

Arbeiterkammer aufgezeigt haben. Diese Investitionsprämie sollte ja für Strukturverbesserung, Innovation und Kapazitätsausweitungen auch im Grenzland dienen. Was dabei zu kritisieren ist, ist die Tatsache, daß es starre Prozentsätze gibt. Ich trete dafür ein, daß man das auch flexibilisieren muß, und meine – 50.000 Schilling pro neugeschaffenem Arbeitsplatz –, daß man hier auch ein gewisses Bandbreitenmodell entwickelt und je nach Qualität der neu zu schaffenden Arbeitsplätze eben die Beiträge staffelt. Und, Frau Landesrat, ich weiß, daß Sie sich einsetzen, wenn es Probleme gibt, und ich möchte Ihnen heute nur ein Beispiel sagen, weil sich innerhalb von ein paar Tagen etwas ergeben kann, wo Sie einer Wirtschaftsförderung zugestimmt haben und ich auf Grund von Umständen, die eine Förderung nicht rechtfertigen, erreichen konnte, daß in der Beiratssitzung die Förderung der Firma „Steirischer Druckguß“ zurückgestellt wurde. Ich möchte es nur deshalb sagen, weil es in Altenmarkt diesen Betrieb gibt, der zur Zeit 137 Arbeitsplätze hat. Der gleiche Unternehmer, ein gewisser Herr Mösner, hat in Rottenmann von Bauknecht den Werkzeugbau um quasi ein „Butterbrot“ gekauft, und jetzt kommt er um Subventionen und sagt: „Ich schaffe in Altenmarkt neue Arbeitsplätze.“ Tatsache ist – und das ist bitte bereits bekannt –, daß der Betrieb in Rottenmann geschlossen werden soll, die Kollegen, die Dienstnehmer, sollen nach Altenmarkt überstellt werden, und das sind dann die neuen Arbeitsplätze, die man gefördert hätte. Wir sind dafür eingetreten, daß man das zurückstellt. Sie haben das gemacht. Ich möchte mich da auch wirklich bedanken, wenn man das genau überprüft. So sollte bitte eine Förderung (Abg. Erhart: „Das ist eine Gaunerei!“) nicht ausgenutzt werden! Und die Bürokratie abzubauen, Frau Landesrat, da darf ich Sie wirklich darum bitten, weil gerade die kleinen Gewerbe- und Kleinbetriebe die größten Schwierigkeiten bei der Antragstellung, bei Ansuchen von Förderungen oder für Investitionsvorhaben haben. Die haben einen fast unüberwindlichen bürokratischen Behördenweg zu absolvieren. Das müßte schneller, unbürokratischer gehen, denn ein kleiner Gewerbetreibender hat kein großes Büro oder Büroeinrichtungen, die ihm diese Dinge erledigen. Und bezüglich der Änderung des Systems, die man vor hat, richte ich an Sie die Bitte, daß man auf die kleinen Wirtschaftstreibenden nicht vergißt, daß die nicht auf der Strecke bleiben, denn letztendlich stellen sie 90 Prozent der Beschäftigten in der Wirtschaft. Ich bin überzeugt, Frau Landesrat, daß Sie die Sorgen auch der kleinen Betriebe kennen, und bitte Sie, noch mehr Druck dahinterzusetzen (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Da kannst du sicher sein!“), um diese Bürokratie abzubauen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Sie weiß, wie es den Leuten geht!“ – Abg. Vollmann: „Warum regst du dich auf?“) Ich weiß nicht, Kollegen, was da aufregend ist. Ich weiß nicht, warum man sich in der Frage aufregt. Ich weiß nicht, hast du geschlafen oder nicht zugehört? Es kann nur das möglich sein. Wenn ich sage, daß ich überzeugt bin und weiß, daß die Frau Landesrat auch die Sorgen der kleinen Betriebe kennt (Abg. Vollmann: „Was gibt es da zum Aufregen?“) – so habe ich das gesagt –, ich sie bitte, daß sie noch mehr Druck dahintersetzt, daß wir diese Bürokratie abbauen.

Ich darf abschließend allen Unternehmern und allen Verantwortlichen sowie allen Dienstnehmern, die im

Interesse der steirischen Wirtschaft und ihrer Bevölkerung arbeiten, den herzlichen Dank aussprechen. (Beifall bei der SPÖ. – 17.02 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Harmtodt. Ich erteile es ihm.

Abg. Harmtodt (17.02 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach meinem Abgeordnetenkollegen Gennaro möchte ich wieder ein bißchen mehr Wahrheit einbringen und sagen (Abg. Erhart: „Wer das sagt!“), daß ich mich wehre – und ich spreche jetzt für das Grenzland – gegen die Bezeichnung „Armenhaus“ und „Altenhaus“. (Abg. Freitag: „Das hat das ‚Profil‘ gebracht!“) Diese Wörter möchte ich nicht hören, und wir haben sie auch gar nicht notwendig. Wir sitzen doch im gleichen Boot und sind für unser Land Steiermark verantwortlich. Wir brauchen uns auch gar nicht zu schämen, weil wir unheimlich viel geleistet haben. Unsere Grenzlandregion ist zwar nicht auf Rosen gebettet, aber wir haben hier schon sehr große Vorteile erzielt. Richtig ist, daß der Bezirk Feldbach zum Beispiel ein Agrarbezirk ist – das wollen wir gar nicht ableugnen. Auch hier gibt es Gott sei Dank sehr gute Ansätze für unser schönes grünes Hügelland.

Warum sage ich das, meine Damen und Herren? Weil wir wirklich viel geleistet haben! Und ich traue mich das oft gar nicht sagen – wir haben in Verbindung mit Ihrer Eingabe alles aufgelistet –, weil man damit Neidkomplexe erwecken könnte. (Abg. Erhart: „Ja, das ist ein anderes Reden!“) Einiges möchte ich aber kurz aufzeigen: Wir haben in den letzten Jahren über 2000 Arbeitsplätze geschaffen, nur allein im Bezirk Feldbach! Wir haben die Therme ausgebaut und damit für unseren Fremdenverkehr vieles getan. Die heimischen Betriebe wurden ausgebaut und zusätzlich viele Betriebe angesiedelt. Ich möchte heute davon nur zwei nennen, und zwar deshalb, weil sie vor einigen Tagen ihren zehnjährigen Bestand gefeiert haben. Das sind die steirischen Elektronikwerke in Fehring und die Firma Wolford. Das sind ausgezeichnete Betriebe. Ich möchte hinzufügen, das sind sogar steirische Aushängeschilder.

Wir haben in der letzten Sitzung, meine Damen und Herren – Sie werden sich noch erinnern –, hier im Landtag einen Beschluß gefaßt, daß wieder ein Betrieb in unserem Grenzland angesiedelt wird, und zwar die Firma Loidl, und die SPÖ hat leider Gottes dagegengestimmt. Ich möchte aber meinem Kollegen – der Herr Kollege Freitag war hier ausgenommen – nochmals von Herzen danken.

Wir haben – und das wissen Sie auch – in der Stadt Feldbach die höchste Steuerkraftkopfquote von allen Städten in der Steiermark. Wir haben im Bezirk aber – das möchte ich hier nicht verleugnen, und deshalb entstand ja die Bezeichnung „Armenhaus“ – auch die rote Laterne. Die Gemeinde Frannach liegt österreichweit an letzter Stelle. Und wie ich das gehört habe, habe ich sofort diese Gemeinde besucht und mit dem Bürgermeister gesprochen. Er hat mir folgendes erzählt, meine Damen und Herren: Wir haben in unserer Gemeinde keinen gewerblichen Betrieb, sondern nur kleine landwirtschaftliche Betriebe. Wir haben aber Gott sei Dank keine Schulden, wir haben

alle Wege und Straßen schönstens ausgebaut, unsere Häuser sind alle in Ordnung, schönstens neugebaut und ausgebaut. Wir haben ein neues Kulturhaus errichtet und ein Gemeindehaus gebaut. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Ein schönes Fischmuseum!“) Sie haben wirklich vieles getan, aber sie haben eine niedrige Steuerkraftkopfquote, weil sie keinen einzigen gewerblichen Betrieb haben. Das sagt aber noch lange nichts aus, das ist eine Verzerrung, daß sie deswegen das Armenhaus sind. Wir haben auf unserem schulischen Gebiet sehr viel getan. Wir haben drei Mittelschulen – alles in den letzten Jahren – errichtet, vier Landesschulen, eine Bundesschule, eine Hotelfachschule, und wir haben in Bad Gleichenberg die größte Landesberufsschule für den Fremdenverkehr von ganz Österreich. Viele Mehrzweckhallen sind dort. Es ist auch die ärztliche Versorgung ausgebaut. Wir haben alle Fachärzte angesiedelt mit Ausnahme eines Hautarztes und vielleicht eines zusätzlichen Kinder- und Augenarztes. Aber hier gibt es auch schon Ansätze. Wir haben im Bezirk Feldbach zwei Krankenhäuser im Bau oder neu gebaut. Das wissen die meisten gar nicht, in Bad Gleichenberg gibt es ein sehr schönes Krankenhaus, es wurde neu errichtet, und zwar ausgerichtet für die Landwirtschaft für ganz Österreich. Und in Feldbach wird zur Zeit ein Krankenhaus gebaut, ein Teil wird sogar im Monat März schon eröffnet. Wir haben dort das Krankenhaus um 600 Millionen Schilling – ein beachtlicher Betrag – ausgebaut. Zusätzlich gibt es auch noch ein Sanatorium. Wir haben auch ein Seniorenwohnhaus mit einer Pflegestation errichtet. Ich weiß, mein Kollege Freitag bejaht das alles. Er sagt, ich habe nicht die Möglichkeit, das gebe ich ohne weiteres zu, aber es ist auch hier viel geschehen. Leider Gottes hat aber die örtliche SPÖ gegen unsere Pflegestation und gegen das Seniorenwohnhaus gestimmt. Unsere Pflegestation wird ausgebaut, da möchte ich auch unserem geschätzten Landesrat Tschernitz dafür danken. Wir müssen hier aufstocken, weil die Pflegestation zu klein ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind auch kein Altenhaus. Und zwar deshalb nicht, weil wir im Bezirk Feldbach die höchste Geburtenrate von ganz Österreich haben. Also, bei uns tut sich etwas mit der Weiterentwicklung, Gott sei Dank! Wir haben über 2000 Wohnungen im Bezirk Feldbach für unsere Jugend errichtet, für Jungfamilien unter 35 Jahren. Auch die SPÖ war präsent und hat 20 Wohnungen in dieser Zeit errichtet. Auch ein Erfolg. Ich werte gar nichts ab. Ich danke allen für das Tatensetzen, ich danke sehr herzlich unserem geschätzten Landeshauptmann, unserer Frau Landesrat Klasnic, und da schließe ich alle Landesräte auch von der SPÖ mit ein, denn sie haben auch im Bezirk Feldbach ihre Hände angelegt. Unsere Grenze lebt! Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 17.11 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Minder. Ich erteile es ihr.

Abg. Minder (17.11 Uhr): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Nach vorsichtigen Schätzungen durch Experten betragen in Österreich die volkswirtschaftlichen Kosten für Arbeitsunfälle inklusive dem Verlust von

Humankapital 25 Milliarden Schilling pro Jahr. Die Statistiken zeigen über Jahrzehnte hinweg einen annähernd gleichen Verlauf. Jährlich werden an die 170.000 Arbeitsunfälle registriert. Das bedeutet, daß rund um die Uhr alle dreieinhalb Minuten ein Arbeitsunfall passiert, und fast täglich kommt es zu einem tödlichen Unfall am Arbeitsplatz. Somit gehen jährlich 4 Millionen Arbeitstage auf Grund von Arbeitsunfähigkeit wegen Arbeitsunfällen verloren. Menschliches Leid und der volkswirtschaftliche Schaden sind dadurch groß. Grund genug für uns, die Frage zu stellen, was ist uns die Gesundheit am Arbeitsplatz wert? In erster Linie sollten hier nicht nur der Kostenfaktor für die Ausstattung der Arbeitsplätze, für die arbeitsmedizinische Betreuung, für die sicherheitstechnischen Dienste ausschlaggebend sein, sondern es ist auch der volkswirtschaftliche Schaden, der am Arbeitsplatz durch gesundheitsschädigende Bedingungen, durch mangelnde Vorsorge und unzureichende Betreuung entsteht, zu berücksichtigen und in unsere Überlegungen mit einzubeziehen. Uns alle beschäftigt ein möglicher EG-Beitritt Österreichs seit geraumer Zeit. Vorteile, Nachteile werden herausgefiltert. In der EG wird seit 1962 permanent die arbeitsmedizinische Betreuung der Arbeitnehmer verbessert und eine umfassende Versorgung angestrebt. Bereits 1962 wurde die Empfehlung ausgearbeitet, wonach ein Betriebsarzt mit einer 40-Stunden-Woche nicht mehr als 2500 Arbeitnehmer betreuen soll. Eine betriebsärztliche Betreuung war ab 200 Beschäftigten vorgesehen. Diese Schlüsselzahl sollte schrittweise auf 50 Beschäftigte abgesenkt werden. In Österreich ist diese Schlüsselzahl noch immer 250, und selbst diese Zahl gilt nicht für alle Arbeitnehmerbereiche. Der Bund kommt mehr oder weniger zögernd seiner Verpflichtung zum Arbeitnehmerschutz nach, Land und Gemeinden lassen nahezu völlig aus, und Beschäftigte in Klein- und Mittelbetrieben sind fast durchwegs unbetreut. In Schweden haben die rund vier Millionen Arbeitnehmer zu rund 70 Prozent Zugang zu arbeitsmedizinischen Diensten, in Österreich werden derzeit nur 28 Prozent der Arbeitnehmer erfaßt. Deshalb sollen im ganzen Bundesgebiet Österreichs arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Zentren errichtet werden, durch die auch der Fürsorgepflicht der Arbeitgeber gegenüber dem Arbeitnehmer flächendeckend nachgekommen werden kann. In diesen Zentren und in den Betrieben sollen vom Arbeitgeber unabhängige und gut ausgebildete Ärzte und Sicherheitstechniker ihren Dienst versehen. Erwartet wird ein wirksamer präventiver Gesundheitsschutz und eine Abnahme der kurativen Tätigkeit der Betriebsärzte, die derzeit noch die Hälfte der vorgesehenen Einsatzzeit in Anspruch nimmt. Gefordert wird eine Erweiterung der Kompetenz des Arbeitsinspektorates, um die tatsächliche Einhaltung der Arbeitnehmerschutzvorschriften auch nachhaltiger als bisher überwachen zu können. Die Gefährdung der Gesundheit wächst durch die Chemisierung des Alltagslebens an den Arbeitsplätzen, in der landwirtschaftlichen und in der gewerblich-industriellen Produktion, im Haushalt durch die Vielfalt der Verwendung chemischer Substanzen. Selten verfügt der Arbeitnehmer selbst über die notwendigen Kenntnisse hinsichtlich der richtigen Anwendungsbedingungen und möglicher Ersatzstoffe. Eine genaue Kennzeichnung der in der Produktion verwendeten chemi-

schen Arbeitsstoffe und genaue Handhabungsvorschriften wären ein erster Schritt in Richtung Vorsorge beziehungsweise Information über mögliche Wirkungen im allgemeinen und über die von Arbeitnehmern jeweils verwendeten Substanzen im besonderen. Wir sagen aber auch ein klares Nein und ein striktes Verbot zu Genomanalysen und Genproduktanalysen als medizinische Selektionsmechanismen in den Betrieben. Vor kurzem wurde das in einem Bericht so formuliert: „Mit Hilfe der Gentechnologie kann man nicht nur Hochleistungsmilchkühe züchten, sondern auch biologische Eliten für den Arbeitsmarkt, den krebstabilen und allergiegeprüften Arbeitnehmer.“ Anstelle der aufwendigen Experimente bezüglich Anpassung und Eignung des Menschen an die Arbeit sollen Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die dem Menschen angepaßt sind. Nicht Züchtung des optimalen Arbeitnehmers, kein Herausfiltern, wem es am wenigsten schadet, mit Giftstoffen zu arbeiten, sondern Reduzierung der Belastung an den Arbeitsplätzen und deren Umfeld und Wahrung der Menschenwürde und des Persönlichkeitsrechtes jedes einzelnen Arbeitnehmers. Vielleicht könnten diese Überlegungen auch berücksichtigt werden, wenn man entscheidet, wem man eine Förderung gibt und wem nicht. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 17.17 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kollmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Kollmann (17.17 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich muß mich, selbstverständlich in gebotener Kürze, mit obersteirischen Wirtschaftsproblemen beschäftigen. Ich bitte zu entschuldigen, daß diese den Hauptteil in Anspruch nehmen werden, aber nicht zuletzt die Wortmeldung des Herrn Kollegen Gennaro veranlaßt mich dazu, doch einiges zu sagen. Ich werde auf diese ganz eigenartig anmutenden Ausführungen dieses Landtagskollegen noch zurückkommen.

Meine Damen und Herren, ich möchte den Herrn Finanzlandesrat ansprechen – er ist im Moment nicht da, aber ich werde versuchen, das in gezielter Form in der dritten Person zu machen –: Der Herr Landesfinanzreferent hat sich in seiner Budgetrede sehr ausführlich – fast vier Seiten lang – mit der Wirtschaft in der Obersteiermark, vor allem mit der verstaatlichten Wirtschaft, beschäftigt. Auch mit dem sogenannten KVA-Verfahren, das in Donawitz probeweise eingeführt wurde und nunmehr „ausgeführt“ wird. Er hat gemeint, vor dem heurigen Sommer – ich zitiere –: „relativierten die Ergebnisse der Umweltauswirkungen die Grundlage des KVA-Verfahrens innerhalb dieses Jahres gründlich.“ Da hat er den Nagel auf den Kopf getroffen. Und ich muß gestehen, ich habe als Leobner und als Obersteirer auch sehr gehofft, daß dieses KVA-Verfahren ein gutes sein würde, wenn auch die Stimmen vom Techniker bis zum kleinen Werkmeister in Donawitz nicht gerade sehr hoffnungsfroh waren. Aber da ist es uns allen ziemlich gleich gegangen. Auch dem Freund Ussar, der im vorigen Jahr noch wörtlich gesagt hat: „Ich glaube, daß mit KVA ein neues System erprobt wird, das sich bis jetzt schon sehr positiv bewährt hat, und vielleicht wird es genauso einmal wie LD“ – also Linz-

Donawitz-Verfahren – „in der ganzen Welt einen Namen haben.“ Wir haben es gehofft. Leider ist das nicht in Erfüllung gegangen. Ich wage zu prophezeien, daß es überhaupt nicht in Erfüllung gehen kann, weil man nunmehr weiß, daß der gute Herr Professor Bogdandy, der von den sozialistischen Machern der ÖIAG für die VOEST-Alpine geholt wurde, doch schon sehr eindeutig Schiffbruch mit diesem KVA-Verfahren in Deutschland erlitten hat, und daß es eben nicht einfach möglich ist, Braunkohle gegen Erdgas auszutauschen, und dann funktioniert ein Verfahren, das schon in Deutschland Schiffbruch erlitten hat. Ich würde fast sagen: Es war dieses KVA-Verfahren manchen Leuten gar nicht so uninteressant, denn es hat sich als Hilfe zum ungeordneten Rückzug in Donawitz erwiesen. Von einem geordneten Rückzug kann man in diesem Bereich leider nicht sprechen, in einem Bereich, wo innerhalb weniger Jahre 4000 Arbeitsplätze verlorengegangen sind und mit ihnen auch im Gefolge natürlich am steirischen Erzberg noch viele dazu.

Meine Damen und Herren, Herr Landesrat Dr. Klausner hat gemeint, es wäre hoch an der Zeit, Konzepte für Zeiten einer schlechter werdenden Stahlkonjunktur zu entwickeln. Und nun frage ich Sie: Hat nicht die ÖVP seit Beginn der Alleinregierung und vor allem in den Zeiten der Abschwächung der Konjunktur immer wieder einen Stahlplan verlangt? Wurde diese Forderung von der SPÖ nicht immer vom Tisch gewischt, und hat man nicht gemeint, diese Schiffe der verstaatlichten Industrie, inklusive Hüttenwerk Donawitz und anderer Hüttenwerke, wären unsinkbar? Und nun kommt die Erkenntnis, eine Bestätigung der ÖVP-Prognosen, Prophezeiungen und Bitten, man müsse sich nun Konzepte für Zeiten einer schlechter werdenden Stahlkonjunktur suchen oder solche entwickeln.

Herr Landesrat Dr. Klausner beschwert sich in seiner Budgeteinleitungsrede auch darüber, daß er sich seit längerem mit dem Bürgermeister der Stadt Leoben Benedek bemüht habe, mit Herrn Professor Bogdandy über die weitere Zukunft des KVA-Verfahrens zu reden, aber ein solcher Termin nicht zustande gekommen sei. Meine Damen und Herren, ja, der Herr Bogdandy hat eigentlich nur dann für die Steirer Zeit – das hat man schon öfter gemerkt –, wenn er von den Steirern etwas braucht: entweder die Zustimmung der Betriebsratsvorsitzenden und Belegschaftsvertreter oder das Geld des Landes Steiermark. Dann hat er bitte Zeit, ansonsten zeigt er sich sehr, sehr selten in der Steiermark.

Und nun sprach Herr Landesrat Dr. Klausner über jenes Grundsatzpapier, das er nun von der VOEST-Alpine über die Ausgliederung des Forschungsbereiches bekommen hat, und meint, daß diese Gesellschaft, die den Namen „Informatik- und innovative Technologien-Ges. m. b. H.“ tragen soll, nun plötzlich Geld bräuchte und die VOEST-Alpine einen offenkundig völlig willkürlichen Preis von 70 Millionen Schilling für Grund und Boden der ehemaligen Hauptverwaltung Leoben eingesetzt hat. Sie wissen ja, meine Damen und Herren, es steht noch heute in den Satzungen der VOEST-Alpine-AG., daß es drei Hauptverwaltungen gibt: Linz, Leoben und Wien. Was aus der Hauptverwaltung Leoben inzwischen de facto geworden ist, wissen wir alle. Und diese Hauptverwaltung

Leoben mit dem gesamten Gebäude soll nun „verhökert“ werden beziehungsweise an eine „Informatik- und innovative Technologien-Ges. m. b. H.“ – mit Hilfe von Landes- und Bundesmillionen wahrscheinlich – übertragen werden. Denn man hat zunächst, als Donawitz aus der VOEST-Alpine ausgegliedert und eine eigene Stahl-Ges. m. b. H. wurde, die Leobner Anlagenwerte den Donawitzern einverleibt, um sie jetzt von den Donawitzern verkaufen zu lassen. Das sind bitte wirklich Machenschaften, die mit der Realität in der Wirtschaft nur sehr wenig zu tun haben. Ich finde das alles unmoralisch, wenn man zunächst einmal Anlagen ausgliedert, nur damit man dann dafür Geld verlangen kann. Das ist so ähnlich wie mit dem Technologie- beziehungsweise Gewerbetpark Sankt Peter-Freienstein, wo man sich auch teuer den Grund hat bezahlen lassen, während man – bitte mit meiner Zustimmung, wenn man mich gefragt hätte – selbstverständlich die Werksschule Donawitz, die durchaus modern eingerichtet war, um einen symbolischen Schilling an das BFI weitergegeben hat. Hingegen 70 Millionen Schilling will man nun für eine Hauptverwaltung, die noch dazu zu einem jungen Unternehmen werden soll.

Meine Damen und Herren! Worum handelt es sich bei dieser Hauptverwaltung, und was soll diese neue Gesellschaft tun? Diese Hauptverwaltung ist eigentlich die Know-how-Mannschaft des steirischen Teiles der VOEST-Alpine. Es sollen 150 zum Teil sehr hoch qualifizierte Leute in diese neue Ges. m. b. H. kommen, und sie sind – wie ich schon gesagt habe – die Know-how-Truppe der VOEST-Alpine in der Steiermark. Die wenigsten wissen, daß diese Gruppe das – ich würde sagen – größte Hüttenwerk der neuen Generation, nämlich Slobin 1, 2 und 3 in Rußland, vollständig automatisiert hat und viele andere großartige Forschungs- und Entwicklungsleistungen erbracht hat. Denn sie sollen forschen, entwickeln, Werkstoffwissenschaften betreiben und metallurgische Forschung, Verfahrenstechnik entwickeln und Prozeßautomation betreiben beziehungsweise entwickeln. Und nun will eben die VOEST einen Preis dafür, und ich finde das unmoralisch, daß man 70 Millionen Schilling für ein Gebäude verlangt, das man ohnedies nicht brauchen kann, auf der anderen Seite aber ein Gebäude, das den gleichen Wert hatte, samt Anlagen um einen Schilling verkauft. Bitte, 150 bestehende Arbeitsplätze sind doch etwas! Das kann man doch nicht so wegdiskutieren oder sie anders bewerten als ein Gebäude einer Werkschule. Das ist nun eben die Situation in der VOEST-Alpine.

Meine Damen und Herren, Herr Landesrat Dr. Klausner hat noch etwas gesagt. Und zwar er und jetzt auch der Kollege Gennaro haben sich darüber mokiert, daß diese Grundsatzvereinbarung vom Herrn Abgeordneten Burgstaller paraphiert ist. Darf ich Ihnen dazu sagen: Der Abgeordnete Burgstaller ist zwar Nationalratsabgeordneter, er ist aber auch ein voll tätiger Abteilungsleiter der VOEST-Alpine in Leoben, er ist nämlich auch Betriebsratsvorsitzender, der noch etwas arbeitet (Abg. Schrittwieser: „Er bekommt dafür Geld!“) und der sich keine Zeit schenken läßt. Und in dieser Funktion als Abteilungsleiter, als Manager, hat er den Auftrag von der ÖIAG und von der VOEST-Alpine bekommen, dieses Papier anzufertigen. Und er

ist nicht designierter Geschäftsführer, sondern Sie wissen, wenn es darum geht, einen neuen Firmennamen für eine Ges. m. b. H. zu finden, dann muß man bitte sich diesen Firmennamen zuerst genehmigen lassen, und dafür braucht man Proponenten. Und ein solcher Proponent ist er im Auftrag seines Unternehmens. Er hat mir im übrigen gesagt, daß er für eine Ausschreibung dieses Geschäftsführerpostens ist, und ich glaube nicht, daß er sich für diesen Geschäftsführerposten überhaupt bewerben wird. Das ist bitte meine persönliche Meinung. (Abg. Vollmann: „Welche Entschuldigungen du findest, ist ein Wahnsinn!“) Dann hätte ich mich getäuscht! Du kannst mich dann zitieren.

Meine Damen und Herren! Der Herr Landesfinanzreferent hat weiter in seiner Budgeteinbegleitungsrede gemeint, daß er über ein neues Leoben-Donawitz-Programm nachgedacht hat oder man nachdenken sollte. Nun ist es für mich durchaus interessant gewesen, was bei diesem Nachdenken herausgekommen ist. Ich schätze nämlich den Landesfinanzreferenten als einen soliden Mann, der an sich immer das sagt, was er sich denkt. Nun habe ich mir gedacht, ich muß mir das etwas genauer anschauen. Was ist dabei herausgekommen? Ich möchte diesen Gedankengang etwas nachvollziehen. Zunächst einmal – wie nicht anders zu erwarten, hätte ich fast gesagt –, hat er sich auf den Industriepark beziehungsweise Gewerbepark Sankt Peter-Freienstein „daraufgesetzt“ und hat gemeint, daß es nicht einsichtig sei, daß eine Infrastruktur bereitgestellt wird, die pro Quadratmeter 5 Schilling kostet. Er meint, daß die Zufahrt und das Erscheinungsbild nicht ordentlich wären, und jetzt kommt bitte das Interessante: Nun arbeiten bereits die Bagger in Sankt Peter-Freienstein, und es entsteht ein Industriepark. Und gleichzeitig verlangt der Herr Landesfinanzreferent die Gründung eines neuen Industrieparks. Den einen, wo schon gearbeitet wird, wo schon Geld drinnen steckt, auch des Landes – bitte –, vergessen wir, und jetzt starten wir einen neuen Industriepark in Leoben-Hinterberg, wo die Straßenanschlüsse um kein bißchen besser sind als in Sankt Peter-Freienstein. Ich würde sagen, dieses Grundstück liegt noch viel weniger zentral, denn man muß dorthin über den bekannten Häuslberg fahren, der eine Steigung von 11 Prozent aufweist und den nicht jedes Schwerfuhrwerk problemlos überquert, vor allem nicht im Winter.

Das bitte sind Dinge, die mich wirklich außerordentlich wundern und wo ich nur sagen kann, in dieser Art und Weise werden wir die Probleme nicht lösen, wenn höchste Verantwortungsträger des Landes Steiermark ein Projekt, das bereits in Arbeit ist, verdammen und gleichzeitig ein neues Projekt aus der Tasche ziehen, ohne dafür konkrete Unterlagen zu haben.

Meine Damen und Herren! Ich darf zur Obersteiermark in wenigen Sätzen noch meine persönliche Meinung über den wirtschaftlichen Zustand sagen. Ich möchte sagen, es gibt beeindruckende Beispiele einer industriellen Genesung und einer strukturellen Erneuerung. Und es gibt seit kurzem in der Mur- und Mürzregion – ich lege Wert auf das Wort „Region“, ich will die „Furche“ nicht hören – viele, viele gute innovative Dinge, die zum Teil noch immer von den Schwierigkeiten der Schwerindustrie überdeckt wer-

den. Die erfolgreichen Übernahmen ehemals verstaatlichter Betriebsstätten durch private Unternehmungen, ich denke nur Villas, Eisenerz, dann die ganze Mürzregion hinauf, die Gründung zahlreicher Kleinbetriebe mit innovativen Produkten und ein sich wirklich positiv entwickelnder gewerblicher Mittelstand können zwar die Arbeitsplatzverluste der Verstaatlichten noch nicht ausgleichen, aber wir kommen nahe heran, das langsam in den Griff zu bekommen und jene Arbeitsplätze in der mittelständischen Wirtschaft zu schaffen, die in der großen Schwerindustrie verlorengehen. Ich möchte betonen, es gibt nicht nur Sankt Peter-Freienstein, das uns Hoffnung gibt. Es gibt Zeltweg, es gibt Kapfenberg. Alle drei Parks zusammen sind uns gleich wichtig, werden auch vom Land Steiermark gleichermaßen gefördert. Und diese Zentren des Optimismus, verbunden mit dem Technologiepark Niklasdorf, ich danke für alle Förderungen in diesem Zusammenhang, mit dem Laserzentrum des Institutes für Werkstoffwissenschaften und des Joanneums und selbstverständlich mit dem WIFI-Schulungszentrum, werden für uns fruchtbringend sein.

Wir sind trotz großer Schwierigkeiten nicht nur im Industriebereich, sondern auch in Bereichen des kleinen Handels, trotz dieser Schwierigkeiten kein Industriefriedhof. Zumindest nicht mehr. Wir sind eine Region, die die Welle aufwärts unterwegs ist.

Und, meine Damen und Herren, wenn Herr Landesrat Dr. Klausner, um das letzte Mal auf die Budgeteinbegleitungsrede zurückzukommen, meint, daß die Schere zwischen den Gewinnern und den Lohneinkommen und Gehältern der Arbeitnehmer immer mehr aufginge, wie es auch der Herr Parteivorsitzende und Bundeskanzler Vranitzky behauptet, dann hat er sich ganz, ganz groß getäuscht. Er hat gemeint, nun, wo jetzt die Hochkonjunktur ist, sollten sich die Arbeitnehmer mehr Geld holen. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: 50,9 Prozent aller steirischen Mitgliedsbetriebe der Handelskammer, 50,9 Prozent – also mehr als die Hälfte – sind mit der Mindestbeitragsgrundlage – etwas über 8000 Schilling monatlich – eingestuft. Das wären, bezogen auf 14 Arbeitnehmergehälter, nicht einmal 7000 Schilling im Monat. Mehr als die Hälfte aller Wirtschaftstreibenden in der Steiermark und nur knappe 15 Prozent – nicht einmal 15 Prozent – aller Betriebe liegen in der Höchstbeitragsgrundlage. Das bedeutet jährliche Einkünfte von mehr als 370.000 Schilling. Das muß doch zu denken geben, meine Damen und Herren, und da ist bitte die Schere keineswegs zugunsten der Wirtschaftstreibenden aufgegangen. Das müssen Sie sich doch eingestehen, wenn Sie alle Kollektivvertragsverhandlungen verfolgen, wenn Sie die Entwicklung der Ist-Gehälter verfolgen, wenn Sie merken, daß der Arbeitskräftemangel und der Spezialistenmangel letztlich auch die Löhne und Gehälter in vielen Branchen, vor allem in der Metallindustrie, wieder kräftig in die Höhe treibt, und daß die Überzahlungen, die in keinem Kollektivvertrag verzeichnet stehen, immer höher und höher werden. Ich sage Ihnen das aus eigener Erfahrung, denn Sie haben keinen Wirtschaftstreibenden, der Ihnen das aus eigener Erfahrung sagen könnte. Ich habe Ihnen ohnehin schon gesagt: Holen Sie, bitte, den Kollegen Stross, Ihren Landesvorsitzenden, endlich einmal in Ihren Kreis, damit er Sie über diese Probleme

aufklärt, weil es wirklich Leute gibt, die, wie der Kollege Gennaro, wie das „blinde Hendl“ von der Farbe reden.

Meine Damen und Herren, zum Schluß: Der Kollege Gennaro hat über das Gießkannenprinzip geschimpft. Das Gießkannenprinzip gibt es schon lange nicht mehr. Aber wenn es das Gießkannenprinzip gäbe in der Art, daß man zum Beispiel 400 mittelständischen Betrieben, die die Arbeitsplätze nachweislich halten und neue schaffen (Abg. Gennaro: „Der Rechnungshof hat das voriges Jahr noch geschrieben!“), jeweils 500.000 Schilling in die Hand gäbe, um neue Arbeitsplätze zu machen, ist mir das lieber, als für das KVA-Verfahren 200 Millionen Schilling und damit die ganze Gießkanne auszuschütten. (Beifall bei der ÖVP.) Das, bitte, ist Wirtschaftsförderung, und da ist das Gießkannenprinzip, wenn man es so versteht, wie ich es verstehe, ein gutes Prinzip. (Abg. Gennaro: „Sage das in Donawitz!“)

Meine Damen und Herren, das sage ich gerne in Donawitz, das sagen nämlich die Donawitzer Arbeitnehmer selber. Sie sagen: „Hunderte Millionen sind verhaut worden!“, und das sind bitte mehr Millionen, als der Regionalbeauftragte in der Obersteiermark bekommt. Das ist nämlich auch in Relation zu sehen: Was kostet das eine, und was kostet das andere? Wieviel fließt in Verfahren hinein, die nichts bringen?

Meine Damen und Herren, wenn wir die Wirtschaftsförderung so verstehen, und wenn es Ihnen möglich sein sollte, sich doch einmal auf dieses Gleis zu begeben, daß Sie die Wirtschaftsförderung im Sinne jener Betriebe verstehen, die wirklich Arbeitsplätze schaffen und die wirklich als Unternehmer unter großen sozialen Entbehrungen und ohne zweites Karenzjahr und was weiß ich für soziale Einrichtungen weiterleben und weiterarbeiten, dann, bitte schön, verstehen wir uns. Solange Sie nicht in der Lage sind, diese Gedanken nachzuvollziehen, tut es mir leid. Trotzdem bin ich guten Mutes. (Beifall bei der ÖVP. – 17.39 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Franz Ofner.

Abg. Franz Ofner (17.39 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Vieles hat man heute in diesem Hause gehört, nämlich daß sich die wirtschaftliche Situation in der Steiermark ganz allgemein gebessert hat, daß die Arbeitslosenziffern rückläufig sind. Aber, meine Damen und Herren, das trifft nicht überall in unserem Bundesland zu, wenn ich dabei nur meinen Bezirk Voitsberg in Betracht ziehe. Der Bezirk Voitsberg ist wirtschaftlich in traditionellen Bereichen ausgerichtet, zum Beispiel vor allem dem Kohlenbergbau sowie der Glasindustrie. In den letzten Jahren hat in diesen Bereichen ein großer Einbruch stattgefunden. Vor allem die Situation im weststeirischen Kohlenbergbau ist äußerst angespannt. In den letzten Jahren enormer Rückgang des Kohlenabbaues und natürlich enormer Rückgang an Beschäftigten. Die Ursachen kennen wir sicherlich. Es sind vor allem ausländische importierte Energieträger, zum Beispiel Öl und Gas, die die heimische Kohle zum Teil aus dem Markt verdrängt haben.

Und jetzt kommt noch etwas: In Voitsberg steht ein modernes, mit allen Umweltschutzeinrichtungen ausgerüstetes 330-MW-Dampfkraftwerk. Dieses Kraftwerk wurde nach Feststellung ausreichender Kohlevorkommen von den Österreichischen Draukraftwerken mit der Zielsetzung erbaut, meine Damen und Herren, die im weststeirischen Revier geförderte Kohle einzusetzen. Leider wurde dieses Kraftwerk, das – wie bereits erwähnt – mit den modernsten Umweltschutzeinrichtungen ausgestattet ist, in den letzten Jahren nur zum Teil seiner möglichen Kapazität eingesetzt, weil man natürlich den Strom billiger mit ausländisch importierter Energie in unserem Bundesland erzeugen kann und oftmals auch mit importierter Kohle, die mehr Verschmutzung anrichtet als unsere schwefelarme Köflacher Braunkohle.

Ich möchte jetzt auf eine Richtung, was uns als Bergarbeiter auch bewegt, eingehen. Wir wissen und wir kennen den Smog und die Luftverschmutzung an kalten Wintertagen in Graz. Es ist uns hinlänglich bekannt, und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Fernwärmeausbau in Graz stark forciert werden wird. Landesrat Dipl.-Ing. Schaller hat in dieser Richtung heute ja dies schon erwähnt und hat auch entsprechende die Ziffern und Prozentsätze des erwarteten Bedarfswachses an Fernwärme der Stadt Graz zum Ausdruck gebracht.

Meine Damen und Herren, eine namhafte Firma hat der steirischen Arbeiterkammer eine Machbarkeitsstudie zur Verfügung gestellt, aus der hervorgeht, daß eine Fernwärmeleitung von Voitsberg nach Graz technisch machbar und unter bestimmten Voraussetzungen rentabel betrieben werden kann. (Abg. Pinegger: „Wir haben einen Antrag gestellt!“) Der wurde bereits gestellt. Ich fordere daher jene, die sich bereits mit der Produktion und dem Vertrieb von Fernwärme befassen, zum Beispiel die landeseigene STEWEAG, auf – und hier vor allem aber auch den Eigentümervertreter unserer Landesgesellschaft, den Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer –, sich mit diesem Problem zu befassen, die Finanzierung zu ermöglichen und daß auch unter Umständen doch für den weststeirischen Bergbau, der sich in großen Schwierigkeiten befindet, hier eine Hilfestellung in einer solchen Form, die auch der Bevölkerung der Stadt Graz nützen würde, erfolgt. Glück auf! Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 17.45 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Rupp das Wort.

Abg. Dr. Rupp (17.45 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich freue mich, daß ich hinter dem Kollegen Ofner aus Voitsberg zum Sprechen komme. Im Zuschauerraum befinden sich die Wirtschaftsvertreter des Bezirkes Voitsberg, und der Kollege Ofner ist auch einer, der die Kooperation sucht. Es gibt eine hervorragende Wirtschaftsoffensive in Voitsberg. Ich freue mich, daß es der Zufall will, daß ich jetzt hinter dem Kollegen Ofner am Rednerpult stehe. Ich möchte nur ganz kurz persönlich zu einem kleinen Kapitel in der Gruppe 7 Stellung nehmen. Das ist jene Gruppe, die sich mit Bildung und Beratung beschäftigt. Ich glaube, daß diese an und für sich in Zahlen kleine Gruppe sehr viel

um sich im Umfeld hat. Ich glaube, dort bewegt sich sehr viel zur Förderung des eigentlichen Humankapitals.

Der Erfolgsfaktor Nummer eins in der Wirtschaft ist heute ein ausreichendes Angebot beruflich qualifizierter Arbeitnehmer. Die Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt zeigen aber, daß unsere bisherige Bildungspolitik teilweise an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes vorbeiproduziert hat. Mit Ausnahme etlicher Lehrberufe und bestimmter technisch orientierter höherer berufsbildender Schulen kennen wir heute auf dem Bildungssektor das Phänomen der Überversorgung, aber auch das der Unterversorgung. Dieses Phänomen ist normalerweise typisch für das Wirtschaftssystem der Zentralverwaltungswirtschaft – meine ich –, wo eine Bürokratie an den Bedürfnissen des Marktes vorbeiplant. Man muß sich jetzt die Frage stellen, beruht unsere derzeitige Bildungsmisere auf Fehlplanungen, und welche Instrumente zur flexiblen Anpassung von Angebot und Nachfrage müssen schleunigst entwickelt werden, um diesen Fehlinvestitionen des öffentlichen Bildungswesens und die Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt künftig zu vermeiden? Meiner Meinung nach müssen sich diese Lösungsansätze auf drei Ebenen bewegen: Erstens ist das System der Berufsinformation der Jugendlichen und der Eltern entscheidend zu verbessern und zu verbreitern. Mit falschen Erwartungen muß ebenso aufgeräumt werden wie mit Fehleinschätzungen der eigenen Begabung oder auch der Blockierung der Berufswahl für bestimmte Berufe, da die negative Imagebildung vorherrscht, etwa insbesondere in verschiedenen Bereichen der Facharbeiter.

Zweitens: Auf der Ebene der Schultypen erwarte ich mir mehr Wahlmöglichkeit, und es ist auch eine Flexibilität anzustreben. Den Jugendlichen sind durch das Bildungssystem attraktive, flexiblere, aber auch nach oben hin offenere Bildungswege anzubieten.

Drittens: Und auf der dritten Ebene sind die Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung im Sinne eines permanenten Lernens zu fördern und auszubauen.

Sowohl auf der zweiten als auch auf der dritten Ebene soll dabei die Forderung nach einer Entstaatlichung des Bildungsweges Platz greifen. Einrichtungen auf privater Basis, zum Beispiel durch die Wirtschaft, sollen öffentlich-rechtlichen Institutionen zur Erlangung der verschiedenen Qualifikationsniveaus gleichgestellt werden. Ich habe auch dieses Thema schon einmal hier im Hause erwähnt. Auf allen drei Ebenen aber gibt es bereits erfreuliche Lösungsansätze und Reformideen. Ich darf hier ebenso auf die grundsätzlichen Überlegungen unseres Präsidenten des Steiermärkischen Landesschulrates, Abg. Dr. Schilcher, verweisen, wie auch auf die konkreten Maßnahmen und Vorhaben des Wirtschaftsförderungsinstitutes der Handelskammer Steiermark, welches gemeinsam mit dem Land Steiermark und der Arbeitsmarktverwaltung eine Reihe von praxisbezogenen Ausbildungslehrgängen entwickelt hat. In der Lebenspraxis, meine Damen und Herren, geht es vor allem darum, wie der Mensch sich selbsttätig auf Basis seines Grundwissens das erforderliche Spezialwissen erarbeitet und bei der Lösung von Aufgaben umsetzen kann. Hauptziel einer zeitgemäßen Bildungspolitik sollte heute wohl die Vermittlung genereller und spezieller Fertigkeiten

sein. Unter genereller Fertigkeit verstehe ich die Fähigkeit zum permanenten Lernen, logische und kreative Denkschulung, Rhetorik und kulturelle Aufgeschlossenheit. „Spezielle Fertigkeit“ bedeutet nicht nur Wissen, sondern auch die Ermöglichung seiner praktischen Anwendung.

Einzelne konkrete Maßnahmen seien hier erwähnt: Auf der von mir genannten ersten Ebene der Ausweitung des Berufsinformationssystems ist besonders zu begrüßen, daß mit maßgeblicher finanzieller Mithilfe über die politische Referentin, Frau Landesrat Klasnic, in der Wickenburggasse eine Berufsinformationszentrale geschaffen wurde. Das ist eine sehr wesentliche Ergänzung zu den bisherigen Informationsmaßnahmen der Arbeitsmarktverwaltung, aber auch der Handelskammer. Zweifellos für uns eine sehr wertvolle Investition. Auf der zweiten Ebene, der Schaffung flexiblerer Ausbildungswege, möchte ich besonders das Bildungskonzept des WIFI erwähnen, welches durch die Schaffung einer Berufsreifepfung und einer Wirtschaftsakademie sowohl dem Lehrling mit Lehrabschlußprüfung als auch dem Maturanten zusätzliche berufliche Qualifikationsmöglichkeiten bietet. In diesem Bereich kann ich auch einige erfolgreiche Beispiele mittlerer Berufsqualifikation erwähnen. Ich habe auch hier schon einmal das Gewerbe-BORG in Bad Radkersburg erwähnt. Die ersten Absolventen werden im Juni 1990 das Gewerbe-BORG verlassen. Ich habe auch hier schon einmal erwähnt das Ausbildungszentrum Fürstenfeld, das ist auf dem ehemaligen EUMIG-Areal. Es werden dort 25 Lehrlinge in Elektro- und Metallberufen ausgebildet. Ich kann auch hier erwähnen das Elektronik-Kolleg in Leoben, in naher Zukunft Niklasdorf, wo in einem viersemestrigen Maturantenkurs pro Turnus zirka 25 Jugendliche zu Elektronikingenieuren ausgebildet werden. Die Finanzierung erfolgt über das Land Steiermark jährlich mit 2,4 Millionen Schilling. Die Durchführung obliegt dem WIFI der Handelskammer Steiermark. Im Kolleg für Automatisierungstechnik in Graz – das wissen sehr viele nicht – werden ebenfalls in vier Semestern zirka 20 Jugendliche zu Fertigungstechnikern mit Ingenieurabschluss ausgebildet. Im Praxisunterricht fertigen die Schüler in Form eines Projektteams in den WIFI-Werkstätten einen Industrieroboter. Im Rahmen dieser nur beispielhaft aufgezählten Aktivitäten werden also derzeit 295 junge Steirerinnen und Steirer auf dem Hochtechnologiektor mit besten Berufschancen auf einen Berufseinstieg vorbereitet. Im Rahmen dieses WIFI-Maturantenprogrammes werden zirka 140 Maturanten in den Fachrichtungen Außenhandel, Wirtschaftsinformatik, Touristik und Marketing ausgebildet. Auch diese Jugendlichen haben beste Berufschancen. Finanziert werden diese Ausbildungslehrgänge durch die Arbeitsmarktverwaltung und das WIFI der Handelskammer Steiermark. Ich freue mich, daß also hier eine besonders gute Kooperation zwischen Handelskammer, Land und Arbeitsmarktverwaltung herrscht. Auf der dritten Ebene, nämlich jener der permanenten Berufsbildung, möchte ich einem Vorwurf entgegenzutreten, der gegen die Wirtschaft immer wieder erhoben wird. Der Vorwurf geht dahin, daß die Wirtschaft lediglich erwartet, daß das öffentliche Bildungssystem unmittelbar im Berufsleben einsetzbare Arbeitskräfte liefern soll. Das ist sicher nicht der Fall. Ich kann hiezu nur sagen, daß solche Erwartungen der

Wirtschaft mit Ausnahme der dualen Berufsausbildung wohl noch kaum erfüllt werden konnten. In Wahrheit unternimmt aber die österreichische Wirtschaft – und hier auch sehr stark an vorderer Front die steirische Wirtschaft – gewaltige finanzielle Anstrengungen auf dem Sektor der beruflichen Weiterbildung ihrer Mitarbeiter. Zur Zeit führt das Institut für Bildung und Wirtschaft eine umfassende Erhebung über die Bildungsaufwendungen der österreichischen Unternehmen durch. Selbstverständlich können hier in dieser Umfrage nur die größeren Unternehmen erfaßt werden. Angesichts der aber immer kürzer werdenden Halbwertszeit des Fachwissens ist es uns auch klar, daß diese Bildungsaufwendungen der Wirtschaft in Zukunft ständig gesteigert werden müssen.

Meine Damen und Herren, Hoher Landtag! Eine zukunftsorientierte Landespolitik wird neben der Innovations- und Technologieförderung der beruflichen Qualifikationsförderung wohl vorrangige Priorität einräumen müssen. In der Steiermark wurde diese Qualifikationsoffensive bereits durch bahnbrechende Modelle, die auch österreichweit bekanntgeworden sind, gestartet. Ich glaube auch, meine Damen und Herren, daß ich in unser aller Namen sagen kann, daß wir diesen erfolgreichen Weg in gemeinsamer Kraftanstrengung fortsetzen sollen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 17.54 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ussar das Wort.

Abg. Ussar (17.54 Uhr): Frau Präsident! Sehr geehrte Damen und sehr geehrte Herren der Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Der Herr Landesfinanzreferent Dr. Klausner hat in seiner Budgetrede – ich rechne ihm das sehr hoch an – die Probleme der VOEST-Alpine, vor allem in Donawitz ganz besonders in den Vordergrund, an die Spitze seiner Ausführungen gestellt. Wenn heute in einer Budgetrede, in einer Diskussion gesagt wurde, die Frau Landesrat ist die Mutter, er ist der Vater, so bitte ich, daß diese Eltern auf den Raum Leoben und Donawitz sehr gut schauen. Ich glaube, es ist sehr wichtig! In einer Familie ist es ja auch so, wenn ein Kind besondere Zuwendung braucht, dann sind die Eltern für dieses Kind ganz besonders da. Und dafür möchte ich schon im voraus sehr herzlich danken.

Sehr geehrte Damen und sehr geehrte Herren! Der Herr Finanzreferent hat aber auch festgestellt, daß der Aufschwung im wirtschaftlichen Bereich, wie wir alle wissen, momentan recht gut ist, und ich darf Ihnen sagen, ich habe eine Mappe mitgenommen, es war bis jetzt nicht immer erfreulich, was die Bediensteten von Donawitz gehört haben. Bis jetzt gab es ja laufend negative Meldungen über diesen Betrieb. Ich muß Ihnen sagen, kein Unternehmen hält es aus, wenn ständig negativ darüber geschrieben wird. (Abg. Kröll: „Der Betrieb hat viel Positives gebracht!“) Wir freuen uns sehr, Kollege Kröll, daß du bei DSV informiert bist, ich bin auch dort Mitglied und freue mich sehr, daß wir wie überall also auch in diesem Raum wieder tonangebend sind. Ich danke dir für diesen Beitrag.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte damit aber nur sagen, daß man ganz einfach auch einmal den Mitarbeitern in Donawitz sagen muß, danke, was ihr

geleistet habt, nicht nur immer negativ schreiben, denn daß heute das soweit ist, daß in Donawitz das positiv ist, verdanken wir den Mitarbeitern in diesem Betrieb. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte aber auch darauf hinweisen, was vielleicht nicht bekannt ist: Lieber Freund Kollmann, du wirst ja auch gelesen haben, daß gerade in Donawitz momentan der Schienen- und der Walzdrehbereich ganz an der Spitze ist, daß wir ein neues Management haben, daß wir hier sogar an die Spitze heranreichen, und wer weiß, welche Investitionen in Zukunft vor allem in bezug auf die Eisenbahn notwendig sein werden, kann sich vorstellen, daß Donawitz dann sicher wieder eine führende Rolle haben wird, und ich freue mich, daß wir gerade in dieser Technologie in Donawitz, dank des Einsatzes des Managements und der Arbeiter, wieder an die Spitze kommen. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren, und das ist auch untergegangen: Donawitz, das ja in der Presse immer negativ war, bilanziert seit Juli positiv. Wir sind in den schwarzen Zahlen. Was das heißt, wenn man das angeschaut hat, wie dieses Werk behandelt wurde, so können wir sagen: Hut ab, wir freuen uns mit den Mitarbeitern, wir alle freuen uns, daß wir endlich in den schwarzen Zahlen sind. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – Abg. Kollmann: „Schwarze Zahlen sind noch immer besser als rote!“) Kollege Kollmann, ich kann dir da etwas sagen: Ich rede bei Donawitz vielleicht leichter als du. Ich kann das deswegen sagen, weil ich ja mein Studium in Donawitz mitverdient habe. Mein Vater ist Tischlermeister in Donawitz gewesen – leider ist er schon gestorben –, und ich habe fünf Jahre in den Ferien im Hüttenwerk gearbeitet (Abg. Kollmann: „Mindestens so lange war ich auch dort!“), mit den Arbeitern mitbarabert und gesehen, wie schwer diese Arbeit ist, und darum hänge ich an diesem Werk. (Beifall bei der SPÖ.) Man hängt wirklich daran, wenn man selber dort gearbeitet hat und wenn man weiß, wie schwer dort die Leute das Geld verdienen. Da redet man, glaube ich, ein bißchen anders, wenn man selber dort geschwitzt hat und gesehen hat, wie schwer der Schilling zu verdienen ist. (Abg. Kollmann: „Ich habe Eisen getragen!“) Dann ist es fein, dann sind wir in guter Gesellschaft.

Sehr geehrte Damen und sehr geehrte Herren, Donawitz ist ja auch ein Faktor, wenn man denkt: Umsatz 5,4 Milliarden – das ist eine ganz gewaltige Summe. Ich glaube, man muß das auch mit den richtigen Augen sehen. Und wenn wir den Raum Leoben nehmen, wo der Bergbau Seegraben vor 25 Jahren zugesperrt wurde – wir haben das miterlebt –, Hinterberg zugesperrt wurde, daß jetzt auch mit Dezember noch der Milchkhof ausläuft, so sehen wir, daß wir in dieser Region das Problem der Arbeitsplätze sehr, sehr ernst nehmen müssen. Und ich darf Ihnen sagen, daß sich auch der Gemeinderat Leoben ausführlich mit der Situation befaßt hat und daß nun eine einstimmige Resolution des Gemeinderates da ist. Alle Mitglieder im Gemeinderat, SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne und Grün-Alternative, haben dieser Resolution zugestimmt, weil sich alle des Ernstes dieser Situation bewußt sind. Ich darf Ihnen ganz kurz diese Resolution bringen, weil sie mir so wichtig erscheint, weil man spürt, daß dort im Gemeinderat von Leoben diese Einigkeit da ist, wenn

es um dieses Riesenhüttenwerk geht, das ja in der Bedeutung weit über den Raum Leoben hinausstrahlt. Wenn wir 3100 Mitarbeiter rechnen, dann muß man das mal drei nehmen, weil ja ein Arbeitsplatz von Donawitz drei Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft sichert. Ich glaube, darum ist es sehr entscheidend, daß ich hier dem Hohen Landtag diese Resolution ganz kurz bringen darf:

„Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten hat im ordentlichen Gewerberechtsverfahren in letzter Instanz bestätigt, daß beim Probetrieb des KVA-Verfahrens im Hüttenwerk Donawitz die vom Gesetzgeber festgelegten Grenzwerte überschritten werden.“

Und, Kollege Kollmann, du hast mir früher mit Recht gesagt, ich hätte im Vorjahr gesagt, daß ich das KVA-Verfahren begrüße. Ich habe es auch mit dem LD-Verfahren verglichen und daß es noch nicht so weit ist, lieber Kollege Kollmann. Aber es wird ja das Pilotprojekt weitergeführt, und ich sage halt immer eines: Wenn jeder Private, der in der Wirtschaft tätig ist, sofort aufgibt, wenn ihm einmal etwas nicht gelingt, ich glaube, das wäre nicht gut. Und von der Verstaatlichten soll man das verlangen? Wir haben in Leoben eine Montanuniversität mit 2500 Hörern, wir haben fast 500 Professoren, technisches Personal, Wissenschaftler. Ich glaube, daß gerade auch mit dem Technologiepark, den du angerissen hast, Niklasdorf und so weiter, diese Kooperation Hochschule und Industrie gegeben ist, daß es uns doch gelingen wird – unseren Leuten mit Gehirnschmalz –, ein System zu finden. (Abg. Kollmann: „Nur, die Kleinigkeit kostet Hunderte Millionen Schilling!“) Schau dir einmal die internationalen Forschungsinstitute an: Hier kostet es eben Millionen! Aber gescheiter vorher investieren, als nachher die Folgekosten zahlen. Ich bin noch immer optimistisch, weil wir ganz einfach den Optimismus brauchen. Die Frau Landesrat hat selber gesagt: „Optimismus ist das Entscheidende!“ Und der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl hat auch als Unternehmer gesagt: „Optimismus, Vorbild, Einsatzfreude – das muß da sein!“ Ich habe das, und ich glaube, du hast das sicher auch!

Sehr geehrte Damen und sehr geehrte Herren, die Stadtgemeinde Leoben beobachtet diese Auseinandersetzungen, die das Schicksal der 3100 Mitarbeiter betreffen. Das muß man einmal sehen: 3100 Arbeiter! Und ich denke immer, ich bin derjenige, der unter Umständen gekündigt wird, der dann nach Hause gehen muß, wo die Familie da ist, die Frau mit Kindern, und ich muß sagen: „Jetzt habe ich keinen Arbeitsplatz mehr!“ So muß man das sehen! Nicht 3100, jeder einzelne, der da weg muß, ist schon zuviel! Und darum, glaube ich, müssen wir das sehr, sehr ernst nehmen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren, der Gemeinderat der Stadt Leoben sagt weiter, daß aus diesen Feststellungen die berechtigte Forderung abgeleitet wird, daß die Installierung geeigneter Filteranlagen im Hüttenwerk Donawitz zur Fortsetzung des KVA-Verfahrens und damit zur Sicherstellung Tausender Arbeitsplätze keiner weiteren Überlegung bedarf und die Finanzierung zwischen der Republik Österreich und dem Unternehmen selbst zu erfolgen hat.

Ich glaube, das ist ein ganz deutliches Bekenntnis einer Stadt zu ihren Mitarbeitern, zu ihrem Betrieb und

zu einem Hüttenwerk, das ja eine jahrhundertealte Tradition hat. Wir leben ja in einer Gegend, wo wir von Eisen, Erz, Kohle, Stahl ja immer wieder gelebt haben. Und der Kollege Hammer hat die „Eisenstraße“ angerissen. Wenn man das heute historisch betrachtet, ist das ja gewachsen. Wir suchen immer neue Technologien – schauen wir, daß wir die alten Industrien auf den neuesten Stand bringen, und ich glaube, dann ist die Zukunft für unsere Mitarbeiter gesichert! Ich darf ganz kurz noch darauf hinweisen, daß es meiner Ansicht nach notwendig sein wird, neben dem Wasserwirtschaftsfonds auch einmal einen Luftwirtschaftsfonds zu schaffen. Wir wissen, überall macht uns das Probleme. Und ich glaube, wenn wir sehen, welche Erfolge gerade auf dem Gebiet des Wasserwirtschaftsfonds möglich waren, daß wir auch in dieser Hinsicht etwas leisten sollen.

Ich komme schon zum Schluß: Sehr geehrte Damen und Herren, die Arbeitslosenrate in Leoben ist leider noch immer über 6 Prozent. Wir wissen ganz genau, daß wir Altarbeitslose von 400 haben, die sich bis zum Jahresende noch um 200 erweitern werden. Es ist so, daß die Arbeitsplatzsituation nicht die günstigste ist. Ich würde also in dieser Hinsicht vor allem bitten, daß auch weiterhin die Unterstützung des Landes hier gegeben ist, daß weiterhin diese 200 Millionen Schilling für diese Region zur Verfügung stehen, weil sie ganz einfach hier gut angelegt sind.

Und es freut mich die Ankündigung des Herrn Finanzreferenten in dieser Hinsicht, daß er gesagt hat: „Wir werden auch in Zukunft die entsprechenden Mittel mit Kraftanstrengung bereitstellen.“ Ich glaube, das ist in unserem Sinn, diese Kraftanstrengung, damit wir in diesem großen Industriebetrieb diese Arbeitsplätze garantieren.

Ich komme schon zum Schluß: Sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir schauen, daß im Hüttenwerk Donawitz derzeit schwarze Zahlen sind, daß die Mitarbeiter etwas Großartiges geleistet haben, daß die Leute wieder motiviert sind, daß sie wieder Freude an der Arbeit haben – und Sie wissen ja, es geht ja um die Würde des Menschen, und wir alle sind da selber sehr sensibel, wenn es darum geht. Ich glaube, daß wir auch diesen Menschen diese Würde ganz einfach lassen müssen und ihnen sagen müssen: Wir freuen uns als Steiermärkischer Landtag, daß das bis jetzt gelungen ist. Und ich möchte gerade heute, ohne daß ich hier in die Gedenkfeiern des vorigen Jahres zurückfalle, eines schon sagen: Im Jahre 1945 waren es diese Frauen und Männer, die angepackt haben und dazu beigetragen haben, daß es uns heute so gut geht und wir heute so gute Wirtschaftsberichte bringen können. Ich danke herzlich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 18.04 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Göber das Wort.

Abg. Göber (18.04 Uhr): Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren!

Eigentlich wollte ich mich ja nicht mehr zu Wort melden, aber nachdem nur Männer zur Wirtschaft gesprochen haben, glaube ich, muß ich eine kleine Bemerkung dazu machen und vielleicht die andere Sicht der Frau in der Wirtschaft einbringen.

Verehrte Damen und Herren, wir wissen, ein Drittel der Unternehmer sind Frauen. Gar nicht zu reden von der großen Schar der mittätigen Ehefrau, die zumindest oder auch so viel zu Hause zu leisten hat, wie die Unternehmerin. Wir sind alle glücklich, daß die wirtschaftliche Situation in der Steiermark gut ist, und ich möchte schon darauf hinweisen, daß das nicht nur die Männer geschafft haben, sondern eben auch die vielen Frauen in der Wirtschaft. Heute las ich in der „Kleinen Zeitung“, daß man es mit den -innen, also Unternehmerinnen, Schülerinnen, schwer hat und sie den Männern manchesmal das Leben schwer machen. Als Unterton steht wohl dabei „pardon“, und ich hoffe, daß das auch ernst gemeint war. Denn ich glaube, gerade die -innen und die Frauen machen den Männern das Leben nicht immer schwer. Es gibt auch eine schöne Seite. Und zu den -innen, nachdem wir nicht so sehr vom wirtschaftlichen Bereich im Landtag oder in anderen Gremien vertreten sind, möchte ich zumindest für die Steiermark sagen, wenn wir nicht an Zahl genug repräsentativ sind, so sind wir es zumindest mit einer Bossin in der Wirtschaft. Und ich glaube, unsere Frau Landesrat als Boss wiegt die Vielzahl der Frauen dann wieder auf! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Verehrte Damen und Herren! Ich möchte das heute hier deponieren, weil es der Wunsch der Unternehmerinnen und der mittätigen Ehegattinnen ist. Wir haben im besonderen kein Problem mit unserer Weiblichkeit. Wir haben auch kein Problem mit unserer Häuslichkeit, und wir haben überhaupt kein Problem mit unserer Tüchtigkeit in der Wirtschaft und auch nicht im Beruf. Wir wollen auch keine Extrabehandlung haben. Nur eines möchte ich noch deponieren: Wir haben vielleicht Zusätzliches zu leisten. Die Unternehmerin stellt sich mit ihren Problemen auf die gleiche Stufe mit dem Mann. Sie will keine Privilegien. Sie stellt sich auch auf die gleiche Stufe mit jeder berufstätigen Frau. Nur eines muß man zusätzlich sagen: Sie kennt keinen begrenzten Arbeitstag, und sie kennt keine Bevorzugung im Sozialrecht. Das möchte ich nur jetzt noch anmerken. Bitte vergessen wir alle nicht darauf, bei der Landes- und vor allem jetzt bei der Bundesgesetzgebung, daß auch eine Unternehmerin Mutter oder Großmutter ist, daß wir auch ihr eine soziale Leistung, ob Karenzjahr oder, oder, was immer es ist, daß wir die Unternehmerinnen hier nicht voll ausschließen. Verehrte Damen und Herren! Wie gesagt, keine Sonderstellung, aber auch nicht vergessen auf uns! Danke schön! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 18.09 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Rader das Wort.

Abg. Mag. Rader (18.09 Uhr): Seid auch schon müde, also werden wir das schnell machen! Frau Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Ich war mir ja nicht so ganz sicher, was mit diesem Appell zu den -innen jetzt tatsächlich herauskommt. Ich habe schon befürchtet, das ist der Ansatz einer internen Selbstkritik im Zusammenhang mit der Wirtschaftsführung, mit der Ressortführung. Aber es war ja doch nicht so. Es ist ja auch schwer, Frau Kollegin, zu einem Zeitpunkt der Hochkonjunktur, da werden die Wirtschaftsförderungsdebatten natürlich zahmer. Da wird die Kritik leiser, und das Lob wird lauter, weil sie

funktioniert. Es können zwar nicht alle dafür, daß es funktioniert, aber es ist so. Es ist natürlich auch selbstverständlich, daß diejenigen, die der Ressortlandesrätin anhängen, positiver agieren und die anderen ein bißchen negativer agieren. Aber der Kollege Harmtodt ist jetzt nicht da. Wie der Kollege Harmtodt plötzlich die allerhöchsten Loblieder zu singen begonnen hat inklusive der steigenden Geburtenrate, wobei er nicht dazugesagt hat, hat er etwas dazu beigetragen in den letzten Jahren oder nicht, wie auch immer. Und, Frau Kollegin, weil ich da blöderweise in der Zeitung habe lesen müssen, nur weil ich mich versucht habe, ein bißchen zurückhaltender zu geben in letzter Zeit, in diesen Tagen, daß ich eigentlich schon abgetreten bin, sind vermutlich demjenigen, der es geschrieben hat, ein paar Zitate abgegangen, ist mir wieder einmal ein Eugen Roth eingefallen, damit wenigstens einmal in dieser Budgetdebatte der Eugen Roth zum Zuge kommt. Sie kennen sicher dieses besondere Lob des Kollegen Harmtodt, wie alles so super ist, da ist mir das „Schnitzel“ eingefallen. Kennen Sie das „Schnitzel“?

„Ein Mensch, der sich ein Schnitzel briet, bemerkte, daß es ihm mißriet. Jedoch da er es selbst gebraten, tut er als wär' es ihm geraten. Und um sich nicht zu strafen Lügen, ißt er 's mit herzlichem Vergnügen.“

Meine verehrten Damen und Herren! So ist es ja meistens mit Dingen, die man besonders übermäßig lobt. Es ist viel Gutes dabei. Also ein bißchen Vergnügen darf man ja im Augenblick wirklich haben, das gestehe ich zu. Aber so optimal ist diese Geschichte nicht, auch im Grenzland nicht. Und das hat ja Präsident Ing. Stoisser, der ein wunderschönes Bild gebracht hat, nur bei den Bildern muß man immer aufpassen, daß man sich nicht irrt. Präsident Ing. Stoisser hat – wie ich gehört habe – erläutert, daß Kollege Trampusch unrecht hat, wenn er sagt, gesunden gilt nicht, vom Bild her schon richtig. Da hat der Präsident Ing. Stoisser erläutert, daß die Situation eigentlich so ist, daß ja jeder Arzt einen Kranken dadurch am besten heilt, indem er ihm erzählt, daß er so gesund wird. Das stimmt alles. Der Präsident Ing. Stoisser hat das im Zusammenhang mit dem Grenzland gesagt und hat dabei übersehen, daß, wenn ich einen Arzt brauche und der zureden muß, muß ich auf jeden Fall auch einen Kranken haben. Und genau das bestreiten Sie ja die ganze Zeit in den letzten Monaten, daß es im Grenzland krankt. Übrigens, alle Studien zeigen, daß es natürlich Probleme hat, und natürlich muß man in einer Situation der Hochkonjunktur warnen, daß nicht wiederum – das haben einige Redner heute schon gesagt – versäumt wird das Nachholen der strukturmäßig natürlich schwächer ausgebildeten Gebiete an die stärkeren Gebiete.

Das hat überhaupt nichts damit zu tun, daß die Leute unten arm sind, um Himmels willen! Sondern die Struktur ist arm! Die Struktur ist schlecht! Und die besten Studien, die sagen, die Selbstkraft im Aufbau muß hervorgehoben werden, zum Beispiel auch im Fremdenverkehr, mit dieser Grenzlandstudie, die die Frau Landesrat freundlicherweise heute morgen zustellen hat lassen, sagen ja auch, das funktioniert nur dann, wenn ich diese Kraft in der Region habe. Und da sagt ja leider die ÖROK, daß wir in dem südlichen

Steiermarkbereich, insbesondere in Radkersburg, von der Selbständigkeit her, das heißt, von der wirklich in der Region noch vorhandenen Innovativkraft, leider in ganz Österreich auch hinten sind. Das ist die Problematik. Du kannst dich an dem eigenen Schopf aus dem Sumpf nur dann ziehen, wenn du noch einen Schopf hast. Wenn du schon eine Glatze hast, tust dir natürlich ein bißchen schwer. Das ist die Problematik, meine verehrten Damen und Herren! Aber wie auch immer, ich mache nur einige wenige Anmerkungen – es sind nicht lauter Glatzerte, du zum Beispiel – Gott sei Dank – nicht. (Abg. Ing. Stoisser: „Es sind nicht lauter Glatzerte!“) Gott sei Dank nicht, probiere es, andere haben schon eine, und irgendwann wird es bei uns auch einmal so weit sein.

Meine verehrten Damen und Herren, ich möchte eigentlich nur einige wenige Anmerkungen, Marginalien, machen im Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderungsdiskussion. Insbesondere dort, wo wir ein bißchen widersprüchlich sind.

Punkt 1, KVA: Bitte herzlich, da kann ich ja denjenigen in der linken Reichshälfte, die darüber jubeln, daß Gott sei Dank die KVA-Mittel doch noch im Budget sind, nicht so gut zustimmen. Bitte, was wollen Sie damit tun? Ich kenne in der Zwischenzeit eigentlich niemanden mehr, wirklich niemanden mehr, der guten Gewissens sagt, die Geschichte läuft noch. Der Kollege Kollmann hat das als ungeordneten Rückzug aus Donawitz bezeichnet. Das weiß ich nicht, ob das geordnet oder ungeordnet war, Rückzug ist es jedenfalls. Darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Diese 40 Millionen sind noch immer drinnen. Und ich habe versucht, im Finanz-Ausschuß herauszuerfragen aus der Frau Landesrat, warum die wirklich drinnen sind. Weil sie noch glaubt, daß die Geschichte funktionieren kann oder weil es eine bindende Vereinbarung gibt, nach der sie das hineintun muß. Wenn es eine solche Vereinbarung gäbe, nach der sie das hineintun muß, wenn es eine solche Vereinbarung gäbe, dann wäre das Land vertragsbrüchig, wenn das nicht drinnen steht. Sie wissen natürlich alle, die Frau Landesrat hat es geschafft, auf fünf Fragen genau dasselbe nicht zu antworten, was ich so schätze an ihr. Das sind eben die Profis. Wir wissen beide, wovon wir reden. Eine derartig bindende Vereinbarung, meine verehrten Damen und Herren, zwischen dem Land Steiermark und der Republik Österreich hätte der Genehmigung dieses Landtages bedurft. Und daher kann es sie gar nicht geben. Es gibt keine bindende Vereinbarung zwischen dem Land Steiermark und der Republik Österreich, zumindest keine, an die der Landtag in irgendeiner Weise gebunden ist. Und daher wäre es natürlich möglich gewesen, unseren Anträgen nachzukommen, die gelautet haben, wenn ihr dort 40 Millionen habt, dann nehmen wir – Frau Kollegin Göber – diese 40 Millionen oder zumindest einen Teil davon und stocken damit alle Förderungspakete auf, die die klein- und mittelständische Wirtschaft betreffen. Das halte ich nämlich für gescheit. Stocken auf, all jenes, was die kleinen Betriebe, die ja auch zu Recht gelobt worden sind heute schon mehrfach und in jeder Sitzung und bei jeder Wirtschaftsdebatte, damit wir ein bißchen mehr für sie tun, insbesondere in diesen Grenzbereichen unten, wo wir sie ja nachziehen müssen. Wo wir ihnen die Möglichkeit geben müssen, besser weiterzu-

kommen und in der Zeit der Hochkonjunktur Anschluß zu finden an die anderen Bereiche.

Meine verehrten Damen und Herren, da fällt mir ein, was der Kollege Kollmann gesagt hat. Er hat über die ganzen Wirtschaftsansiedlungsbereiche, Industrieparks, Wirtschaftspark geredet und hat drei Dinge genannt. Zwei in seinem engeren Leobner Bereich und die dritte Geschichte in Zeltweg. Damit hat er jenen Auftrag an die Firma Job-Creation gemeint, der im Augenblick in Zeltweg ja läuft. Gerade heute haben wir ja in der Obersteiermark-Ausgabe in der „Kleinen Zeitung“ wieder eine Meldung: „Wieder neue Jobs in Zeltweg“ – Das ist das Ansiedlungsprojekt der Firma Job-Creation. Ich will ja bitte jetzt wirklich nicht genau in denselben Fehler verfallen wie alle und sagen: „Wir sind die Größten!“ Aber eine kleine Genugtuung bereitete mir diese Geschichte schon. Ich kann mich erinnern, wie ich im Jahr 1985 zum ersten Mal damit angefangen habe, bin ich ausgelacht worden, und die Gewerkschaft hat sowieso gesagt: „Der soll damit baden gehen; die tun ja eigentlich nur staatliche Gelder einem privaten Unternehmer in den Rachen schütten, und im Endeffekt wird nichts herauskommen.“ Dann hat sich in der Zwischenzeit auch – das sagen wir nur historisch – die ÖVP abgesetzt gehabt. Und wenn der Kollege Kollmann heute sagt, daß das alles „klasse“ Projekte sind, die funktionieren, dann muß ich sagen, vor zwei Jahren hat er in Wahrheit anders geredet. Vor zwei Jahren hat er – (Abg. Ing. Stoisser: „Passiert dir auch!“) wart, ein bißchen, ich sag's dir gleich – zum Projekt „Job-Creation“ gesagt: „Mißratene Kinder pflegen das Geld ihrer Eltern auszugeben, ohne etwas dafür zu leisten.“ Aber das hat er ja auch nicht erfunden, Herr Präsident Stoisser. Das hat ihm sein und dein großer Chef, der Herr Landeshauptmann, in den Mund gelegt. Denn der Herr Landeshauptmann hat auch im siebenundachtziger Jahr gesagt – da ist es darum gegangen, weil der Kollege Weilharter gesagt hat: „Wir haben die Vaterschaft für dieses Projekt“ –: „Das ist keine Frage der Vaterschaft, die können Sie gerne haben“ – danke schön für diese Vaterschaft –, „das ist ein mißratenes Kind.“ Ist es nicht, meine verehrten Damen und Herren! Auch die Frau Landesrat hat in der Zwischenzeit freundlicherweise in der „Kleinen Zeitung“ vom 30. November dieses Projekt gelobt.

Und weil es sich heute schon so gut mit den Pointen ausgeht: Sie hat in einer Phase den Vater zugelassen – das war, glaube ich, der Vollmann – und hat die Mutterschaft übernommen. Liebe Frau Landesrat, weil wir uns in der Zwischenzeit – (Landesrat Klasnic: „Mit Dr. Klauser!“) ah, mit Dr. Klauser, Entschuldigung! – einig sind, daß das Projekt der Firma Job-Creation gescheit, gut und wirklich „klaß“ ist, biete ich Ihnen die Adoptivmutterschaft dieses Projektes an. Die Vaterschaft kann ich nicht mehr abstreiten – ich bitte um Entschuldigung –, ich gestehe sie auch in diesem Bereiche ein.

So, meine verehrten Damen und Herren, abschließend noch ein paar Bemerkungen, angeregt durch den Herrn Präsidenten Dr. Pfohl, zur Wirtschaftsförderung überhaupt. Jawohl – und es haben auch andere gesagt –, ich stehe auf dem Standpunkt, daß man zu Beginn des Privatisierungsprogrammes zuerst die Wirtschaftsförderung völlig privatisieren sollte. Das heißt

jetzt bitte nicht, daß die Leute, die dafür tätig sind, schlecht arbeiten – überhaupt nicht, gar nicht –, nur, es ist vom Ansatz her, wenn man ernsthaft und glaubwürdig die Privatisierungsdebatte vorantreibt, dann muß man zuerst dort beginnen, wo eben der Kern dieser ganzen Geschichte ist, nämlich bei der Wirtschaftsförderung selbst. (Abg. Ing. Stoisser: „Jawohl!“) Und ich bin der Meinung, daß die Wirtschaftsförderung so, wie ich der Meinung bin, daß die Betriebsansiedlungen eine Privatfirma machen soll, die mit ihrem Erfolg selbst haftet – Erfolgshaftung hat –, von einer Organisation durchgeführt werden soll, die zumindest privatwirtschaftlich organisiert ist. Bitte, Ausgliederung nur unter genauer Gluckhennhaltung des Landes, das wird ein bißchen zu wenig sein. Der Kollege Gennaro ist nicht da. Das wird zu wenig sein! Ich weiß schon, ihr habt da eine ideologische Barriere, über die bis jetzt bei euch nur der Herr Landesfinanzreferent hinweggekommen ist, weil er nämlich weniger ideologisch denkt, sondern mehr praktisch. Das schätze ich ja so an ihm. Das verstehe ich jetzt natürlich schon, daß ihr darüber nicht hinweg könnt. Aber das ist der erste Schritt, der gemacht werden muß, wenn man glaubwürdig sein will: völlige Privatisierung der Wirtschaftsförderung. Und damit ist die Geschichte gleich von anderen Voraussetzungen zu starten. Ich bin überhaupt der Meinung, daß wir viel mehr privatisieren sollen, als Sie in Ihren Gesprächen jemals herausbringen werden. Trotzdem wünsche ich Ihnen – der Kollege Dr. Pfohl hat ein paar Dinge angedeutet – wirklich viel Erfolg, auch wenn Sie der Meinung sind, es ist Ihnen wichtiger, Sie bringen selbst weniger weiter, als wir mit einer anderen Konstruktion mehr weitergebracht hätten. Da können Sie halt nicht über Ihren Schatten springen, das wird halt ganz einfach so sein. Ich verstehe das auch – ich billige das nicht – und hoffe, daß Sie tatsächlich etwas weiterbringen. Wir werden Sie jedenfalls ständig einmahnen.

Und abschließend noch einen Satz, der ja gerade in der Weihnachtszeit nicht uninteressant ist. Wir erleben eine Situation, in der es, zugegebenermaßen durch einen Geschäftsordnungstrick, aber immerhin, gelungen ist, die Frage der Ladenöffnungszeiten einmal völlig offen und ungeregelt zu haben. Ja, und bitte schön, meine verehrten Damen und Herren, ist eigentlich (Glockenzeichen des Präsidenten.) die Welt in diesen Tagen zusammengebrochen, in denen wir kein Ladenschlußgesetz gehabt haben? Ist wirklich die Welt zusammengebrochen? Sind die Arbeitnehmer völlig bis ins letzte Mark ausgebeutet worden, und sind auf der anderen Seite die Gewerbetreibenden zusammengebrochen, weil sie befürchtet haben, Tag und Nacht offenhalten zu müssen?

Nein, gar nichts ist geschehen! Frage, meine verehrten Damen und Herren: Ja, wieso regeln wir denn dann, wenn eigentlich eh nichts geschehen ist? Wieso denn? Ich habe mir schon einmal erlaubt, in dem Haus zu sagen: Wenn die jetzigen Offenhaltungszeiten, die Sie sich sozialpartnerschaftlich „ausgeschnapst“ haben, eh die besten sind, dann braucht man sie ja nicht fixieren, weil sie dann eh jeder einhalten wird, weil ja jeder Wirtschaftstreibende logischerweise das Beste tut. Und jeder Arbeitnehmervertreter, insbesondere, Frau Kollegin Minder, wenn er Betriebsrat in einem Betrieb ist, denkt ja viel mehr an seinen Betrieb,

als alle – ich bitte um Verzeihung – diese übergeordneten Gewerkschaftsmenschen, die ihre Existenzberechtigung nur darin sehen, daß sie den anderen etwas einreden müssen, was sie in ihren Betrieben tun müssen. Das ist ja die Schwierigkeit! (Abg. Harmtodd: „Da hast du recht!“ – Abg. Minder: „Reden wir zuerst mit den Handelsangestellten, dann sprechen wir weiter!“) Steinige mich nicht! Aber, bitte, ich glaube ganz ehrlich: Wenn es nach mir ginge, würde ich den Betriebsräten vor Ort in den Betrieben viel mehr Mitspracherecht geben, als sie jetzt schon haben – viel mehr! Da brauchen sich die Wirtschaftstreibenden davor gar nicht fürchten, weil die denken eh an ihren Betrieb. Dafür – bitte um Entschuldigung – würde ich das ganze übergeordnete Zeug, das sich da durch die Gegend funktioniert, völlig ersatzlos abschaffen, und ihr würdet sehen, es wäre für die Arbeitnehmer in den Betrieben viel besser, als es jetzt im Augenblick geht. Und daher sage ich, bitte: Nachdem es ja eh nicht gescheit ist, daß zwei Leute in der Steiermark, nämlich einer da und einer da, wissen, was für jeden einzelnen Betriebsinhaber und jeden einzelnen Handelsangestellten in der ganzen Steiermark das Gescheiteste ist, brauchen wir keine Regelung. Lassen wir doch um Himmels willen die Arbeitnehmer mit dem Betriebsinhaber sich das „ausschnapsen“ und mit den Kunden! Die werden alle drei gemeinsam die optimale Lösung finden. Da brauchen wir kein Gesetz und keine Verordnung und keinen Landesrat und keinen Landeshauptmann! Lassen wir das doch! Die Menschen sind doch viel vernünftiger als diese, die das ausregeln, jemals glauben. Glaubt mir das! Und in diesen paar Tagen ist nichts zusammengebrochen, und wenn wir das weiter auch nicht regeln, wird auch nichts zusammenbrechen. Glaubt mir das! Das einzige ist, daß der Kollege Rainer keine Gelegenheit mehr hat, mit dem Megaphon durch die Gegend zu gehen und irgend etwas durch die Gegend zu schreien. Okay, das sehe ich ein. Damit hat er weniger zu tun, wird er auch etwas anzufangen wissen mit der Zeit. Glaubt mir das, wenn wir es nicht regeln, ist es wahrscheinlich für alle viel gescheiter, insbesondere für die Konsumenten. Und ich bitte um Entschuldigung, nachdem die Arbeitnehmer hier vertreten werden und die Gewerbetreibenden hier vertreten werden, lege ich dieses Wort für die Konsumenten ein. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 18.25 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger das Wort.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger (18.25 Uhr): Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Unser Kollege Mag. Rader ist tatsächlich ein großer Schnitzel-Freund, denn dieses Schnitzel-Zitat haben wir vor zwei oder drei Jahren hier an dieser Stelle auch schon gehört. Darum war es für uns eigentlich nichts besonders Neues.

Zum KVA-Verfahren möchte ich sagen: Ich möchte mit Ussar hoffen. Alles, was möglich ist, wird ja sowieso getan werden, auch die Förderung des Landes wird kommen, wenn sie sinnvoll ist. Das wissen wir. Darum kann man nur hoffen, daß es gut ausgeht.

Kollege Rader, die Job-Creation: Ich kann mich erinnern, da bin ich auch hier gestanden und habe dir gesagt: „Von unserer Seite aus, wenn es gut ist, wird es sicherlich akzeptiert werden“, und das scheint jetzt ja der Fall zu sein, und ich freue mich darüber.

Wenn man die Sorgen des Kollegen Ofner um den Bezirk Voitsberg gehört hat und die vom Kollegen Ussar, fragt man sich natürlich: Warum? Weshalb? Wieso? Und jetzt werde ich unangenehm, Schrittwieser, denn die Frage nach dem Warum, Weshalb, Wieso, die tut euch unendlich weh, denn alle Anklagen, die heute erhoben worden sind, sich ja zurückführen lassen, und da gibt es gewisse Ursachen. (Abg. Rainer: „So sklerotisch bist du noch nicht, daß du wieder so beginnst!“) Ihr braucht nur die „Solidarität“ lesen. Wer die „Solidarität“ von euch liest, der weiß, warum die Bevölkerung teilweise heute noch in Sorge ist und warum wir mit so vielen Problemen zu kämpfen hatten und noch kämpfen müssen. Ich kann es euch leider nicht ersparen; es waren unrentable Produktionen, die aufrechterhalten wurden, weiters nicht durchgeführte notwendige Rationalisierungen, Umstrukturierungen und Investitionen. Statt eines modernen Konzeptes gab es in der Obersteiermark ein Weiterwursteln. „Solidarität“, Thomas Lachs, euer Spezialist für wirtschaftliche Fragen. Und das ist die Antwort. Und das wissen auch die Leute, daß es deshalb nicht geht. Ich weiß, ihr wollt es nicht hören!

Einige Worte zum lieben Herrn Gennaro. Lieber Gennaro! (Abg. Günther Ofner: „Über dich hört man seit zehn Jahren nichts!“) Bei dir sieht man die Zwiespältigkeit, in die ihr heute in der SPÖ leider gekommen seid. Du sprichst von einem Armutszeugnis, wenn wir von einem Württemberger Unternehmen Konzepte übernehmen und wir Kooperation mit einem Land in Deutschland betreiben, das vorbildlich ist. Da würde ich sagen, Herr Gennaro, kein Armutszeugnis, sondern weit vorausschauend, weil es ja letzten Endes allen zugute kommt.

Das Zweite, was mich geärgert hat, „daß Burgstaller die Arbeitsplätze relativ wurscht sind“. Also, wenn man so etwas hier an dieser Stelle ausspricht, dann ist das außerordentlich diskriminierend. Ich weise das – ich glaube, hier spreche ich für viele deiner Kollegen – auf das schärfste zurück.

Und das Dritte, lieber Freund Gennaro, du machst dir Sorgen, daß die Frau Landesrat (Abg. Gennaro: „Für sie brauchst du nicht sprechen, sie kann selber reden!“) die Sorgen der Gewerbetreibenden nicht kennt. Das ist ja der Höhepunkt an seelischer Zerrissenheit (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Bravo!“), wo doch jeder weiß, daß sie die Sorgen der Gewerbetreibenden aus persönlichen Erlebnissen besonders gut kennt und daß sie gleichzeitig auch die Sorgen aller anderen Bevölkerungsgruppen dieses Landes kennt. (Abg. Gennaro: „Du mußt geschlafen haben. Lies im Protokoll nach, was ich gesagt habe!“) Dann sagt er immer – ich habe genau mitgeschrieben, ich habe überhaupt nicht geschlafen, das kannst du nachlesen!

Dann sagt er, die SPÖ sei in einer Hochkonjunktur, weil die Zwischenrufe von der ÖVP so laut gewesen sind. Auch eine Feststellung, die ich dahin gehend auslegen möchte, daß bei euch wirklich keine Hochkonjunktur herrscht, denn sonst gäbe es nicht so viele Austritte (Abg. Hammer: „Aus dem ÖAAB!“), dann

gäbe es nicht soviel Verlust an Ansehen bei den obersteirischen Stahlpensionisten, das immer noch wächst. Es gäbe auch nicht soviel Verlust bei allen anderen Bevölkerungsgruppen, weil alles, was ihr so an Negativem bringt, momentan wirklich nicht in die Zeit hineinpaßt. (Abg. Schrittwieser: „Zum Beispiel?“) Aber, meine Herrschaften! (Abg. Trampusch: „Das ist mir neu, daß du dir um uns Sorgen machst!“) Mache ich mir immer! Bist ja ein lieber Freund! (Abg. Trampusch: „Freut mich!“) Aber diese neue SPÖ, die heute vor uns sitzt und steht, die dürfte in ihrer neuen Führung vielleicht doch psychologisch nicht so ausgezeichnet sein (Abg. Günther Ofner: „Besser!“), wie man hofft, denn in der „Neuen Zeit“ schreibt der neue Chef Schachner-Blazizek, daß die Regionalpolitik, wie sie in der Obersteiermark praktiziert wird (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Franz, ihr seid zu wenige!“), alle Steirer ärmer gemacht hat. Das sagt euer neuer Chef im Gegensatz zu allen oder vielen Aussagen, die von euch Gott sei Dank auch objektiverweise getroffen worden sind. Die Leute sind nicht ärmer geworden, das stimmt nicht, sondern die Leute sind in eine Notsituation hineingekommen, verursacht durch die falsche Politik. Die Leute haben aber wieder Optimismus bekommen, weil die steirische Wirtschaftspolitik und die Bundespolitik besser verläuft als sie von euch dargestellt wird. (Beifall bei der ÖVP.) Ich bringe euch nur ein Beispiel: Ich bringe euch jetzt, um diesen Schachner-Blazizek Ausspruch zu relativieren, andere. Der Bürgermeister von Mürzzuschlag zum Beispiel, der miterleben mußte, daß die VEW total niedergegangen ist, der hat erklärt, daß Teile des Werkes – und jetzt, lieber Schrittwieser, paß auf – sehr erfolgreich privatisiert wurden. Er strahlt jetzt Optimismus aus, denn es sind neue Betriebe gekommen, und die Arbeitslosigkeit wurde jetzt minimal. Und dann seine ganz besondere Bemerkung – das sagt er öffentlich, und diese Objektivität eines Bürgermeisters anerkenne ich –, daß der Beschluß des Landes, an Mürzzuschlag die Landesausstellung 1991 zu vergeben, zu neuem Optimismus in dieser Region und in dieser Stadt geführt hat.

Und, lieber Gennaro, dieser Bürgermeister wagt es auch zu sagen, daß das Land Steiermark überall vorbildlich mitzieht. Freunde, was sagt ihr jetzt, was sagt ihr nun zu euren meist negativen Aussagen? Hier sagt ein objektiver Mann, daß das Land Steiermark vorbildlich mitzieht. (Abg. Vollmann: „Warum nicht!“ – Abg. Dr. Cortolezis: „Jetzt sagt ihr nichts mehr!“) Schrittwieser, ich wünsche dir auch eine Landesausstellung! Der Bürgermeister sagt, der Landeshauptmann hat sofort entschieden, daß eine Umfahrungsstraße gebaut wird, daß weitere Millionen nach Mürzzuschlag hineinkommen (Abg. Schrittwieser: „Bravo!“), und damit die Aufwärtsbewegung weitergeht. Entgegen eurem Pessimismus. Und nun das Wunder von Krieglach, Freunde! Die Privatisierung ist es gewesen. (Abg. Vollmann: „Da steht es ja drinnen!“) Ja, da steht es schon drinnen, darum muß ich es ja jetzt sagen, Kollege Vollmann! Diese Privatisierung hat Krieglach vor einem drohenden Industriefriedhof gerettet. Aber nicht nur die private Industrie, sondern auch das Gewerbe und der Handel haben in diesem Bezirk und in der Obersteiermark vorbildlichst, optimistisch mitgezogen. Das ist das Wunder dieser Zeit. Nun, Freunde (Abg. Grillitsch: „Sozialdemokraten

heißt das!“), der Klub der sozialistischen Abgeordneten zum Steiermärkischen Landtag hat eine Traueranzeige verfaßt. Eine sehr große, hoffentlich hat sie euch nicht zuviel gekostet. (Abg. Trampusch: „Das ist Zeitungs-förderung!“) Eine Traueranzeige, worin tief bedauert wird, daß die ökosoziale Marktwirtschaft von uns gegangen ist. Freunde, die ökosoziale Marktwirtschaft, sie lebt, sie blüht, sie hat Zukunft. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich hätte, liebe Freunde, einen Vorschlag! (Abg. Trampusch: „Wir hätten es in der ‚Tagespost‘ auch gerne gemacht, aber die gibt es nicht mehr!“) Die hätten sie gar nicht nehmen können, weil das stimmt ja nicht! Die Traueranzeige müßte ja ganz anders lauten: Wir bedauern, daß das sozialistische System der Verstaatlichten von uns gegangen ist. (Beifall bei der ÖVP.) Gestorben am erstarren Zentralismus, an aufgeblähten Wasserköpfen, an den Folgen einer traditionell betriebenen, abschreckend wirkenden Verpolitisierung. (Abg. Trampusch: „Nicht die ÖVP-Aufsichtsratsmitglieder beleidigen!“) Und unten steht: Der Klub der sozialistischen Abgeordneten zum Steiermärkischen Landtag. Und jetzt kommt noch ein Satz dazu, ich darf ihn nicht verschweigen: Im Sinne des Heimgegangenen bitten wir um Spenden zugunsten eines Fonds für nolleidende Generaldirektoren. (Abg. Trampusch: „Ihr habt nur einen versorgt!“) Stellt euch vor, da hätten wir dann wirklich etwas Gutes gemacht. Wir hoffen nur, weil ich vom Bezirk Mürzzuschlag spreche, auch auf ein Wunder in Neuberg, wo es eurem hochverehrten Minister Haiden gelungen ist (Abg. Trampusch: „Sie haben nur einen versorgt!“), den Sägebetrieb von Neuberg praktisch auszuhungern. Wo es ihm gelungen ist, daß 25 Leute seit Jahren um diesen Arbeitsplatz bangen müssen, und wo man nun endlich sagt – auch euer neuer geschäftsführender Obmann –, daß es in diesem Fall notwendig ist, daß privatisiert wird. Da hoffen wir, daß auch dort die Sorgen wegkommen und daß es aufwärts geht.

Jetzt habe ich noch eine Kleinigkeit: Ich möchte euch zweimal Rechberger vorstellen – ist vielleicht auch aktuell. „Neue Zeit“, 11. November 1989: Er spricht von einem schweren Konflikt mit dem Böhler Firmenvorstand und dem Wiener Bürgermeister Zilk, der mitteilt, daß die Friedrich-und-Anna-Böhler-Stiftung, eine seit Jahrzehnten bestehende vorbildliche Sozialeinrichtung, wegen Entfalls von Zuschüssen seitens der VEW beziehungsweise Böhler aufgelöst werden muß (Abg. Vollmann: „Die Böhler-Stiftung ist nicht aufgelöst worden!“), und zwar von Amts wegen. Rechberger in heiligem Zorn: „Niemand! Noch dazu, wo der Zentralbetriebsrat nie eine Zustimmung gegeben hat!“

Rechberger Nummer 2: Zwei Jahre vorher hat derselbe Rechberger mit dem Firmenvorstand unterzeichnet, daß diese Friedrich-und-Anna-Böhler-Stiftung genauso beendet wird. Das war der folgenschwere Klau der VEW-Firmenpension. Das ist das Ende der Friedrich-Böhler-Stiftung – Rechberger Nummer 2. Jetzt könnt ihr euch selbst ein Bild davon machen. (Abg. Rainer: „Zwei Dienstnehmervertreter haben nicht unterschrieben!“)

Und nun möchte ich noch eines bringen, weil heute von euch niemand davon gesprochen hat: Das sind die Stahlpensionisten. Freunde, diese Stahlpensionisten, das sind die wirklich Betrogenen. (Abg. Günther

Ofner: „Die Zeit ist schon um, lieber Professor. Etwas kürzer!“) Ich bin gleich fertig. Und zwar wurde beim Bundestag der SPÖ – (Abg. Günther Ofner: „Die Zeit ist um!“) laßt mich noch kurz das sagen – ein Transparent – (Abg. Trampusch: „Kürzer!“) Nur noch die Stahlpensionisten, das möchte ich doch noch sagen. (Präsident Dr. Kalnoky: „Der Herr Abgeordnete Dr. Eichinger kann noch elf Minuten sprechen. Es sind jetzt 19 Minuten.“) Danke.

Diese Stahlpensionisten sind nicht gerettet worden vom Herrn Gennaro oder vom Herrn Rainer, sondern die haben sich selbst gerettet. Sie haben alles unternommen, um gegen dieses Unrecht (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Die grauen Panther!“) anzukämpfen. Keiner der Politiker ist es. Und ein ganz ehrliches Wort. Ein Zitat: „Stark sind unsere steirischen SPÖ-Freunde eigentlich nie gewesen. Diese brutale Angelegenheit, die uns die Pension gekostet hat, ist schrecklich. Solche Leute, die uns diese Pension genommen haben“ – ein Gasthausgespräch, ich sage es hier – „gehören verjagt“. Jetzt lassen sich die Leute noch feiern, weil wir ihnen einen kleinen Brocken abgejagt haben.

In Wirklichkeit stehen ihnen ja weitere Milliarden Schillinge zu, und es ist richtig und auch verständlich, daß die sogenannten 85 Prozent, die man erreichen soll, nicht erreicht werden, weil die sich sagen: So ein eklatantes Unrecht (Abg. Schrittwieser: „Du bist nicht am laufenden. 88 Prozent haben zugestimmt!“) ist etwas Furchtbares.

„Hätte es die Gemeinderatswahlen nicht gegeben, würde es keine Nationalratswahlen geben, dann hättet ihr die Stahlpensionisten alleingelassen.“ Geschrieben in der „Neuen Zeit“, Chefredakteurstellvertreter Griebel. (Beifall bei der ÖVP.) Das ist die Tatsache, und das wollte ich euch hier sagen.

Und ich möchte euch um eines bitten, Freunde: In dieser Art, wie sich die neue SPÖ darstellt, werdet ihr nicht weiterkommen. Ihr werdet dann weiterkommen, wenn ihr so wie bisher in den meisten Fällen gemeinsam mitzieht und wenn wir gemeinsam sorgen und trachten, daß es dieser steirischen Bevölkerung gut geht und daß diese steirische Bevölkerung das Gefühl haben kann, die Sorgen um die Arbeitsplätze sind Gott sei Dank wieder weg. (Beifall bei der ÖVP und VGÖ/AL. – 18.42 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Der Herr Abgeordnete Rainer hat sich zur Berichtigung gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rainer (18.42 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bedaure es sehr, daß es der Herr Abgeordnete Dr. Eichinger veranlaßt hat, daß zu einer tatsächlichen Berichtigung eine Erklärung abgegeben werden muß. Lieber Karl, du hast wider besseren Wissens hier ausgeführt, daß die Vertreter der Arbeitnehmer bei der Friedrich-und-Anna-Böhler-Stiftung vor zwei Jahren mitunterschieden hätten. In Wahrheit ist es so, daß diese Stiftung einseitig aufgelöst wurde und daß es keine Unterschrift gegeben hat und daß letztlich das auch rechtsgültig dann zurückgenommen werden mußte und der Bürgermeister von Wien zu akzeptieren hatte, daß hier ein formalrechtlich nicht richtiger Vor-

gang gewählt wurde. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Ein Zwischenruf. Darf ich ihn machen?“) Du kannst alles zwischenrufen. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Paragraph 7 des Abkommens vor zwei Jahren – Friedrich-und-Anna-Böhler-Stiftung der Schöller-Bleckmann-Stahlwerke AG.: Die Kürzung der Pensionszuschüsse und die außergerichtliche Vergleichsregelung dieser Betriebsvereinbarung gelten auch für die Pensionisten nach der Friedrich-und-Anna-Böhler-Stiftung. Die Beschlüsse zur Auflösung der Friedrich-und-Anna-Böhler-Stiftung und des Pensionsfonds werden vom Stiftungsrat beziehungsweise vom Verwaltungsausschuß kurzfristig gefaßt und beschlossen. Unterschrieben vom Vorstand Martinovsky, SPÖ, Wessely, Vorstandsleiter derzeit noch in Kapfenberg, SPÖ, weiters unterschrieben vom Zentralbetriebsratsobmann Alois Rechberger. Das geht dann weiter, Klaus Huttenner, Kunzmüller, Peter Marizzi, auch sehr bekannt in der SPÖ, Helfried Fladl, Manfred Schulhofer. Das sind die Unterschriften. Dann ist aber auch diese Regelung in Kraft getreten, lieber Freund Rainer. Ich weiß, du kommst immer, wenn ich rede, aber ich baue meine Reden auf Unterlagen, wie die ‚Neue Zeit‘ und das, was eure Genossen in der ‚Soldarität‘ schreiben, auf!“ – Beifall bei der ÖVP.) Lieber Freund, das klingt alles sehr vernünftig und ist auch von dir, also von der Unterlage her, zu beweisen. Es ist aber leider nur die eine Seite der Darstellung. Die andere Seite müßte dir bekannt sein, daß diese Rechtsform so nicht aufgelöst werden kann, daß eine derartige Vereinbarung in dieser Form überhaupt nicht möglich und zulässig ist und daß die Stiftung rechtswidrig aufgelöst wurde, was auch nachträglich rechtlich so festgestellt worden ist, und die Mittel sind wieder eingezahlt worden. Daher, bitte, ist das keine rechtsgültige Vereinbarung und deine Erklärung hier falsch. Das zum Einen.

Zum Zweiten: (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Neue Zeit‘, 10. November!“) Es ist trotzdem falsch, bitte. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Neue Zeit‘, 10. November: ‚Der Behörde bleiben auf Grund des Verfalls der Zuschüsse seitens der VEW an die Stiftung keine anderen Alternativen!‘“) Wir können jetzt da eine Stunde gegenseitig richtigstellen.

Zum zweiten Problem: Es ist richtiggehend verantwortungslos. Hohes Haus, meine Damen und Herren, es haben sich die Verantwortlichen der ÖIAG auf Grund der Forderung der ÖVP – und ich möchte hier wirklich nicht böse werden –, Riegler wie auch Mock, keinen Schilling mehr für die Arbeitnehmer in der verstaatlichten Industrie bereitzustellen, dazu (Abg. Ing. Stoisser: „Aus dem Steuertopf!“), Herr Präsident, bereit gefunden, sicherzustellen, daß aus den Erträgen der ÖIAG, also aus den erwirtschafteten Erträgen des Jahres 1989, eine letztmalige Befriedigung der Ansprüche der Stahlpensionisten geleistet werden soll.

Und, Hohes Haus, meine Damen und Herren, die Vertreter beider Regierungsparteien haben sich bemüht, hier einen Kompromiß zustandezubringen (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Gott sei Dank!“), und sie haben ihn durch die ÖIAG praktisch umgesetzt, indem der Eigentümer zur Abwendung höherer, allenfalls notwendiger Zahlungen bis zu 10 Milliarden Schilling auch die rechtliche Möglichkeit durch das Parlament erhalten hat, diese einmalige und letztmalige Abfin-

dung zur Auszahlung zu bringen. Und wir haben dann im Wege der Vereinbarung, Betriebsräte, Vereinsvorstände, gemeinsam mit dem Gewerkschaftsbund diesen Abschluß getätigt. Und wir bekennen uns dazu, daß dieser Kompromiß ein tauglicher und für die Dienstnehmer ein tatsächlich akzeptabler ist. Ich finde es schlichtweg unverantwortlich, wenn dieser Kompromiß nur dann zum Tragen kommt, wenn 85 Prozent der Betroffenen ihn auch annehmen können und unterschreiben, daß er dann für die Gesamtheit gilt. Ich muß Ihnen leider entgegenhalten, daß die gegenwärtige Rechtslage nicht so sicher ist, daß man sagen könnte, sie könnten sich auf den Rechtsweg einlassen, sondern sie sind darauf angewiesen, daß es tatsächlich zu einer derartigen Vereinbarung kommt und daß die Unterschriften geleistet werden.

Und Karl, du hast jenen keinen guten Dienst geleistet, wenn du hier polemisiert mit der politischen Absicht, vielleicht wenige Stimmen zu erheischen. Du wirst keine Stimmen dafür bekommen. Du wirst keinen Applaus bekommen, weil dieser Kompromiß ein richtiger, ein notwendiger, ein verantwortungsbewußter und auch von der ÖIAG her – bitte – ein sehr achtbarer Abschluß gewesen ist, den wir anerkennen. (Beifall bei der SPÖ. – 18.46 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hammer (18.46 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Bergbauer in Österreich erlebt derzeit eine stark unterschiedliche Konjunktur. Der Kohlenbergbau kämpft nicht nur mit den lagerstättenbedingten Problemen, sondern hauptsächlich gegen die stark steigenden Importe von billigen Energieträgern, wie Erdöl und Kohle. Es geschieht derzeit so, daß heimische Kohle auf Halde liegt und in der Primärenergieerzeugung Importprodukte eingesetzt werden. Dazu kommen noch Umweltauflagen, welche die heimische Kohle zusätzlich benachteiligen. Der Eisenerzbergbau profitiert zwar mit der guten Stahlkonjunktur mit, die seinerzeit im Erzliefervertrag fixierte Abnahmemenge ist aufgestockt worden, und zwar von 2,3 Millionen Tonnen auf 2,5 Millionen Tonnen für 1990. Diese Mengenerhöhung hat leider nur eine sehr abgeschwächte Auswirkung auf die Ergebnisverbesserung. Den weitaus größten Anteil an der Ergebnisverbesserung haben die Beschäftigten im Bergbau durch Sozialleistungs- und Einkommensverzicht eingebracht. Es gibt auch Bergbaubereiche, die mit der günstigen Konjunkturlage mitverdienen. Dies sind der Talkum-, Graphit-, Wolfram- und Magnesitbergbau. Ein absoluter Branchenführer ist der Bergbaubereich der Bleiberger Bergwerksunion. Auf Grund von organisatorischen Betriebsveränderungen und des stark gestiegenen Weltmarktpreises von Zink konnte diese führende Position erreicht werden. Der Zinkpreis hatte seit dem Jahre 1981 folgende Entwicklung: Pro 100 Pfund zahlte man 1981 38,7 Dollar, 1987 nur mehr 36,20 Dollar, aber 1988 bereits wiederum 56,26 Dollar, und dazu kommt noch das Plus der Wechselkursparität des Dollars. In anderen Bergbaubereichen wurde die Produktion eingestellt oder gar nicht aufgenommen, wie beim Lithiumvorkommen auf der Koraln.

Meine Damen und Herren! Bei unseren mitteleuropäischen Nachbarn ist diese Entwicklung gleichlaufend. In der BRD werden im Kohlebergbau weitere Reduzierungen der Beschäftigten erfolgen. Dazu wird auch der zwischen der IG Bergbau und der westdeutschen Bundesregierung vereinbarte Kohlevertrag nichts ändern, weil zwischen Förderkapazität und Verbrauch ein zu großer Unterschied besteht. Einen Eisenerzabbau gibt es in der BRD nicht mehr. Es gibt überhaupt in Mitteleuropa keinen Eisenerzabbau mehr. Es darf überhaupt festgestellt werden, meine Damen und Herren, daß sich die Bergbauaktivitäten von Europa weg nach Amerika, Kanada, Australien und Afrika verlagern. Die Größe und Reichhaltigkeit dieser Lagerstätten sind dafür ausschlaggebend. Die rücksichtslose Inanspruchnahme der Natur sowie die härteste Ausbeutung der dort Beschäftigten wird von den meist multinationalen Konzernen bedingungslos eingesetzt. Die Kosten für Schiffsfracht sind nur ein geringer Anteil an den Gesamtkosten. Dieses System führt vor allem in Lateinamerika und in Afrika zu großen sozialen und gesellschaftlichen Ungleichheiten und politischer Instabilität.

Meine Damen und Herren! Ich möchte damit nur aufzeigen, daß das geringe Gesamtvolumen der österreichischen Bergbauproduktion kaum einen Einfluß auf die internationalen Marktmechanismen hat. Jedoch – und dies ist gerade in der Steiermark eine sehr große regionale Bedeutung – es muß alles getan werden, daß dem Rückgang der Arbeitsplätze und den Einkommensverlusten rasch vernünftige Alternativen entgegengesetzt werden, die dahin führen, daß eine vielfältige Industrie- und Gewerbestruktur entsteht, und die vorhandenen Fremdenverkehrsaktivitäten müssen dahin gehend unterstützt werden, daß sie sich, verbunden mit der Darstellung der sozialen, kulturellen und technischen Entwicklung des Bergbaues und den natürlichen Schönheiten, zu einer dauerhaften und tragfähigen Belebung dieser Regionen entwickeln.

Im Raume Eisenerz sind wir wieder etwas positiver, denn in unserem Bereich gibt es ausgezeichnete Betriebe. So wird vor allem vom steirischen Erzbergbau große Präzisionsarbeit im bergmännischen Bereich, im Bereich der Dienstleistungen geleistet. VOEST-Alpine-Glas hat eine gute Position im internationalen Markt. Und die Windschutzscheiben vom Eisenerzer Glaswerk gehen bis nach Japan und sind dort in den verschiedenen Automarken, die wiederum nach Europa importiert werden, eingebaut. Vogl & Noot besitzt einen großartigen Stahlbau, und die Firma Villas ist im Maschinenbau, in der Windenergie erfolgreich tätig, genauso wie im Containerbau für Wohnanlagen. Und vielleicht gibt es in der nächsten Zeit ein weiteres Präzisionsstück aus dieser Firma, nämlich einen Formel-1-Motor, der demnächst auf den europäischen und internationalen Rennstrecken auch Karriere machen könnte, also Präzisionsarbeit aus dem Raume Eisenerz, die uns durchaus für die Zukunft Positives hoffen läßt. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 18.55 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Purr. Ich erteile es ihm.

Abg. Purr (18.55 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Wenn ich die Ehre habe, das Schlußlicht zu bilden als letzter Reder in dieser Debatte um die Wirtschaft, so darf ich wohl darauf hinweisen, daß man eigentlich aus allen Reihen spürt – (Abg. Erhart: „Schlußlicht ist etwas Negatives!“) vorläufig ist mir das nicht bekannt gewesen! –, daß sich alle freuen darüber, wenn die Wirtschaft floriert, und daß sich die Leute eigentlich über die verschiedenen Bereiche auseinandersetzen, und es soll auch gerade im Monat Dezember der Handel, von dem man sagen kann „schöner die Kassen nie klingeln“, hier nicht übersehen werden. Es gibt Zeitungen, die schreiben: „Umsatzsteigerungen bis zu 50 Prozent“, und man sieht dann auch wieder Überschriften, die etwa so lauten: „Kleinunternehmer kontra Einkaufszentren“. Alles in allem muß – glaube ich – eines im heurigen Jahr festgestellt werden, die Rahmenbedingungen der Wirtschaft haben sich erfreulicherweise geändert, und vor allem hat die Steuerreform im wahrsten Sinne des Wortes bei den Konsumenten – das sind wir alle – ihren Niederschlag gefunden. Aber, meine Damen und Herren, grundsätzlich ist festzustellen, daß die Versorgungsdichte im Einzelhandel weiterhin fallend ist, und es ist ein Signalzeichen, wenn man die schrumpfende Zahl der Läden pro tausend Einwohner lesen kann. Nämlich, im Jahr 1981 waren es noch acht Läden, 1983 nur mehr sieben. Im Lebensmitteleinzelhandel ist es noch viel erschreckender, weil da waren es 1983 noch 2,2 Läden pro tausend Einwohner, 1988 nur mehr 1,6. Besonders schwer betroffen sind davon alle Lebensmittelgeschäfte bis zu einer Größe von etwa 150 Quadratmeter.

Es ist verständlich, daß eine Strukturereinigung stattfindet, aber dennoch darf ich darauf hinweisen, daß an dieser Entwicklung eigentlich nicht die kleineren und mittleren Unternehmer schuld sind, sondern daß es eben die Expansion einzelner Firmengruppen ist, die das verursacht, dann der steigende Filialisierungsgrad und nicht zuletzt aber auch die Ausbreitung verschiedener Betriebstypen, Fachmärkte, Franchising-Systeme. All das führt dazu, daß hier die Entwicklung besonders rapide eingesetzt hat.

Im Monat Dezember liegen aber die Umfrageergebnisse trotz allem im großen und ganzen positiv. Leidend in der Sparte sind die Drogerien und natürlich die Parfümerien – wie könnte es anders sein. Eine enorme Entwicklung haben in den letzten Jahren eigentlich die Baumärkte genommen, und trotzdem ist hier festzustellen, daß es nicht der Preis ist, der dafür ausschlaggebend ist – die Preisdifferenz des Großen zum Kleinen –, sondern daß hier der Erlebniseinkauf eine ganz beachtliche Rolle spielt, daß es eben an diesem Erlebniseinkauf sehr oft gelegen ist. So hat auch eine Fachzeitung in Österreich einen „goldenen Merkur“ für besonders tüchtige, engagierte Händler geschaffen. Und da ist ein Preis nach Dobl bei Graz gegangen, in eine Gegend, wo man meinen müßte: „Wo ist denn eigentlich Dobl?“ Höchstens die Älteren von uns können sich daran erinnern, daß es dort den Sender Dobl gegeben hat, der inzwischen stillgelegt wurde. Und der zweite Preis für den „goldenen Merkur“ ist nach Judenburg gegangen, wo es einem Unternehmer gelungen ist, ganz besonders werbewirksam zu sein, den Einkauf zum Erlebnis zu gestalten. Er hat eben die

Landesaussstellung im wahrsten Sinne dazu benützt, um sein Unternehmen in den Vordergrund zu rücken.

Meine Damen und Herren, wenn so viel über die großen, kleinen und mittleren Betriebe gesprochen wird, so darf ich darauf hinweisen, daß es in Österreich etwa 122.000 Betriebe sind, die bis zu 19 Beschäftigte haben, die aber insgesamt etwa 530.000 Beschäftigte nachweisen können. Meine Damen und Herren, damit ist aber auch schon unterstrichen, welche Bedeutung der Mittelstand nicht nur als Anbieter hat, sondern eben auch als Arbeitgeber.

Das Nahversorgungsgesetz wurde erfreulicherweise verabschiedet. Es bietet die Basis, um nachfrage-machtbedingte Wettbewerbsverzerrungen auszuschalten. Es gibt das Raumordnungsgesetz, die Einkaufszentrenverordnung. Das klingt alles sehr schön, aber im großen und ganzen können diese Raumordnungen nur etwas verordnen, nur etwas empfehlen, und damit ist eigentlich noch keine wahre Stütze für den mittelständischen Handel, für die mittelständischen Betriebe gegeben.

Das, was aber hier ausgesprochen werden muß, ist, daß es uns als Abgeordnete dieses Landtages einerseits, aber auch den Kommunalpolitikern draußen, ein Anliegen sein muß, daß dieser Mittelstand erhalten bleibt, daß es dort, wo noch intakte Strukturen vorhanden sind, auch mittelständische Betriebe gibt. Wir müssen dieser Sparte Chancen für eine regionale Gliederung bieten. Und in den Planungsbeiräten auf der Bezirksebene ist es wichtig, hier auch mit dem nötigen Verständnis mitzugestalten und mitzuhelfen, daß für alle, für die Jüngeren und für die Älteren, das Angebot stimmt, aber auch, daß dort die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Meine Damen und Herren, was nützt es, wenn am Hauptplatz einer Bezirksstadt zehn Bankfilialen sind, die schönste Beleuchtung wohl installiert wird, und das wirtschaftliche Leben spielt sich draußen, außerhalb der Stadt, ab. Deshalb sei hier an dieser Stelle meine Bitte ganz besonders an alle Verantwortlichen, vor allem an jene, die in der Kommunalpolitik sind, gerichtet, dem besonderes Augenmerk zuzuwenden. Denn letztendlich: Wohin marschieren die Umsätze? Es muß ja unser Anliegen sein, daß das, was die Betriebe an Gewinnen abwerfen, auch reinvestiert werden kann, daß dort auch entsprechende Aufträge an die heimische Wirtschaft weitergegeben werden können.

Und weil ich ein Mandatar des Grenzlandbezirkes Deutschlandsberg bin, erlaube ich mir, auch darauf hinzuweisen, daß selbst das Grenzland in jedem Fall hier auch ein Hoffungsgebiet darstellt. Es war für uns wirklich überraschend zu hören, daß das Finanzministerium in Wien beabsichtigt, verschiedene Grenzübergänge zu schließen. Und ich möchte hier die Gelegenheit auch wirklich benützen, um unserem Präsidenten Stoisser für die Initiative zu danken, nämlich einen Antrag zu stellen, daß die Landesregierung auf das Bundesministerium für Finanzen Einfluß nimmt, daß gerade in diesen Regionen die Grenzübergänge erhalten bleiben, daß man nicht dort noch Zollwachen abzieht, daß man nicht dort mehr die Grenze schließt, sondern daß man das unterstützt, daß die Grenze sich im wahrsten Sinne des Wortes auch öffnet, um sich nicht nur gegenseitig zu besuchen, sondern gegenseitig miteinander auch einen entsprechenden Handel,

einen Warenaustausch, zu betreiben. (Abg. Erhart: „Der Herr Kollege Harmtodt hat mit uns geschimpft, daß wir das Grenzland krankjammern!“) Herr Kollege, Sie haben schlecht zugehört!

Ungeachtet dessen, lieber Freund Erhart, muß es unser Anliegen sein, der Konzentrationstendenz, die in den Bezirksstädten so gerne stattfindet, weil eben scheinbar lukrativ, entgegenzuarbeiten, damit es diese regionalen Zentren weiterhin gibt. Und wenn der Herr Kollege Kohlhammer hier meint, es könnte um etliches besser sein, so glaube ich, daß wir gemeinsam stolz darauf sein dürfen, daß sich gerade im Bezirk Deutschlandsberg regionale Zentren erhalten haben: am Beispiel Eibiswald, Schwanberg, Stainz, Wies und so weiter, während es ja sonst sehr oft der Fall ist, daß eigentlich die Bezirksstadt den Namen hat und rundherum das Land allmählich wirtschaftlich abstirbt. (Unverständlicher Zwischenruf.) Aber da mußte man, lieber Freund Kohlhammer – du weißt es sehr wohl –, auch bereit sein, diese Kompetenzen, die dort im Grenzland Gott sei Dank auch leben, den Leuten auch zuzugestehen, und nicht sagen: Wir fördern sie, wenn sie zu uns kommen, wenn sie von dort, vom Grenzland, abziehen, wenn sie bei uns in der Gemeinde ihren Wohnsitz eben neu einnehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit Verordnungen wird sich nicht viel beleben lassen. Aber wenn man der Wirtschaft die nötige Freiheit gibt und sie nicht versucht, politisch zu gängeln, dann wird es dank der Unternehmer, dank der Initiativen der Unternehmer, möglich sein, dort nicht nur ein Angebot zu erhalten, sondern Lebensqualität zu erhalten, und vor allem wird man überhaupt keinen Anlaß mehr finden, um sich über einzelne Regionen im Grenzland zu beklagen. In diesem Sinne ein steirisches Glückauf! (Beifall bei der ÖVP. – 19.05 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (19.05 Uhr): Der Kollege Purr hat mich heute schon abgeschrieben und hat geglaubt, die haben mich schon von der Liste gestrichen.

Ich danke der Frau Präsidentin, daß ich noch drankomme. (Abg. Erhart: „Gott sei Dank!“) Ja, ich danke ihr, daß ich heute noch die Ehre habe, hier zu sprechen.

Grundsätzlich ist in der Wirtschaftsförderung Vorrang für Überlebentechnologien – das ist eine Forderung seit Jahren von uns – und vor allem für den technischen Umweltschutz. Auf diesem Gebiet gibt es unendlich viele Arbeits- und Lehrplätze, und es ist bedauerlich, wenn wir uns als Steirer, als Österreicher schon hinter dem Know-how der Japaner verstecken müssen, sowohl in der Erzeugung als auch im Vertrieb. Wir haben hier durch eine zielorientierte Förderpolitik in der Steiermark sehr viel aufzuholen. In der Sozialpartnerschaft sind Wirtschaft, Sozial- und Umweltpolitik untrennbar miteinander verflochten. Das Gesundschumpfen in der Verstaatlichten nach Kreiskys Verschwendungspolitik war richtig, hat zum Erfolg geführt. Wir sehen heute, daß kleinstrukturierte Betriebe auch in der Verstaatlichten – kleinere Struk-

turen – flexibler und wesentlich besser geeignet sind, durch zielorientierte Förderung Arbeit zu schaffen und nicht, wie es früher zu Kreiskys Zeiten war, unsinnige Arbeitsplätze vor Wahlen zu versprechen und dann auch einhalten zu müssen. Und das alles mit Steuergeldern. Wir stellen uns vor, daß die Obersteiermark ein Energiezentrum wird. Ein inneralpines, autarkes Energiezentrum, denn die natürlichen Ressourcen sind da. Wir haben Stahl, wir haben Glas, wir haben das technische Know-how, wir haben ausgebildete Techniker, wir haben die Organisation, und ich hoffe auch, die nötige Gehirnenergie der Politiker. Denn die Weststeiermark wäre geeignet für die glasverarbeitende Industrie, vor allem was die ganzen Energiezellen betrifft, die Siliziumzelle, die Fotozelle. Die Obersteiermark wäre prädestiniert zur Verarbeitung durch die vorhandene Struktur. Graz wäre geeignet als weiteres Forschungszentrum und auch in der Verarbeitung. Das gesamte Mürztal hat sich bisher hervorgetan durch den Rohrleitungsbau. Die Verwendung der Energie, der Nahwärme, der Fernwärme ist bekannt bis nach Rußland. Ich glaube, daß hier auf diesem Gebiet die Strukturen wesentlich mehr gefördert werden müssen sowohl seitens der verstaatlichten als auch seitens der privaten Industrie. Wir wissen, daß wir heute auf dem Gebiet der Wasserkraft sehr große Energievorräte haben, wenn es uns gelingt, die Sommerenergie, die sozusagen vorhanden ist, die oft ungenutzt vorhanden ist, die billigst verkauft wird, durch eine Wasserstofftechnologie im Winter sinnvoll anzuwenden. Es ist nur das Problem der Speicherung, und hier gehört Forschung und auch die Anwendung so wie in der Schweiz weiter gefördert. Wir wissen, daß in der Sonnenenergie sehr viele Arbeitsplätze zu fördern sind. Wir wissen, daß wir mit der Biomasseenergie gerade in der Steiermark revolutionierend, weltweit revolutionierend voranschreiten und auch schon vor Jahren die VEW einsteigen wollte in die Biogasproduktion, Biogasreaktoren. Nur sind sie dann aus unerklärlichen Gründen wieder ausgestiegen. Wir haben schon vor zwei Jahren – bitte nachweislich – vor diesem KVA-Verfahren gewarnt. Und zwar nicht nur seitens des Umweltschutzes, sondern daß hier Steuergelder unsinnig, falsch verwirtschaftet werden, daß hier eine absolut falsche Förderungspolitik vorhanden ist. Ich habe im Feber 1988 – das war fast vor zwei Jahren – bei der Staatsanwaltschaft Leoben eine Anzeige wegen Verdacht beziehungsweise wegen Umweltgefährdung, wegen fahrlässiger und vorsätzlicher Gefährdung der Allgemeinheit gemacht. Ich habe auch vor einem Jahr hier der Frau Landesrat Klasnic versucht, die Leviten zu lesen. Ich habe gesagt, ich stehe jederzeit als Techniker zur Verfügung (Abg. Trampusch: „Das ist eine Drohung!“), jederzeit, um sie als Nichttechnikerin über die Gefahren einer Wahnstinnstechnik aufzuklären und vor allem über die Gefahren falscher Förderungsmittel, falschen Förderungseinsatzes, von Millionen und Millionen, die wir dringend woanders brauchen. Und Sie haben aber damals gesagt, ich zitiere vom 7. Dezember 1988, genau vor einem Jahr: „Die KVA-Geschichte wurde sehr stark angesprochen. Ich möchte mich dazu bekennen.“ Gut, das haben Sie damals noch unwissend gesagt. Aber wie es dann um die ganze Problematik gegangen ist, wie das Dioxin gemessen wurde, wie Sie dann immer noch gesagt haben, drei Jahre weiter

Probetrieb, Frau Landesrat, da habe ich dann in einer Presseaussendung mitgeteilt (Landesrat Klasnic: „31. 12. 1988 war Ende des Probetriebes. Das sind sechs Monate!“), wenn Sie an dieser Strategie, an dieser Förderungsstrategie – ich lasse Sie dann gerne ausreden – es ist auf jeden Fall aus Ihrer Äußerung nicht klar hervorgegangen, ob Sie nicht noch mit Ihren Herren in der Rechtsabteilung 4, mit Herrn Hofrat Dr. Kniepeiß oder wie sie alle heißen, immer gute Beamte, die besten Beamten, haben Sie gesagt, und auf die Sie sich verlassen, haben Sie noch gesagt, haben Sie in den Raum gestellt, noch drei weitere Jahre Probetrieb. Drei weitere Jahre auf Kosten der Bevölkerung, die hätten Versuchskaninchen spielen sollen. Das habe ich Ihnen damals übelgenommen, und ich bin mit einer Presseaussendung in die Öffentlichkeit gegangen und habe gesagt: Wenn das wahr wird, zeige ich Sie bei der Staatsanwaltschaft wegen Verdachtes auf fahrlässige Gesundheitsgefährdung und Vergeudung von Förderungsmillionen an.

Sie haben dann – Gott sei Dank – die Kurve gekratzt, und wir sind froh, daß wir dieses KVA-Verfahren los haben, obwohl Bogadi und Sie gesagt haben, das wird ein wirtschaftlicher Rückschritt werden für die Region. Gar nichts! Wir brauchen das Geld nur sinnvoll anders einzusetzen, anders zu fördern. Wir wissen, daß diese Förderungen für Energiezentren, Energiemaßnahmen, energiesparende Maßnahmen sozusagen, nur eine Frage der Zeit sind mit dem fortschreitenden Waldsterben. Wir wissen, daß wir auf dem Gebiet Vorreiterrolle übernommen haben, denn die Verbrennung fossiler Energieträger ist für uns das Umweltproblem Nummer eins. Und eines muß man auch sagen, mit dieser Förderungsstrategie ist automatisch, und zwar ohne Förderung, ohne Bittstellung, ohne parteipolitische Bittstellung, auch automatisch für Betriebe im Rohrleitungsbau, im Installationsbau, im Apparatebau, im Elektronikbau, in der Regelungs- und Verfahrenstechnik die Förderung mitgefördert, und ohne – wie ich gesagt habe – parteipolitische Bittstellung vor irgendeinem Landespolitiker oder einer Politikerin. Diese Förderungsmilliarde, die Sie damals genannt haben, ist Großteils auf Kosten der kleinen Sparer gegangen. Die Banken haben hier günstige Kredite gegeben. Aber bitte, wer subventioniert die Banken? Die kleinen Sparer sind es, die das bezahlen mußten. Das war damals sehr einfach, diese Förderungsmilliarde auf den Tisch zu legen. Aber ich glaube, da haben wir schon genug diskutiert. Ich bin froh, daß das heute fast nicht mehr so richtig von ihrer Seite positiv herausgestellt wurde.

Privatisierung: Wenn der Herr Dr. Pfohl, einer der reichsten Steirer, sagt, ich bin für die Privatisierung der STEWEAG, für eine Teilprivatisierung, 49 Prozent, um 900 Millionen verkaufen wir die 49 Prozent Aktien der STEWEAG, weil er wahrscheinlich einer der ersten ist – ich möchte es ihm nicht unterstellen –, der sein Kapital noch gut anlegen kann und ohne Risiko, weil das ein Monopolbetrieb ist, weil für mich hier das Risiko Null ist, weil du immer den Strompreis so richten muß, daß du immer dabei verdienst. Und der Reingewinn von 150 Millionen bei der STEWEAG sagt das ja so aus. Und daß der Herr Beer sagt, wir können den Strompreis wieder senken auf Grund der ganzen STEWEAG-Debatte, zeigt ja, was hier in der

STEWEG drinnen ist. Alles andere, nur kein Verlust. Und daß hier potente Leute, die sozusagen die Millionen und Milliarden irgendwo auf Banken haben, daß die da einsteigen wollen und eine todsichere Geschichte abziehen wollen auf Kosten des Eigentums des Landes Steiermark, ist verwerflich. Und auch diese Krampus-Pressekonferenz vor einem Jahr, wo man damit hinausgegangen ist, 900 Millionen, 49 Prozent der STEWEG verscherbeln am Aktienmarkt, das ist einfach ein Skandal. Ich habe es dem Kollegen Dr. Schilcher damals gesagt, und ich stehe dazu.

Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Energieversorgung sind Dinge der öffentlichen Hand, des Landes Steiermark, und da haben Private geschweige beim Monopolbetrieb nicht ihre Finger im Spiel zu haben und heute mit den Aktienpapieren zu rechnen, wenn sie das fünf oder zehn Jahre liegen lassen, wie sich hier die Dividende erhöht. Das sind Dinge der Öffentlichkeit. Und wenn hier privatisiert wird, dann bin ich absolut dagegen. Ich bin für eine Privatisierung, aber nicht dort, wo die Öffentlichkeit tagtäglich mit einer Leitung, sei es ein Kanal, sei es eine Wasserversorgung, sei es eine Stromleitung, daran hängt und dann von diesen Aktionären abhängig wird. Vor allem, diese Aktionäre bereiten ja auch einen Druck auf die Politiker, auf den Krainer. Der wird dann kurzzeitig schauen, daß die Gewinne herauskommen, und langfristig wird eigentlich weder umstrukturiert noch wird versucht, eine langzeitige Energiepolitik zu forcieren. Das ist einmal ein klares Wort aus unserer grünen Sicht. Sie wissen genau, ich bin auch für Privateigentum, aber was die allgemeinen Probleme betrifft, die allgemeine Versorgung, so gehört das, und zwar 100 Prozent, in das Eigentum des Landes Steiermark. Und bei der STEWEG gehört eines gemacht: Der Eigentümervertreter, der Herr Landeshauptmann, gehört durch den Landtag ersetzt, und hier im Landtag ist abzustimmen, wie die STEWEG mit dem Geld umzugehen hat, das sie erwirtschaftet, und wie sie das neu einzusetzen hat.

Ich bin selbst ein Förderer der Wirtschaft. Ich habe zum Beispiel bei mir zu Hause ein Elektrofahrrad und teste gerade eine Solartankstelle. Bitte schön, mit meinem eigenen Geld, weil es mich interessiert und weil dieses Elektrofahrrad in der Smogzeit für mich ein Fahrzeug sein wird, mit dem ich hereinfahren werde und das als Vorbildwirkung dient. Daher ist es so unglaublich, daß wir diese Zweiradproduktion wegen lächerlicher 50 Millionen nicht in der Steiermark halten konnten. Wir reden von Radwegen von Schladming bis Mureck oder Spielfeld, wir reden von Radwegen vom Ennstal bis ... und so weiter (Abg. Erhart: „Bis es so weit ist, haben wir keine Räder mehr!“), und wenn es so weit ist, dann können wir die Räder in Italien kaufen oder bei Piaggio und so weiter. Ich finde, das war einfach eine Falschförderungspolitik des Landes Steiermark, und da sollen sich die Politiker wirklich noch an der Nase nehmen.

Grundsätzlich ist die Wirtschaft und die EG heute ein wesentliches Thema für uns, denn eines steht fest: Politik hat Sachzwänge. Dominant für diese Sachzwänge ist die Wirtschaft, und in der EG-Politik kommt es automatisch zu einer Profitmaximierung und damit zu einer Frage des Wirtschaftswachstums. Die Klüft zwischen Arm und Reich wird steigen, das ist einfach

eine Frage des Intellekts, und ebenso auch damit natürlich auch die Arbeitslosigkeit. Konkurrenzfähig wird eben nur der Große sein, sprich der Billigste. Und wir haben ja das schlagende Beispiel in der Steiermark. Was sind bitte diese ganzen Kleinunternehmer, Mittelbetriebe im Verkauf, die Geschäftsleute, gelaufen, um dieses Zumtobel zu verhindern, dieses Dogro-Krokodil, das wirklich im wahrsten Sinne des Wortes die Kleinen auffrißt. Gesprochen wurde von Großabnehmern, und jetzt ist es ein Kleinabnehmerverkauf.

Und, Frau Landesrat, ich muß Ihnen heute wirklich auch noch einen „Rüffel“ geben, und zwar einen ordentlichen: Sie werden in einer Information „Tip der Woche“ beim „Ritter Dogrodil Zumtobel“ herausgestrichen, Sie tun bei dem Spaß noch mit! Ich weiß, es ist Fasching, aber für die Kaufleute, wo die Weststeirer und alle auf den Autobahnen zum Zumtobel fahren, ist dieser Faschingsscherz einfach nicht angebracht. Und mich haben die Kaufleute gebeten, Ihnen heute einmal die Leviten zu lesen. Ich lese daher diese Leviten hier vor: Da geht es um den „Ritter Dogrodil Zumtobel“. Das ist der, der immer alle Preise niederboxt und die anderen auffrißt – durch Großzentrismus – (Abg. Kanduth: „Du kannst daheim jemandem die Leviten lesen!“) Tu mich nicht aus der Ruhe bringen! Du kannst mich nicht aus der Ruhe bringen, obwohl du ein Obersteirer bist. (Abg. Kanduth: „Du wirklich nicht. Du bist der am wenigsten anwesende Abgeordnete!“) Die Leviten werde ich hier lesen. Und zwar werde ich ihr die Leviten lesen, genauso wie ich es den Kaufleuten versprochen habe.

Da gibt es einen eigenen Verein, der mich gebeten hat, seine Interessen hier zu vertreten. Und diese Interessen sind, daß ich das vorlesen soll, und zwar: „Die überaus launige und treffende Laudatio für den Ritter Dogrodil übernahm Landesrätin Waltraud Klasnic. Die Burgherren Martin und seine Einkaufsburgen“, die alle anderen niedermachen – wie die Raubritter sind die in der Steiermark, wie die Raubritter gehen sie gegen die anderen vor mit ihren Niedrigstpreisen. Die bringen alle um! Das sind wirklich Raubritterburgen – das steht da richtig drinnen.

Die Frau Klasnic hat den Ritter Dogrodil Zumtobel in den höchsten Tönen gelobt und auch auf die spezifische (Abg. Erhart: „Wie heißt der?“) Situation des Dogro-Marktes in Graz-Neuseiersberg hingewiesen. Diese ganze Geschichte verdanken wir sowieso einer Schottergrube, einem verschuldeten ÖVP-Mandatar unten, der eine alte Schottergrube vergoldet hat. Ich weiß nicht, wie er heißt, aber du brauchst nur im Gemeinderat Seiersberg anfragen.

Und, Frau Klasnic, in diesem Sinne habe ich dem Wunsch der steirischen Kaufleute, die mit Rechtsanwalt arbeiten, bis zum Verwaltungsgerichtshof gegen dieses Krokodil vorgehen, Folge geleistet und Ihnen einmal unter Anführungszeichen, bitte – da gebe ich ihm recht –, im steirischen Fasching die „Leviten“ gelesen, damit das auch einmal feststeht. (Abg. Kanduth: „Sepp, ich bin so froh, daß wir ein Rettungsdienstgesetz beschlossen haben und es einen Notarztwagen gibt!“) Und ich werde auch das den Kaufleuten schicken.

Die EG-Geschichte hat noch den Nachteil – man sieht es ja bitte beim Zumtobel –, daß die Sozialdumpings weitergehen, Betriebe werden sich in Län-

dern ansiedeln, wo ein niedriges Lohnniveau herrscht, und dort, wo die Umweltstandards niedrig sind, wird man versuchen, Fuß zu fassen. Ich denke nur an AMI, und der Jack Gennaro – wo ist er denn heute? Schau, bis heute gehen noch die Schwemmwässer aus der Filterspülphase in den Schwarzl-Teich – bis heute! –, weil wir hier einfach einen niedrigen Umweltstandard durch den Bescheid des Landeshauptmannes Dr. Josef Krainer vorgegeben haben. Bitte schön, das ist doch ein Wahnsinn, einen Bescheid herauszugeben: „Abwassereinleitung in den Schwarzl-Teich.“ Ich habe den Bescheid, ich habe auch schon ein paarmal darüber geredet. Das geht heute noch hinein. Und gehen Sie hinunter zu den Schwarzl-Teichen: Wo das Eis nicht zufriert, dort geht die zweite Filterspülphase als Abwasser hinein. Das sieht man daran, daß das Eis nicht friert; das sind die warmen Filterspülwässer. Und das muß auch abgestellt werden.

Grundsätzlich ist für uns immer noch die beste Wirtschaftsförderung sowohl in der verstaatlichten als auch in der Privatindustrie, auch für das Baugewerbe, wenn wir Altlasten sanieren, wenn wir bereit sind, heute in das neue Energiezeitalter einzusteigen, das heißt dezentrale, autarke Energieversorgung über Wasserkraft, über Solarenergie, über Biomasseenergie, wenn wir das weiter forcieren, wenn wir das weiter fördern und wenn wir auch so weit sind, daß wir nicht mehr zeitgerechte umweltbelastende Bauobjekte, Gebäude einfach abreißen. Wann war denn immer der größte Aufschwung? Nach kriegerischen Zerstörungen. Und warum sollen wir heute nicht mit unserem Intellekt oder mit unserer Gehirnenergie auf friedliche Art und Weise umweltzerstörende Bauwerke einfach abtragen? Mit dieser Strategie kommen wir nämlich weiter: mit der Arbeitsplatzsicherung, mit dem Sozialen, mit der Wirtschaft und auch mit der Sanierung der Altlasten.

Herr Kollege, ich habe damit, glaube ich, genug gesagt und nicht einmal meine halbe Stunde ausgeschöpft. Danke. (19.24 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Trampusch. Ich erteile es ihm.

Abg. Trampusch (19.24 Uhr): Geschätzte Frau Präsident, Hohes Haus!

Ich darf es sehr kurz machen. Eine Anmerkung zur Wirtschaftsdebatte: Mein lieber Kollege Ing. Stoisser hat hier zu der ganzen Grenzlanddiskussion gesagt: „Gesundbeten ist richtig!“ Ganz kann ich ihm nicht recht geben, denn ich glaube, zuerst muß man grundsätzlich und gründlich untersuchen, dann muß man einen Befund erstellen, und dann muß man sagen: „Es besteht gute Hoffnung, daß man gesund wird.“

Und ich darf in dem Sinne das Gegenteil vom Dipl.-Ing. Dr. Korber machen und der Frau Landesrat Klasnic sagen: Sie hat heute den Fraktionen einmal eine Grenzlandentwicklungsstudie sozusagen als Zwischenbericht zur Verfügung gestellt, und, Herr Ing. Stoisser, in diesem ersten Zwischenbericht steht drinnen: „Das Dornröschenland Steiermark, insbesondere das Grenzland, hat heute aus dem Rückstand heraus die entscheidenden neuen Vorteile anzubieten, nämlich intakte Umwelt ohne zerstörende Emissionen und Immissionen, geringste Industrieinfrastrukturen. Die in

der Region schlummernden Kräfte sollen aktiviert werden. Mit Hilfe dieser Kräfte sollen Entwicklungsschritte in Gang gesetzt werden.“ Dazu bekennen wir uns! Wenn es tatsächlich gelingt, diese Schritte in der richtigen Reihenfolge zu setzen, dann sind wir gerne dabei. (Abg. Ing. Stoisser: „Ich habe es in diesem Sinne gesagt!“)

Das Zweite ist eine tatsächliche Berichtigung: Es ist schade, daß jetzt der Herr Dr. Lopatka nicht da ist. Er hat ganz zu Beginn der Budgetdebatte gesagt: „Der ÖVP-Klub ist eigentlich der jüngere.“ Wir haben uns eine kleine Statistik erlaubt, und deshalb die Berichtigung: Wir sind alle zwar drei Tage älter geworden, aber es stimmt die Berechnung immer noch. Das Durchschnittsalter des ÖVP-Landtagsklubs beträgt 53,26 Jahre, das des SPÖ-Landtagsklubs 49,13 Jahre. Und wer nicht nachrechnen möchte, meine sehr geschätzten Damen und Herren, der wird aus der Budgetdebatte ersehen haben, daß der SPÖ-Klub doch der jüngere ist. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 19.26 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (19.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich weiß, daß die Zeit fortgeschritten ist, und ich werde mich auch sehr kurz halten. Ich habe eigentlich nicht vorgehabt, mich bei der Wirtschaftsdebatte heute zu melden, weil wir viele gehabt haben, die ihre Meinungen, ihre Ideen und Eindrücke hier eingebracht haben. Aber der Kollege Dr. Eichinger und auch der Kollege Kollmann haben mich doch veranlaßt, einige Worte hier zu sagen. Die Stahlpensionisten, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu dieser Lösung, die hier getroffen worden ist, bekennen wir uns. Und 88 Prozent – du warst nicht am letzten Stand, lieber Kollege Dr. Eichinger, das ist heute in den Nachrichten durchgekommen – haben bereits dieser Lösung zugestimmt, weil sie gewußt haben, daß das die einzige Möglichkeit ist, um nochmals zu Geldmitteln zu kommen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Wir sind dafür!“) Du sagst jetzt, ihr seid dafür. Ich möchte dir folgendes sagen: Es ist eine Doppelzüngigkeit, die ich an und f sich nicht vertragen kann. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ich auch nicht!“) Die Regionalpolitiker setzen sich dafür ein, daß hier – zumindest tun sie so, weil ich habe nie etwas von dir gehört, wie die Pensionen gestrichen wurden, daß du dich dagegen gewehrt hättest (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Wir haben zweimal gesprochen!“), und jetzt, weil du Wählerstimmen gewinnen willst oder keine verlieren willst, setzt du dich dafür ein und sprichst dich dafür aus, daß das eine schlechte Lösung ist. Ich sage, es ist eine gute und die einzig mögliche. Im Hintergrund wissen wir, daß in Wien, in der Bundespolitik deine Partei sich sehr wohl dagegengestellt hat (Abg. Dr. Maitz: „Das ist falsch!“), daß es überhaupt noch einmal Geldmittel für diese Gruppe gibt. Ich danke dem Herrn Bundeskanzler, daß er diese – wenn sie auch eine politische Lösung war, aber wir bekennen uns dazu, und wir sind froh, daß wir diese Lösung unseren Pensionisten anbieten können. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ein gemeinsamer Beschluß.“)

Nun zu deiner Privatisierung. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Ein gemeinsamer Beschluß!“) Aber es hat viel Überredungskunst bedurft, daß es diese Lösung gegeben hat.

Und nun zur Privatisierung: Kein Mensch bestreitet, daß die Privatisierung in der Obersteiermark, aber auch im Mürztal gegriffen hat und daß wir dadurch Arbeitsplätze gesichert haben. Das bestreitet kein Mensch. Man muß aber auch dazusagen, daß die Kolleginnen und Kollegen, die hier in diesen Betrieben arbeiten, sehr viel weniger verdienen. Sind wir froh, daß diese Betriebe gekommen sind, aber es muß jetzt wieder unsere Aufgabe sein, auch die Belegschaft – und von dieser hat heute kaum jemand gesprochen, wenn er über die Obersteiermark gesprochen hat –, die Belegschaft hat den Hauptanteil (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Stimmt!“), daß es in den verstaatlichten Betrieben wieder aufwärts geht. Sie haben durch Lohnverzicht, sie haben durch Streichungen von Sozialleistungen große Beiträge geleistet, daß es wieder möglich war, die Betriebe weiterzuführen. Und auch das muß in diesem Hohen Hause einmal sehr deutlich auch bei dieser Wirtschaftsdebatte ausgesprochen werden.

Und zum Kollegen Kollmann, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Abg. Buchberger: „Die haben noch mehr verdient als die anderen in der Südsteiermark!“) Der Kollege Kollmann hat erklärt, ihm ist es nicht ganz angenehm, daß in den verstaatlichten Betrieben oder in der Metallbranche über dem Kollektivvertrag bezahlt wird. Über dem Kollektivvertrag wird deshalb bezahlt, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil diese Metallindustrie hervorragende Facharbeiter stellt und daher diese gute Bezahlung erfolgt. (Abg. Buchberger: „Nicht nur!“) Und das ist ein Beitrag von uns zur steirischen Wirtschaft. Wenn wir diese Facharbeiter nicht in ausreichendem Maße haben und ihnen in der Zukunft nicht auch Anerkennung in dem Sinne geben, daß sie mehr verdienen, werden wir in der Zukunft Schwierigkeiten haben in der steirischen Wirtschaft, die nötigen Fachkräfte zu haben. Weil zur Imagehebung – meine sehr geehrten Damen und Herren – eines Facharbeiters gehört auch, daß man ihm einen gerechten Lohn bezahlt. (Abg. Buchberger: „Einen gerechten Lohn!“ – Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren – daß ich das halte, was ich verspreche, an und für sich ist das meine Art –, möchte ich eines sagen: Die Frau Landesrat Klasnic und ich sind sehr oft unterschiedlicher Auffassung in verschiedensten Themen. Eines muß ich aber heute sehr deutlich aussprechen, weil ich mir auch die Zahlen geben habe lassen und bei Vorsprachen oder sonstigem, für die Obersteiermark – das muß man anerkennen, das will ich heute auch noch hier sagen – haben Sie viel Verständnis in der Vergangenheit, in der schwierigen Zeit gehabt. Und zwar deshalb, Ihre Vorgänger – der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs und der Herr Landesrat Heidinger – haben oft ideologische Schwierigkeiten gehabt, in der Obersteiermark dementsprechend zu helfen. Diese ideologischen Schwierigkeiten, Frau Landesrat, stellen wir bei Ihnen nicht fest. Und stehen Sie der obersteirischen Wirtschaft und der Obersteier-

mark weiterhin mit diesem Verständnis zur Verfügung. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 19.32 Uhr.)

Präsident: Das Schlußwort hat die Frau Landesrat Waltraud Klasnic.

Landesrat Klasnic (19.32 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich bei allen Rednern für die Debatte bedanken. Es gibt Wünsche, es gibt Anliegen, es gibt Kritik, ja es gibt auch erfreuliche Ansprachen. Aber wenn es das nicht gäbe, würden wir ja umsonst hier sein. Ich möchte aber hier jetzt an dieser Stelle eines ganz klar feststellen: Herr Dipl.-Ing. Dr. Korber, wenn Sie glauben, daß Sie mir hier von diesem Pult aus die Leviten lesen können oder einen Rüffel erteilen, dann stelle ich ganz klar folgendes fest: Leviten lesen lasse ich mir von einem einzigen Menschen, und das ist mein Mann. Weil der würde mich erhalten, wenn es mir schlecht geht. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Von allen anderen erwarte ich und nehme ich selbstverständlich an, daß es Kritik geben kann, daß es Vorwürfe geben kann, daß man sachlich verschiedener Meinung ist, nur muß man auch wissen, wenn man etwas sagt, daß es stimmt. Und ich möchte Sie fragen, ob Sie bei dieser Ordensverleihung dabeigewesen sind, weil sonst müßten Sie wissen, daß die Frau Klasnic nicht dort gewesen ist. Wenn Sie glauben, was irgendwo steht, dann ist das Ihr Fehler. Sie hätten mich ja vorher fragen können. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Es ist natürlich leicht, die Dinge so darzustellen. Ich verstehe natürlich auch, daß einmal jemandem die Nerven durchgehen, und damit habe ich es auch schon wieder vergessen. Aber ich habe eigentlich in diesen Tagen viel Nervenkraft gebraucht, und da sagt man dann, Frauen halten nicht soviel aus. Aber ich glaube, Sie haben manchmal die schwächeren Nerven von uns beiden, obwohl wir beide aus Weinitzen sind. Jetzt habe ich es wieder zurückgegeben. Herr Dr. Korber, hier stand ein erfahrener Mann, der hat gesagt: Merkt euch eines, nichts ist so alt wie die Zeitung von gestern! Wenn wir das alles immer so annehmen würden, dann gäbe es ganz andere Dinge, über die man reden soll.

Zur Wirtschaftsförderung: Ich möchte auf eine vorbildliche Ergebnisliste der steirischen Wirtschaftsförderung in einem ganz besonders hinweisen, und das sind die regionalen Sonderförderungsaktionen in Steiermark, Bund-Land. Diese Zahlen haben sich wirklich erfreulich entwickelt, und es gibt seit dem Jahre 1987 positive Beschlüsse für insgesamt 2990 Arbeitsplätze. Das sind gewesen in der Obersteiermark 2078, in Voitsberg 105 und im Grenzland 807. Und diese Förderungsaktion wurde vom Landeshauptmann Dr. Krainer gemeinsam mit dem Bundeskanzler ausgesprochen, durchgezogen, und ich muß ehrlich sagen, sie ist eine effektive. Es wird jetzt dann eine neue Form der Förderung geben, aber mit dieser Form haben wir sehr viel erreicht und sehr viel Erfolg gehabt. Und dann hat es hier einmal geheißsen – ich glaube, das waren auch Sie, Herr Dipl.-Ing. Dr. Korber, heute haben Sie einen freundlichen Tag gehabt oder späten Nachmittag – Sie haben von parteipolitischen Bittstellern gesprochen. Wenn Sie mir einen einzigen Fall in diesem Land nennen können, wo ich gefragt habe,

woher, aber nur einen einzigen, dann können Sie das sagen. Ja, ich rede über das Budget 1990 und über das vergangene Jahr, und für das, was vorher war, kann ich nichts. Nur, ich kann mir nicht vorstellen, daß weder Regierungsmitglieder der Sozialistischen Partei noch solche der Volkspartei danach entscheiden, wenn sie jemandem helfen, wo er herkommt, sondern sie entscheiden, ob er es braucht und ob es möglich ist, ihm zu helfen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Die Wirtschaftsmilliarde wurde einige Male angeschnitten. Ich möchte einige Zahlen dazu nennen: Die geförderten Betriebe sind primär aus dem produzierenden gewerblichen und industriellen Bereich gekommen. Es sind 250 Förderungsansuchen eingelangt, 52 davon sind positiv erledigt worden. In diesen 52 Unternehmen sind 9607 Mitarbeiter beschäftigt, und die bewilligten Förderungen beziehen sich zur Zeit auf ein Gesamtkreditvolumen von 268 Millionen Schilling. Sie wissen, wir haben gesagt: drei Jahre à 300, inklusive dieses Risikokapitals, über das gesprochen wurde.

Und nun zum Thema KVA: Es ist wohl das Thema, das sich heute von 16 Uhr bis jetzt durchgezogen hat und wo ich sehr deutlich an dieser Stelle etwas sage: Der Herr Landesrat Dr. Klauser hat es in seiner Budgetrede auch angesprochen, und ich darf Ihnen sagen: Ich habe den Generaldirektor Sekyra als Hauptverantwortlichen angeschrieben und ihn um seine schriftliche Stellungnahme ersucht. Warum? Der Herr Bogdandy hat mir einen Brief geschrieben, aus dem nicht klar hervorgeht, wie es weitergehen soll. Und dann gibt es das Zweite, diese Grundsatzvereinbarung, auf die ich auch noch zurückkommen werde. Eigentlich weiß man dann als Referent dieses Landes nicht, was gemeint ist. Will man diese Grundsatzvereinbarung umsetzen oder gilt das, was Herr von Bogdandy geschrieben hat? Dann muß man den Hauptverantwortlichen fragen. Das ist der Herr Generaldirektor Dr. Sekyra, den ich angeschrieben habe. Seine Antwort liegt noch nicht vor.

Und weil es die Diskussion um die Unterschrift um die Unterschrift gegeben hat: Ja, es stimmt, aber wenn man das Papier liest – und ich glaube, das sollte man auch –, sieht man, daß es eine Verhandlungspartnerschaft gegeben hat, indem der Herr Burgstaller beauftragt wurde, uns dies weiterzugeben. Und schon in der vierten Zeile steht: „... des designierten vorläufigen Geschäftsführers, weil in der Folge eine Ausschreibung stattfinden wird.“ Burgstaller hat uns auch erzählt, daß er sich bei dieser Ausschreibung überhaupt nicht beteiligen wird. Und wie das mit Unterschriften und Briefen so hin- und her geht, das haben wir in einer anderen Sache zwei Stunden später noch einmal erlebt. Der Kollege Rainer und der Kollege Dr. Eichtinger werden wissen, was ich meine.

Die Nahversorgung wurde vom Kollegen Purr angesprochen. Ich darf nur sagen, daß wir uns gemeinsam mit der Handelskammer, gemeinsam mit der Wirtschaft auch aus der Sicht der Abteilung sehr bemühen, jenen gerecht zu werden, die sagen, daß die Bevölkerung vor Ort die notwendige Nahversorgung haben soll. Auch der Bund – Bundesminister Schüssel – hat einen Vorschlag gebracht, und wir versuchen nun, die Möglichkeiten zwischen Bund und Land aufeinander abzustimmen.

Heuer hat es bei der Landesausstellung ein Novum gegeben, auf das wir stolz sein dürfen, und ich möchte den Verantwortlichen, die es eigentlich erdacht und auch umgesetzt haben, sehr herzlich danken. Es ist schon bei der Eröffnung angesprochen worden, es ist der elektronische Wirtschaftskompaß, wo man sieht, welche Betriebe es im eigenen Land gibt, wohin ich mich wenden kann. Es haben die beiden Herren Dr. Kaltenböck und Dr. Cwienk die Idee gehabt, sie haben sie umgesetzt, und es hat bei der Landesausstellung sehr, sehr vielen Menschen das notwendige Interesse gebracht, auch in der steirischen Wirtschaft nachzudenken, welche Betriebe es gibt, aber vor allem ist es von 50 privaten Firmen auch hauptsächlich finanziert worden.

Der Kollege Dr. Eichtinger hat kurz das Sägewerk in Neuberg angeschnitten. Dies wäre ein Thema, über das man auch sehr lange reden könnte. Ich zitiere in diesem Fall den Bürgermeister von Neuberg, der in der Früh im ORF bei der „Steiermark-Rundschau“ gesagt hat, daß ihm jeder Betrieb – und sei es ein privater –, so wie er sich anbietet, recht ist. Er hat eigentlich nur das Gefühl, er möchte mit dem bisherigen, wie es war, nichts mehr zu tun haben. Da habe ich den Bürgermeister des Ortes zitiert, und wir werden uns sehr bemühen, dort einen ordentlichen Betrieb mit ordentlicher Verarbeitung hinzubekommen. Die Vorarbeiten sind sehr, sehr weit, und die Betroffenen wissen, wie es ist.

Eine zweite Firma möchte ich ansprechen, weil auch der Kollege Ofner hier über die Region Voitsberg gesprochen und gemeint hat, daß sie es draußen nicht leicht haben. Wir wissen, daß es in Voitsberg nicht leicht ist, und darum möchte ich mich ganz besonders heute hier im Haus bei der Firma Atomic bedanken, beim Kommerzialrat Rohmoser, daß er in einer sehr, sehr schwierigen Situation nach schwierigsten Verhandlungen bereit gewesen ist, mit großem unternehmerischem Wagnis dort einzusteigen, die Firma Koflach zu übernehmen, und damit im Bezirk Voitsberg zu einer kleinen Entspannung beitragen konnte, weil es wären 250 Mitarbeiter gewesen. Ich bedanke mich bei dieser Firma, und ich bedanke mich bei all jenen, die bei den Verhandlungen dabeigewesen sind. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

In einem anderen Bereich in diesem Land, daß wir nicht nur die Obersteiermark gemeint haben, möchte ich im Grenzland die Firma Zumtobel nennen, die nicht verwandt, nicht verschwägert, nicht betroffen mit dem Zumtobel ist, von dem man vorher gesprochen hat. Es ist eine große Firma, eine Weltfirma. Sie wird mit einer neuen Produktionslinie nach Fürstenfeld gehen. Und ich sage Ihnen heute schon, wir werden in der Region Fürstenfeld in der nächsten Zeit Sorgen haben, und ich bitte Sie um gute Zusammenarbeit. Wir wissen, daß die Firma „Verdichter“ einen China-Auftrag verloren hat, wo es um Hunderttausende von Motoren geht, und daß es momentan einige Schwierigkeiten gibt. Man soll sie ansprechen, und ich glaube, wir werden weiterkommen, wenn wir über diese Anliegen offen miteinander reden, wenn wir sie nicht über die Medien austragen, weil Firmen – und gerade Firmen, die aus dem Ausland kommen – in diesen Bereichen sehr empfindlich sind, und schon die erste Meldung in der Zeitung in diesem Fall hat sehr

geschadet. Ich bin sofort hinuntergefahren und habe zuzusagen versucht, mit den Herren über das Problem zu reden, daß es nicht so gemeint war. (Abg. Rainer: „Darf ich anmerken, den ersten Schritt haben wir gemeinsam gelöst, und wir hoffen, daß der nächste kommt!“) Ja, ich sage, gemeinsam müssen wir. Nur, wir haben unten einen gemeinsamen Kollegen – Sie wissen, wen ich meine –, der meint, er muß es in der Öffentlichkeit austragen. Ist nicht das Ziel und nicht der Weg!

Der Obersteiermarkbeauftragte Dipl.-Ing. Krobath – auch ein Thema, das sich vom ersten Tag der Budgetdebatte bis heute durchgezogen hat. Ich sage hier sehr ehrlich etwas dazu, und das nur ganz kurz: Er hat es sich leichter vorgestellt, wir haben von ihm sehr viel erwartet. Leicht hat man es ihm auch nicht gemacht, und beide Seiten sind mit dem Ergebnis nicht zufrieden. Das ist der momentane Stand.

Der Herr Kollege Rader hat die Firma Job-Creation angesprochen. Herr Kollege, ich bekenne mich zu Job-Creation, auch zu dem Einsatz, und ich freue mich darüber, daß es möglich ist, daß es dort jetzt schon die ersten Betriebsansiedlungen gibt und daß man sagen kann: Da ist Risiko dabei, da ist Einsatz dabei. Nur, wenn es einen solchen Vertrag mit Job-Creation gegeben hätte, wie mit dem Herrn Handelsminister Steger, wie Sie diesen Vertrag bekommen hätten, dann weiß ich nicht, ob dieser Punch dabei gewesen wäre. In der Steiermark ist er da, und darüber bin ich sehr froh.

Technologie, auch eine breite Palette, worüber man reden könnte. Sie kennen die Situation der Technologieparks in der Steiermark. Ich glaube, daß wir in diesem Bereich österreichweit führend sind. Es waren schon meine Vorgänger, aber vor allem auch immer das Verständnis und die Hilfe von Seite der Handelskammer, daß wir da so weit gekommen sind. Und ich möchte drei Zahlen nennen:

Die Gründerrate in Europa im Technologiebereich, wo sich jene selbständig werden trauen, die auch Akademiker sind, liegt europaweit bei 32 Prozent. Sie liegt in Österreich durchschnittlich bei 36 Prozent. Aber sie liegt in Graz – und auf das dürfen wir alle stolz sein – bei 46 Prozent. Da sind wir weit über dem Europaschnitt, das heißt, wir sind auf dem Weg zur Technologieregion, und wir werden diesen Weg weitergehen.

Und, Herr Kollege Gennaro, weil Sie gemeint haben, wir brauchen kein ausländisches Beraterteam: Wir haben einen Kooperationsvertrag, und Ihre verantwortlichen Kollegen haben sich das auch angehört und haben mich von Anfang an in dieser Sache und in dieser Form auch dabei unterstützt. Ich möchte nur eines feststellen: Kooperation heißt ja nicht, daß nur ausländische – und ausländisch heißt in dem Fall Baden-Württemberger – Fachleute zu uns kommen, sondern heißt ja auch, daß steirische Professoren die Möglichkeit haben, in der Bundesrepublik Aufträge zu bekommen. Die Gespräche mit den Universitäten und Hochschulen haben stattgefunden, und daß Baden-Württemberg das richtige Land ist, das haben nicht nur wir erkannt, habe nicht nur ich versucht, sofort vorzubereiten, als wir mit der Delegation im April draußen gewesen sind, sondern das sagt auch Ihr geschäftsführender Obmann, indem er sagt, man sollte sich an der Wirtschaftsförderung von Baden-Württemberg orien-

tieren. Das wollte ich hier ansprechen. Und wenn wir das Wort „Ausländer“ und „Beratung“ nehmen, dann glaube ich, daß wir überhaupt offener werden müssen. Auf der einen Seite reden wir von EG, auf der anderen Seite wissen wir, daß es eine Internationalisierung geben muß, und auf der nächsten Seite ist der Osten offen. Wir haben offen zu sein für andere Länder und Staaten, weil die Rolle der Mitte ist gerade für die Steiermark in den letzten Monaten eine noch stärkere und noch wichtigere geworden. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Der Herr Präsident hat mich schon am Beginn gefragt, wie lange ich reden werden. Ich werde es nicht ausnützen. Ich glaube, daß der Schwerpunkt, den ich mir selbst gesetzt habe und bei dem mich sehr, sehr viele unterstützt haben, nämlich auf Ausbildung, Umschulung und Weiterbildung sehr viel Wert zu legen, daß dieser Schwerpunkt zieht. Wir haben versucht, dies auch vom Jugendbeschäftigungsprogramm her zu unterstützen. Es gibt eine gute Zusammenarbeit mit der Arbeitsmarktverwaltung. Die Frau Dr. Koiner erzählt mir oft von ihren Gesprächen mit dem Herrn Dr. Riedel. Wir haben miteinander einiges erreicht. Nur, der Schwerpunkt dieser Ausbildungen im Jugendbeschäftigungsprogramm muß sein, daß man das, was man dort lernt, auch in die Praxis umsetzen kann. Und darum bin ich so froh, daß es Kollegförderungen für das WIFI gibt, daß es ein Gewerbe-BORG in Radkersburg gibt, aber daß es auch Gästebetreuung und Animation für den Fremdenverkehr und vieles mehr gibt. Und wenn wir heute in der Debatte im großen und ganzen uns alle miteinander gefreut haben, daß es gut geht, daß wir aber auch wissen, daß diese Welle sich über Nacht ändern kann, dann heißt es vorzusorgen. Da gibt es keine Differenz in der Meinung zwischen uns. Das WIFI-Konjunkturgespräch hat uns auch gesagt, daß es positiv weitergehen wird. Ich habe hier einige Zeitungsartikel, wo auch der Herr Zankel schreibt: „Nicht mehr Schlußlicht“, wo im „Standard“ steht: „Alte Industriehochburgen sind derzeit Wachstumsmeister.“ Aber ich sage ganz ehrlich, am meisten hat es mich gefreut, als vor drei Tagen in der Zeitung stand „Ein ungewohntes regionales Muster für Österreich“, nämlich daß wir im wirtschaftlichen West-Ost-Gefälle, vor allem im Wachstum alle überholt haben und hinter dem Bundesland Oberösterreich an zweiter Stelle sind. Das war die Arbeit dieses Jahres. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Dieses West-Ost-Gefälle hat uns oft Sorgen gemacht, es ist ein ungewohntes Muster, aber es wird jetzt an uns liegen, dies umzusetzen. Und aus diesem Grunde möchte ich mich bedanken. Bedanken bei denen, die heute ihre Vorschläge hier gemacht haben, die das ganze Jahr immer überbereit gewesen sind mitzuhelfen, mitzutun und mitzugestalten. Ich darf Ihnen heute auch hier versprechen, es wird keine sehr großen Sondersanierungsfälle geben in der nächsten Zeit. Wir haben einiges an Problemen und an Anliegen in diesem Jahr zu bewältigen gehabt. Ich möchte mich vor allem beim Herrn Landesrat Dr. Klausner bedanken, er war in all diesen schwierigen Situationen ein wirklich fairer und hilfreicher Partner. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Nachdem das Gewerbeamt, die Rechtsabteilung 4, aus der Salzamtsgasse ausgezogen ist, haben unser Wirtschaftskoordinator und sein Team jetzt mehr

Platz. Es ist wichtig gewesen. Wir haben viel zu wenig Platz. Ich bedanke mich beim Hofrat Dr. Feil und seinem Team, bei allen Mitarbeitern. Ich glaube, daß es einfach wichtig ist, daß die Menschen spüren, daß wir unterwegs sind und daß wir versuchen, unser Bestes zu geben. Ich bedanke mich bei der steirischen Wirtschaft, bei den Abgeordneten dieses Hauses, bei meinen Kollegen in der Regierung, die ja – wenn sie mitstimmen – nicht immer genau wissen, was im Akt drinnen steht, aber auch vertraut haben, daß wir uns bemühen, solche Förderungen zu geben, die eigentlich auch wirklich vertretbar sind. Daß Fehler passieren können, wissen wir alle. Ich werde mich bemühen, sehr, sehr wenige zu machen. Einige werden schon vorkommen.

Zum Abschluß bedanke ich mich vor allem bei jenen Menschen in meinem eigenen Büro, bei unserem Büroleiter Dr. Stecher mit allen Mitarbeitern. Sie haben es vielleicht manchmal ein bißchen schwierig gehabt. Es hat jeder Referent seinen eigenen Stil. Ich bin heute etwas demütiger, nachdem ich gestern gelesen habe, daß ich manchmal stur und grob bin. Das will ich eigentlich nicht sein. Aber es ist halt so. Im Grunde genommen ist man manchmal gezwungen, die Dinge offen auszusprechen. Und bevor ich zwei Stunden überlege, wie sage ich es meinem Kinde, sage ich es direkt; es ist flotter gesagt und schneller getan. Das ist in der Wirtschaft notwendig, daß man ja und nein sagt. Das ist auch für einen Referenten notwendig. Wenn wir so weiterarbeiten, sind wir sicher erfolgreich. Ich bedanke mich bei allen und wünsche der steirischen Wirtschaft auch für die Zukunft alles Gute. (Allgemeiner Beifall. – 19.52 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 7 liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat auf das Schlußwort verzichtet. Hohes Haus, meine Damen und Herren, wenn Sie den Ansätzen und Posten der Gruppe 7 zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Die Gruppe 7 ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 8 „Dienstleistungen“. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Maitz.

Abg. Dr. Maitz (19.54 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 8 beinhaltet Liegenschaften, Wohn- und Geschäftsgebäude, land- und forstwirtschaftliche Betriebe, Weinbaubetriebe, Forstgüter, wirtschaftliche Unternehmungen mit einer Einnahmensumme von 93.003.000 Schilling und Ausgaben von 170.005.000 Schilling. Ich ersuche um Annahme. (19.54 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme zur Abstimmung und bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie den Ansätzen der Gruppe 8 zustimmen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 9 „Finanzwirtschaft“. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Vollmann.

Abg. Vollmann (19.55 Uhr): Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 9 umfaßt gesonderte Verwaltung, Kapitalvermögen und Stiftungen ohne eigene Rechtsper-

sönlichkeit, Rücklagen und Wertpapiere, Beteiligungen, öffentliche Abgaben ausschließlich Landesabgaben, Finanzzuweisungen und Zuschüsse, die Bedarfszuweisungen, sonstige Finanzzuweisungen nach dem EVG, Zuschüsse nach dem EVG, Zuschüsse nach dem Katastrophenfondsgesetz, sonstige Zuschüsse des Bundes, nicht aufteilbare Schulden, aufgenommene Darlehen und Schuldendienst, aufgenommene Anleihen und Schuldendienst, Haftungen, soweit nicht aufteilbar, Zahlungsverpflichtungen, Verstärkungsmittel, Haushaltsausgleich, Haushaltsausgleich durch Rücklagen. Das Jahresergebnis – Übergabe und Übernahme –, Abwicklung der Vorjahre. Auf der Einnahmenseite 12.294.219.000 Schilling, auf der Ausgaben-seite 3.156.759.000 Schilling. Ich bitte um Annahme. (19.56 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dr. Klausner.

Landesrat Dr. Klausner (19.56 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus!

Zunächst möchte ich dem Herrn Kollegen Vollmann für den ausführlichen Bericht zur Gruppe 9 danken. Ich fasse die 30-Minuten-Begrenzung der Redezeit nicht als Auftrag auf, 30 Minuten zu reden, und bitte dafür um Vergebung. Ein paar Bemerkungen: Der Herr Kollege Dipl.-Ing. Hasiba hat in seinem Schlußwort sein Unverständnis zu den Bemerkungen ausgedrückt, die ich in der Budgetrede zur Frage der Personaleinsparung gemacht habe. Ich gestehe ganz offen, daß ich diese Bemerkungen nur auf den Landesdienst bezogen habe und nicht der Meinung war, daß wir in Zukunft bei den Spitälern davon ausgehen können, daß dort die Mehrheit der Bediensteten in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis steht. Ich bin so wie er leider davon überzeugt, daß uns dort erhebliche Personalvermehrungen bevorstehen. Es gibt ja im Kern durchaus übereinstimmende Prognosen, die uns mit der Horrorvision einer Zunahme des jährlichen Zuschusses zum Betriebsabgang von 200 Millionen „beglücken“. Darin ist natürlich der größte Teil Personalaufwand. Ich kann hier leider denen, die diese Prognose erstellt haben, nicht widersprechen.

Bei der Frau Kollegin Klasnic möchte ich mich sehr herzlich für das freundliche Gedenken bedanken. Ich bekenne mich auch durchaus zur Vaterschaft an diesem außerehelichen Kind und bin bereit, die erforderlichen Alimente einzubringen. Ich hoffe, daß wir in einer ähnlichen Rolle beim Fremdenverkehrsgesetz nicht zwei Jahre warten müssen, bis wir uns ähnliche Komplimente machen können. Im übrigen kann ich nur bestätigen, meine Damen und Herren, daß es halt im Bereich der Wirtschaftsförderung natürlich auch zwischen uns unterschiedliche Auffassungen gibt, die eher grundsätzlicher Natur sind. Natürlich gibt es immer wieder Fälle, die wir unterschiedlich beurteilen, aber ich hoffe doch, daß wir alle davon ausgehen, daß die, die sich darum bemühen, einschließlich der Frau Kollegin Klasnic und meiner Person, wenigstens den guten Willen gutgeschrieben bekommen, das Bestmögliche zu machen. Daß das nicht immer die Meinung aller ist, das ist schon möglich, aber das ändert nichts am Bemühen.

Ich komme zum Kern dessen, was ich sagen möchte: Das ist der Beschlußantrag zur FAG-Novelle. Sie erin-

nern sich daran, meine Damen und Herren, daß das hier schon ein paarmal eine Rolle gespielt hat, daß ich eine Anfragebeantwortung gehabt habe, bei der ich den Kompromiß darstellen konnte, und daß nunmehr, wie ja auch aus diesem gemeinsamen Antrag hervorgeht, der Beschluß des Ministerrates, der bekanntlich nur einstimmig gefaßt werden kann, das dem Parlament zuzuleiten, nicht umgesetzt werden kann, weil der Klubobmann der ÖVP, der Herr Dr. König, die Zuweisung an den Finanz-Ausschuß verhindert. Der Herr Vizekanzler hat daraufhin einen Brief an den Herrn Finanzminister geschrieben, in dem er ihn ersucht, zur Behandlung eine Finanzreferentenkonferenz einzuberufen. Er hat auch seine Besorgnis darin geäußert, daß es ja da im wesentlichen gar nicht um die Frage geht, ob jetzt ein paar Millionen mehr in die burgenländischen Gemeinden oder in die steirischen Gemeinden fließen. Der Kern der Problematik liegt ja darin daß mit einem solchen Vorgang die Paktfähigkeit der Finanzausgleichspartner beseitigt und die burgenländischen Gemeinden ja regelrecht hineingelegt werden, weil die ja im Vertrauen darauf, daß man Verträge einhält, ihre Klagen zurückgezogen haben und jetzt wahrscheinlich neuerlich klagen müssen, wenn wir zu keiner Lösung kommen. Ich befürchte, daß wir auch am Montag große Schwierigkeiten haben werden, denn obwohl die Finanzreferentenkonferenz über Wunsch des Herrn Vizekanzlers Dipl.-Ing. Riegler einberufen wurde, habe ich bereits Mitteilung, die die Niederösterreicher, also der Herr Landeshauptmannstellvertreter Pröll und sein Beamter der Rechtsabteilung 10, nicht daran denken, diese Finanzreferentenkonferenz zu besuchen. Wir werden also sehen, wie das am Montag weitergeht. Beurteilen kann diesen merkwürdigen Sachverhalt ja jeder, der hier sieht, daß der Herr Vizekanzler auf der einen Seite durchaus der Meinung von uns allen ist und der Meinung jener, die einvernehmlich diese Dinge beschlossen haben – das ist ja auch der Finanzreferent des Landes Niederösterreich gewesen, das ist auch der Herr Landeshauptmann Ludwig bei der Landeshauptleutekonferenz gewesen –, und jetzt stehen wir vor der Situation, daß der Herr Dr. König offensichtlich nicht recht weiß, wem seine Loyalität gehört: dem Herrn Landeshauptmann Ludwig oder dem Herrn Vizekanzler Dipl.-Ing. Riegler. Wir werden am Montag einen Test darauf durchzuführen haben, und Sie werden sicher entweder schon am Montagabend oder am Dienstag das Ergebnis dieses Tests in den Zeitungen lesen können. Ich kann nur mit Ihnen hoffen, daß er diesen Test im Sinne dessen besteht, was eigentlich jeder von uns als selbstverständlich annimmt, nämlich daß nicht die Stahlhelmfraktion hier obsiegt, sondern der Herr Vizekanzler. In diesem Sinne wünsche ich uns, daß das Instrument dieses mühsamen Finanzausgleichfindens erhalten bleibt, daß wir auch in Zukunft in der Lage sind, die Gebietskörperschaften hier zu einer gemeinsamen Willensbildung einzubinden, denn wie das gehen soll, wenn sich da auf einmal einer hintennach an noch dazu Vereinbarungen mit Folgen nicht hält, das kann ich mir gar nicht vorstellen. Noch dazu – auch das eher eine Glosse dazu am Rande –: Es ist ja so weit gegangen, daß der Herr Landeshauptmann Ludwig versucht hat, den Herrn Landeshauptmann Schipötz zum Mittun zu bewegen, zu einem Widerruf des Ausgleichs, mit dem Versprechen, er zahlt ihm den

Verlust für die burgenländischen Gemeinden aus dem niederösterreichischen Landessäckel. Also, ich muß sagen, das sind schon abenteuerliche Methoden, die wir bisher zumindest in diesen Bereichen der österreichischen Politik nicht gekannt haben. Aber offensichtlich ist jenseits des Semmerings da manches möglich, wovon wir nicht einmal zu träumen wagen.

Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß wir unsere Hoffnungen, unsere Erwartungen am Montag nicht enttäuscht sehen. Vorsichtshalber habe ich den Herrn Hofrat Kriegseisen gebeten, mit dem Herrn Hofrat Kleinsasser und den beiden Gemeindebünden wieder – leider – die Klagen vorzubereiten. Wir haben dem Herrn Klubobmann Fischer zugesagt, daß wir bis Ende Jänner zuwarten, weil er auch, wenn es am Montag scheitern sollte, noch im Jänner einen Anlauf machen möchte. Aber wenn wir nicht spätestens in der Nationalratsitzung Mitte Jänner doch noch das Einvernehmen erreichen, würde dies zwangsläufig heißen, daß alle steirischen Gemeinden zum Verfassungsgerichtshof gehen müßten, weil – ich sage das ganz trocken – ja jeder Bürgermeister riskiert, daß er hier zur Verantwortung gezogen wird, wenn er diese rechtliche Situation nicht so wahrnimmt, wie das offenkundig geschehen muß, wenn wir nicht noch zu einem Vergleich kommen.

Damit da auch kein Mißverständnis besteht: Rechtlich können wir Gott sei Dank noch immer den vergangenen Finanzausgleich anfechten und können für diesen Finanzausgleich warten, wie sich die Dinge entwickeln, und hoffen, daß der Verfassungsgerichtshof, wenn es wirklich notwendig sein sollte, rechtzeitig zu einer Entscheidung über den alten Finanzausgleich – also auch die Paragraphen 8 und 21 des alten Finanzausgleichs – kommt, wobei ich noch hinzufüge, Herr Kollege Kröll, daß wir zwar den Randgemeindenschlüssel anfechten wollen und auch die Berechnung der Kopfquoten für die Gemeinden, nicht aber den abgestuften Bevölkerungsschlüssel. Das halten wir für erstens nicht sehr aussichtsreich und zweitens mit so unübersehbaren Folgen behaftet, daß wir von dem lieber die Finger lassen. Das würde ja dem Vergleich entsprechen, und daher marschieren wir in diese Richtung. Hoffen Sie mit mir, daß es uns gelingt, am Montag den Kompromiß noch über die Bühne zu bringen und zu retten. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und VGÖ/AL. – 20.05 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich bitte die Damen und Herren um ein Zeichen mit der Hand, wenn sie den Ansätzen und Posten der Gruppe 9 zustimmen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum außerordentlichen Haushalt. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Rainer.

Abg. Rainer (20.05 Uhr): Hoher Landtag!

Der außerordentliche Haushalt sieht Gesamtausgaben in der Höhe von 1.159,572.000 Schilling vor. Einnahmen sind nicht vorgesehen. Es ist daher der Gesamtausgabenrahmen durch Kredite zu bedecken.

Ich beantrage die Annahme. (20.05 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Wer mit dem Antrag des Berichterstatters einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zu den 23 Beschlußanträgen des Landesvoranschlages 1990, die im mündlichen Bericht Nummer 44 zusammengefaßt sind. Da nicht alle Parteien im Finanz-Ausschuß vertreten sind, werde ich über jeden einzelnen Beschlußantrag gesondert abstimmen lassen.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter um Verlesung der Beschlußanträge und werde nach jedem Beschlußantrag abstimmen lassen.

Herr Abgeordneter Rainer, ich ersuche um den Bericht.

Abg. Rainer (20.06 Uhr): Hoher Landtag!

Zur Gruppe 0, erster Antrag: politische Veränderungen im Osten. Aufforderung an die Landesregierungen, Maßnahmen der Hilfe zu setzen, unterstützt durch die im Landtag und im Ausschuß vertretenen Parteien der ÖVP, der SPÖ und der FPÖ.

Ich bitte um Abstimmung.

Präsident: Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Weiter zur Gruppe 0, Antrags erledigung innerhalb von sechs Monaten, wieder durch die drei Parteien unterstützt.

Ich bitte um Abstimmung.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Weiter Gruppe 0, der Entwurf eines Arbeitnehmerschutzgesetzes, ebenfalls durch die drei Parteien unterstützt.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Letzter Antrag der Gruppe 0, die Verwaltungsreformkommission wäre einzusetzen, wieder durch die drei Parteien unterstützt.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Wir kommen zur Gruppe 1, Auflassung von Gendarmerieposten im Grenzland und Schaffung neuer Grenzübertrittsstellen, unterstützt von den drei Parteien. Ich bitte um Abstimmung.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Weiter die Gruppe 1, Erstellung eines Schutzraumkataloges, der vorzulegen wäre, und der Schutzraumbau, der auszuweiten wäre in unserem Lande, unterstützt durch die drei Parteien.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Mit Mehrheit, aber angenommen.

Abg. Rainer: Wir kommen damit zur Gruppe 2, und zwar beinhaltet dieser Antrag das Modell einer Realschule mit mittlerer Reife, unterstützt von der ÖVP und der FPÖ. Ich bitte um Abstimmung.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Abg. Rainer: Weiters die Vorstellung beim Bund, betreffend die Dezentralisierung und die Föderalisierung von Schulen und Bildungskompetenzen. Auch hier unterstützt durch die beiden Parteien ÖVP und FPÖ. Ich bitte um Abstimmung.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Abg. Rainer: Der dritte Antrag betrifft die Lehrstühle für Orthopädie, Arbeitsmedizin und physikalische Medizin, unterstützt durch alle drei antragsberechtigten Parteien. Ich bitte um Abstimmung.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Abg. Rainer: Wir kommen dann zur Gruppe 3: Längerfristige Konzeption für die Landesausstellung, unterstützt durch die zwei Parteien ÖVP und SPÖ. Ich bitte um Abstimmung.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Abg. Rainer: Weiters die Schaffung einer HTL im Raume Liezen, unterstützt durch die drei antragsberechtigten Parteien.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Wir kommen damit zur Gruppe 5: Rasche Verbesserung des Standards der I. Medizinischen Klinik, der II. Medizinischen Abteilung, der Dermatologie und der Notfallmedizin, unterstützt durch alle drei antragsberechtigten Parteien.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Nächster Antrag, Zielplanung für Neubau und Generalsanierung bestehender Bausubstanz in den Krankenanstalten, wieder durch die drei Parteien unterstützt.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Nächster Antrag: Die Regierung möge an den Bund herantreten, den Spitalskostenbeitrag aufzuheben, ebenso den 20prozentigen Selbstbehalt.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Mit Mehrheit angenommen.

Abg. Rainer: Die Regierung soll an den Bund herantreten, bei der zukünftigen Steuerreform ökologische Akzente zu setzen, durch die drei Parteien unterstützt.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Der nächste Antrag betrifft die Entsorgung von Altkühlschränken, wieder durch die drei Parteien unterstützt.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Wir kommen damit zur Gruppe 6, Schaffung eines Verkehrsverbundes für den Großraum Graz, durch die drei Parteien unterstützt.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Weiter in der Gruppe 6, der Bau des Koralmtunnels als Verbindung zwischen Graz und Klagenfurt, durch die drei Parteien unterstützt.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Weiter Gruppe 6, Kombi-, Container- und Huckepackverkehr, Auffahrrampe in der Obersteiermark, durch die drei Parteien unterstützt.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Gruppe 6, Lärmschutzmaßnahmen entlang der Bundesstraßen, durch die drei Parteien unterstützt.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Einstimmig angenommen.

Abg. Rainer: Letzter Antrag der Gruppe 6, rascher Weiterbau der Radlpaßbundesstraße, wieder durch die drei Parteien unterstützt.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Mit Mehrheit angenommen.

Abg. Rainer: Wir kommen damit zur Gruppe 7. Die Regierung möge an den Bund herantreten, die Saatmaisabgabe abzuschaffen. Unterstützt von der ÖVP.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Mit Mehrheit angenommen.

Abg. Rainer: Letzter Antrag: Die Regierung möge an den Bund herantreten, Maßnahmen der Wirtschaftsförderung im Grenzland zu setzen. Unterstützt durch die ÖVP und durch die Freiheitliche Partei.

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen.

Mit Mehrheit angenommen. (20.14 Uhr.)

Wir kommen zum Dienstpostenplan. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kollmann.

Abg. Kollmann (20.14 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus!

Der Dienstpostenplan des Landes Steiermark ist ein dickes Buch. Sie gestatten, daß ich es etwas verkürze. In der allgemeinen Verwaltung, in den Anstalten und betriebsähnlichen Einrichtungen haben wir 7792,65 Dienstposten. Zu Lasten der Voranschlagspost 5200 gibt es ermittelte Ganzjahresdienstposten in der Höhe von 388. Ich sage nur die runden Zahlen. Insgesamt also in der allgemeinen Verwaltung 8180. Dienstposten für die zur Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft zugewiesenen Landesbediensteten, das ist gegen vollen Ersatz der Bezüge, gibt es 7742. Dienstposten für Lehrer an allgemeinbildenden Pflichtschulen, ebenfalls gegen vollen Ersatz der Bezüge, 11.463. Dienstpostenplan für Lehrer an berufsbildenden Pflichtschulen, mit einem Ersatz von 50 Prozent der Bezüge, sind 874. Dienstposten für Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen gegen Ersatz von 50 Prozent der Bezüge 438. Das gibt zu Lasten des Personalaufwandes des Landes 28.699 Dienstposten, um 301 Dienstposten weniger als im Jahre 1988.

Des weiteren gibt es 388 Dienstposten zu Lasten der einzelnen Wirtschaftspläne und 421 Dienstposten zu Lasten der einzelnen Sozialhilfeverbände, macht insgesamt 29.508 Dienstposten. Meine Damen und Herren, Sie verzeihen, daß ich die Zehntel und Hundertstel Dienstposten, die es im Plan auch gibt, nicht verlesen habe. Ich versichere Ihnen aber, daß diese Dienstposten durchwegs von ganzen und gesunden Steirerinnen und Steirern besetzt sind, die in der überwiegenden Mehrheit zum Wohle des Landes arbeiten. Ich bitte um Annahme. (20.15 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer dem Antrag des Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Kraftfahrzeugsystemisierungsplan. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Rainer.

Abg. Rainer (20.15 Uhr): Hohes Haus!

Es werden an Pkws 124 ausgewiesen, das ist der gleiche Stand wie 1989. An Kombifahrzeugen 268, das ist ein Plus von 10, an Lkws 91, das ist der gleiche Stand, und an Spezialfahrzeugen 158, das ist eines weniger. Ich beantrage die Annahme des Kfz-Systemisierungsplanes. (20.15 Uhr.)

Präsident: Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir haben noch über den Antrag des Hauptberichterstatters über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 914/1, abzustimmen. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Rainer das Wort.

Abg. Rainer (20.15 Uhr): Hoher Landtag!

Ich wiederhole meinen Antrag vom 5. Dezember, 9.28 Uhr, auf Annahme des Landesvoranschlags 1990 mit den Ansätzen des ordentlichen und des außerordentlichen Haushaltes sowie mit dem Dienstpostenplan und dem Kraftfahrzeugsystemisierungsplan. (20.16 Uhr.)

Präsident: Wer dem Antrag des Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Damit ist der Landesvoranschlag 1990 einschließlich Dienstpostenplan und Kraftfahrzeugsystemisierungsplan einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 915/1, Beilage Nummer 74, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Rainer.

Abg. Rainer (20.16 Uhr): Hoher Landtag!

Die Vorlage beinhaltet die Vorsorge der Aufnahme von 2 Milliarden Schilling als Anleihe im In- oder Ausland mit einer Laufzeit von 15 Jahren zum Zweck der Investitionsförderungen, und zwar im ordentlichen oder außerordentlichen Haushalt des Jahres 1990, bei den üblichen Konditionen.

Diese Vorlage wurde im Finanz-Ausschuß einstimmig zur Kenntnis genommen. Ich beantrage die Annahme der Vorlage. (20.16 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 916/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1989 (dritter Bericht für das Rechnungsjahr 1989).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Rainer.

Abg. Rainer (20.17 Uhr): Hoher Landtag!

Bei dieser Vorlage handelt es sich um den dritten Bericht für das Rechnungsjahr 1989 über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag in der Höhe von 20,754.450 Schilling.

Ich beantrage die Annahme dieser Vorlage. (20.17 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um ein Handzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 917/1, Beilage Nr. 75, Gesetz über die Landesumlage.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Rainer.

Abg. Rainer (20.17 Uhr): Hoher Landtag!

Diese Vorlage sieht die Landesumlage für Graz und die übrigen Gemeinden vor. Gemäß Paragraph 1 beträgt die Umlage 8,3 vom Hundert gemäß Paragraph 4 des Finanz-Ausgleichsgesetzes an gemeinsamen Bundesabgaben.

Der Paragraph 2 sieht die Aufteilung nach dem Verhältnis der Finanzkraft vor, der Paragraph 3 die Aufteilung in Teilbeträge. Sie sind als solche zu entrichten.

Der Paragraph 4 sieht als Wirksamkeitstermin den 1. Jänner 1989 vor.

Auch diese Vorlage wurde einstimmig im Ausschuß angenommen. Ich beantrage die Annahme der Vorlage. (20.18 Uhr.)

Präsident: Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 920/1, betreffend Grundeinlösung für das Bauvorhaben „Bärnbach-Rosental“ der L 347, Mitterdorfer Straße.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Pinegger.

Abg. Pinegger (20.19 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das Amt der Steiermärkischen Landesregierung hat die Grundeinlösung für das Bauvorhaben „Bärnbach-Rosental“ der L 347 durchgeführt. Diesbezügliche Sachverständigengutachten liegen vor. Die Entschädigungssumme beträgt 7,314.662,50 Schilling. Diese Entschädigung übersteigt das Limit von einer Million und ist ergodessen der Zustimmung des Landtages bedürftig.

Der Finanz-Ausschuß hat das einstimmig genehmigt. Ich beantrage die Zustimmung. (20.19 Uhr.)

Präsident: Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters seine Zustimmung erteilt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 921/1, betreffend Grund- sowie Objektseinelösung Fasching August, 8493 Klöchberg 1, für das Bauvorhaben Nummer 211289, „Umfahrung Klöch“, der L 234/L 259, Klöcher Straße/Purklastraße.

Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Göber.

Abg. Göber (20.20 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Steiermärkische Landesregierung hat die Grund- sowie Objektseinelösung Fasching August in Klöchberg 1 für die Umfahrung Klöch privatrechtlich durchgeführt. Detaillierte Unterlagen liegen bei. Der Betrag umfaßt 2,600.000 Schilling, und ich ersuche Sie um die Genehmigung. (20.20 Uhr.)

Präsident: Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 922/1, betreffend Schenkung der landeseigenen Liegenschaft EZ. 172, KG. Leibenfeld, und EZ. 426, KG. Hörbing, im Gesamtausmaß von rund 15.000 Quadratmeter, an die Stadtgemeinde Deutschlandsberg zur Errichtung eines Seniorenwohnhauses mit Pflegestation zum Schätzwert von 3,3 Millionen Schilling.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kohlhammer.

Abg. Kohlhammer (20.21 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Landesregierung beantragt die widmungsgemäße Überlassung der Liegenschaft EZ. 172, KG. Leibenfeld, und EZ. 426, KG. Hörbing, zur Errichtung eines Seniorenwohnhauses mit einer angegliederten Pflegestation.

Ich stelle den Antrag um Zustimmung. (20.21 Uhr.)

Präsident: Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

9. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 923/1, über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 70, KG. 68237 Mortantsch, Gerichtsbezirk Weiz, an die Ehegatten Johann und Roswitha Pieber, wohnhaft in 8180 Weiz, Steinberg Nr. 36.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Freitag.

Abg. Freitag (20.22 Uhr): Hoher Landtag!

Die Vorlage behandelt den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 70, KG. 68237 Mortantsch, Gerichtsbezirk Weiz, an die Ehegatten Johann und Roswitha Pieber, wohnhaft in 8180 Weiz, Steinberg 36.

Diese Vorlage wurde im Finanz-Ausschuß einstimmig verabschiedet. Ich ersuche daher namens des Ausschusses um Annahme im Sinne des Antrages der Steiermärkischen Landesregierung. (20.22 Uhr.)

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

10. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 924/1, betreffend Landes-Hypothekenbank Steiermark, Jahresabschluß, Geschäftsbericht und Prüfungsbericht 1988.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Rainer.

Abg. Rainer (20.23 Uhr): Hoher Landtag!

Es handelt sich dabei um den Jahresabschluß, Geschäftsbericht und Prüfungsbericht 1988 der Landes-Hypothekenbank. Es gibt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk, und es wird ein Reingewinn von 8,918.265,45 Schilling ausgewiesen.

Diese Vorlage wurde im Finanz-Ausschuß einstimmig zur Kenntnis genommen. Ich beantrage die Annahme der Vorlage. (20.23 Uhr.)

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

11. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 927/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1989 (vierter Bericht für das Rechnungsjahr 1989).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Rainer.

Abg. Rainer (20.24 Uhr): Diese Vorlage beinhaltet den vierten Bericht für das Rechnungsjahr 1989 und weist Mehrausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1989 in der Höhe von 34,933.960 Schilling aus, die aufgeschlüsselt sind.

Diese Vorlage wurde im Finanz-Ausschuß einstimmig zur Kenntnis genommen. Ich beantrage die Annahme der Vorlage. (20.24 Uhr.)

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Bei den Tagesordnungspunkten 12 und 13 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien vor, diese beiden Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen. Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

12. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 928/1, Beilage Nr. 77, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Fremdenverkehrsabgabengesetz geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Günther Ofner.

Abg. Günther Ofner (20.25 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Hier geht es um die Änderung des Fremdenverkehrsabgabegesetzes. Dieses Gesetz wurde in der Budgetdebatte schon sehr ausführlich behandelt, und ich glaube, es weiß jeder darüber Bescheid. Ich ersuche um Annahme. (20.25 Uhr.)

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

13. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 928/2, betreffend den Bericht über das Ergebnis des allgemeinen Begutachtungsverfahrens gemäß Paragraph 13 des Steiermärkischen Volksrechtesgesetzes 1986 hinsichtlich des Gesetzesvorschlages zu einem Gesetz, mit dem das Steiermärkische Fremdenverkehrsabgabegesetz, LGBl. Nr. 54/1980, in der derzeit geltenden Fassung, geändert werden soll.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Günther Ofner.

Abg. Günther Ofner (20.25 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Hier geht es um das allgemeine Begutachtungsverfahren gemäß Paragraph 13 des Steiermärkischen Volksrechtesgesetzes.

Diese Vorlage beziehungsweise dieses Gesetz war vom 17. Juli bis 28. August 1989 aufgelegt. In diesem Begutachtungszeitraum haben 18 natürliche und juristische Personen Stellungnahmen bezogen.

Ich bitte um Annahme. (20.26 Uhr.)

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

14. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 929/1, betreffend Verkauf der Grundstücke 1002 und 1003 der EZ. 508, KG. Lend, mit dem darauf befindlichen Objekt Schmölzergasse 12 zum Preis von 1,300.000 Schilling an Siegfried Reiter, 8160 Untergreith 17.

Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Kanape.

Abg. Kanape (20.26 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Vorlage betrifft den Verkauf der Grundstücke 1002 und 1003 der EZ. 508 der KG. Lend mit dem darauf befindlichen Objekt Schmölzergasse 12 zum Preis von 1,3 Millionen Schilling. Der Verkauf der Liegenschaft liegt im Interesse des Landes, weil eine Nutzung dieser Liegenschaft nur durch eine kostenintensive Generalsanierung möglich wäre.

Diese Vorlage wurde im Finanz-Ausschuß einstimmig verabschiedet. Ich ersuche, dem Antrag die Zustimmung zu erteilen. (20.26 Uhr.)

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

15. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses, Einl.-Zahlen 595/2, 596/2 und 586/2, Beilage Nr. 81, über die Regierungsvorlagen, Einl.-Zahl 595/1, Beilage Nr. 52, Gesetz über das Bergrettungsdienstwesen (Steiermärkisches Bergrettungsdienstgesetz) und Einl.-Zahl 596/1, Beilage Nr. 53, Gesetz über das Rettungsdienstwesen (Steiermärkisches Rettungsdienstgesetz) sowie über den Antrag, Einl.-Zahl 586/1, der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Erlassung eines Steiermärkischen Bergrettungsdienstgesetzes.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kröll.

Abg. Kröll (20.26 Uhr): Aus der Sicht des genannten Ausschusses der Vorlagen EZ. 595/2, 596/2, 586/2 umfaßt auch die vorigen Vorlagen der Regierung EZ. 595/1 über das Bergrettungsdienstwesen und EZ. 596/1, Gesetz über das Rettungsdienstwesen, sowie den Antrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Erlassung eines Steiermärkischen Bergrettungsdienstgesetzes.

Nach vielen Verhandlungen war es möglich, das zu einem zusammenzuschließen. Darüber wurde im Hohen Haus schon gesprochen. Im allgemeinen regelt diese Vorlage die Finanzierung des Rettungsdienstes, die die Gemeinden mit 12 Schilling je Einwohner leisten, davon 15 Prozent gebunden, und das Land Steiermark einen gleich hohen Beitrag für den allgemeinen Rettungsdienst, insbesondere für die überörtlichen Aufgaben. Dazu kommt noch die finanzielle Ausstattung des Bergrettungsdienstes. Als Aufsicht dient die Landesregierung. Ich ersuche namens des Ausschusses um Annahme. (20.27 Uhr.)

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

16. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 477/4, zum Antrag der Abgeordneten Zellnig, Reicher, Vollmann, Herrmann und Genossen, betreffend die Gewährung von Direktzuschüssen aus dem Landesbudget an steirische Bauern.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Günther Ofner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Günther Ofner (20.27 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Nachdem der Herr Abgeordnete Zellnig nicht im Hause ist und ich sein Stellvertreter bin, ersuche ich darum, daß ich diesen Bericht zur Kenntnis bringen kann.

Die gegenständliche Vorlage beinhaltet die Gewährung von Direktzuschüssen aus dem Landesbudget an steirische Bauern. Für die Förderung der steirischen Land- und Forstwirtschaft sind in der Gruppe 7 des Landesvoranschlages 1989 im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt Mittel in der Höhe von insgesamt 544 Millionen Schilling angesetzt. Davon entfallen auf den Abschnitt 71 „Grundlagenverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft“ 185,100.000 und auf den Abschnitt 74 „Sonstige Förderungen der Land- und Forstwirtschaft“ 358,900.000 Schilling. Ich bitte um Annahme. (20.28 Uhr.)

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

17. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 736/3, zum Antrag der Abgeordneten Zellnig, Freitag, Kohlhammer, Franz Ofner, Günther Ofner und Genossen, betreffend die Änderung der Förderungsrichtlinien im Rahmen der Direktzahlungen für Höfe in extremen Grenzgemeinden und für Kleinbetriebe.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Herrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Herrmann (20.28 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Zellnig, Freitag, Kohlhammer, Ofner Franz, Ofner Günther und Genossen, betreffend die Änderung der Förderungsrichtlinien im Rahmen der Direktzahlungen für Höfe in extremen Grenzgemeinden und für Kleinbetriebe. Die Vorlage ist sehr ausführlich dokumentiert. Ich glaube, es hat sie jeder gelesen. Ich stelle daher den Antrag, diese Vorlage zur Kenntnis zu nehmen. (20.29 Uhr.)

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

18. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 925/1, betreffend den Bericht über die landwirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Rupert Buchberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Buchberger (20.29 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Vorlage liegt den Damen und Herren des Hohen Hauses vor, wurde auch eingehend im zuständigen Ausschuss beraten, und ich darf den Antrag stellen, die Zustimmung zu erteilen. (20.29 Uhr.)

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

19. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 859/2, Beilage Nr. 83, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 859/1, Beilage Nr. 67, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Landesweinbaugesetz geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Johann Schweighofer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schweighofer (20.30 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Änderung des Landesweinbaugesetzes befaßt, die Vorlage ist jedem zugegangen, und ich bitte um Annahme dieser Vorlage. (20.30 Uhr.)

Präsident: Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

20. Wahlen in Ausschüsse.

Gemäß Paragraph 54 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wird jede Wahl im Landtag wie in den Ausschüssen mittels Stimmzettel vorgenommen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird. Ich schlage im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hohen Haus vertretenen Parteien vor, die nunmehr durchzuführenden Wahlen in einzelne Ausschüsse durch Erheben der Hand vorzunehmen.

Ich bitte die Damen und Herren des Hohen Hauses, die meinem Vorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Die Sozialistische Partei Österreichs hat mir folgende Wahlvorschläge übermittelt, wobei ich jeden einzelnen Ausschuss gesondert zur Abstimmung bringe:

Im Ausschuss für Arbeitsplatzsicherung und neue Technologien:

Abgeordneter Otto Heibl anstelle von Peter Gottlieb als Mitglied.

Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Finanz-Ausschuss:

Abgeordneter Siegfried Ussar anstelle von Herrn Peter Gottlieb als Mitglied, und Abgeordneter Otto Heibl anstelle von Herrn Abgeordneten Siegfried Ussar als Ersatzmitglied.

Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Gemeinde-Ausschuss:

Abgeordneter Siegfried Herrmann anstelle von Herrn Peter Gottlieb als Ersatzmitglied.

Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Ausschuss für Jugend, Familie und Konsumentenschutz:

Abgeordneter Siegfried Ussar anstelle von Herrn Abgeordneten Franz Trampusch als Ersatzmitglied.

Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Kontroll-Ausschuß:

Abgeordneter Dr. Arthur Ficzko anstelle von Herrn Peter Gottlieb als Mitglied.

Weiters Abgeordnete Barbara Kanape anstelle von Frau Abgeordneter Lore Schoiswohl als Mitglied sowie Abgeordneter Otto Heibl anstelle von Frau Abgeordneter Barbara Kanape als Ersatzmitglied.

Wenn Sie diesen Wahlvorschlägen Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Ausschuß für Umweltschutz:

Abgeordnete Lore Schoiswohl anstelle von Herrn Abgeordneten Dr. Arthur Ficzko als Mitglied.

Weiters Abgeordneter Otto Heibl anstelle von Herrn Peter Gottlieb als Ersatzmitglied.

Wenn Sie diesen Wahlvorschlägen Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur:

Abgeordneter Franz Trampusch anstelle von Herrn Peter Gottlieb als Ersatzmitglied.

Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Wirtschafts- und Raumordnungs-Ausschuß:

Abgeordneter Johann Reicher anstelle von Herrn Peter Gottlieb als Mitglied.

Weiters Abgeordneter Otto Heibl anstelle von Herrn Abgeordneten Johann Reicher als Ersatzmitglied.

Wenn Sie diesen Wahlvorschlägen Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung:

Abgeordneter Dr. Arthur Ficzko als Mitglied anstelle von Herrn Abgeordneten Johann Reicher.

Weiters Abgeordneter Kurt Gennaro als Ersatzmitglied anstelle von Herrn Abgeordneten Franz Trampusch sowie Abgeordneter Johann Reicher als Ersatzmitglied anstelle von Herrn Abgeordneten Dr. Arthur Ficzko.

Wenn Sie diesen Wahlvorschlägen Ihre Zustimmung erteilen, ersuche ich Sie um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 21 und 22 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hohen Haus vertretenen Parteien vor, diese beiden Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Tagesordnungspunkt

21. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses, Einl.-Zahl 144/8, Beilage Nr. 80, über den Antrag, Einl.-Zahl 144/1, der Abgeordneten Dr. Maitz, Dr. Strenitz, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Trampusch, Dr. Hirschmann, Freitag, Dr. Dorfer und Erhart, betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Kontrollinitiative der Landesbürger an den Landesrechnungshof.

Tagesordnungspunkt

22. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 144/7, betreffend den Bericht gemäß Paragraph 13 Absatz 1 des Steiermärkischen Volksrechtgesetzes, LGBl. Nr. 86/1986, über das Ergebnis des Begutachtungsverfahrens hinsichtlich des Antrages der Abgeordneten Dr. Maitz, Dr. Strenitz, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Trampusch, Dr. Hirschmann, Freitag, Dr. Dorfer und Erhart, betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Kontrollinitiative der Landesbürger an den Landesrechnungshof.

Als Berichterstatter zum Tagesordnungspunkt 21 erteile ich dem Herrn Abgeordneten Trampusch das Wort.

Abg. Trampusch (20.34 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus!

Namens des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses darf ich um Annahme dieser Vorlage bezüglich Erlassung eines Gesetzes über die Kontrollinitiative der Landesbürger an den Landesrechnungshof ersuchen. (20.34 Uhr.)

Präsident: Weiters Tagesordnungspunkt 22, Bericht des gleichen Ausschusses über die Einl.-Zahl 144/7.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Trampusch.

Abg. Trampusch (20.34 Uhr): Ich ersuche namens des gleichen Ausschusses, die Vorlage über das Ergebnis des Begutachtungsverfahrens zum genannten Gesetz ebenfalls anzunehmen. (20.34 Uhr.)

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Ich werde in folgender Reihenfolge abstimmen lassen: erstens über die Einl.-Zahl 144/8, Beilage Nr. 80, mit Ausnahme des Paragraphen 3, zweitens über den Paragraphen 3, wie er in der Einl.-Zahl 144/8, Beilage Nr. 80, enthalten ist, und drittens über den Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 144/7.

Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die der Einl.-Zahl 144/8, Beilage Nr. 80, mit Ausnahme des Paragraphen 3 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Paragraphen 3 der Einl.-Zahl 144/8, Beilage Nr. 80, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 144/7, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist somit einstimmig angenommen.

Ich gehe nun zum Tagesordnungspunkt

23. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 828/3, Beilage Nr. 82, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Fernseh- und Rundfunkschillinggesetz geändert wird, über.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Arthur Ficzko.

Abg. Dr. Ficzko (20.35 Uhr): Meine Damen und Herren!

Es geht hier um die Vorlage der Landesregierung zur Änderung des Gesetzes über den Steiermärkischen Fernseh- und Rundfunkschilling. Der Rundfunk- und Fernsehschilling soll nunmehr 15 Prozent der für jede Bewilligung zu leistenden Zahlung betragen. Ich bitte um Annahme. (20.35 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth.

Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth (20.36 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Situation will es, daß ich heute hier das Wort ergreife. Herr Landeshauptmann Dr. Krainer erholt sich noch von seiner schweren Operation. Es geht ihm gut, er wird in einer Woche wieder in Graz sein. Ich bestelle dem Hohen Haus seine besten Grüße und Wünsche. (Allgemeiner Beifall.) Der Landtag hat soeben mit seinem Beschluß die Novelle des Finanzausgleichsgesetzes urgiert. Sie ist für die steirischen Gemeinden sehr wichtig. Sie soll eine einseitige Bevorzugung von Gemeinden im Umland von Wien abstellen, bringt der Steiermark pro Jahr etwa 60 Millionen Schilling. Ich kann berichten, daß wir auf unserer Seite tätig gewesen sind. Ich habe vorgestern mit Herrn Vizekanzler Dipl.-Ing. Riegler gesprochen, und er hat uns gestern mitgeteilt, daß er den Herrn Finanzminister ersucht hat, die Vertreter der Länder und Gemeinden für Montag nach Wien, vor dem Plenum des Nationalrates am 12. und 13. Dezember, einzuladen, um noch eine Regelung zeitgerecht zu erreichen. Diese Konferenz – wir haben es schon gehört – wird am Montag stattfinden. Wir haben auch vorsorglich dem Herrn Klubobmann Dr. König heute ein Telegramm geschickt, das heißt, der Steiermärkische Landtag wird am Ende der heutigen Budgetdebatte an die Landesregierung mit der dringenden Aufforderung herantreten, mit allen Mitteln darauf zu dringen, daß die von der Landesfinanzreferentenkonferenz ausgearbeitete Novelle noch dieses Jahr im Parlament beschlossen und damit einer nicht mehr erträglichen Benachteiligung steirischer Gemeinden ein Ende gesetzt wird.

Ende des Telegrammes. (Allgemeiner Beifall.) Das ist unser Standpunkt, und wir möchten als Kommentar noch dazufügen, daß es bedauerlich ist, daß diese Misere durch eine innerniederösterreichische Polemik Höger gegen Ludwig entstanden ist, und wir wollen aber in der Steiermark diese Suppe nicht auslöffeln müssen.

Meine Damen und Herren, am Schluß eines Kalenderjahres ist es heuer in einem so politischen Haus nicht möglich zu sprechen, ohne den Bezug zu den Geschehnissen in Europa herzustellen. Es begann alles mit einem Blick zurück. Manchen Beobachtern erschienen die Feierlichkeiten überzogen, die sich Paris und Frankreich genehmigten, um den zweihundertsten Jahrestag des Sturms auf die Bastille zu feiern. Es sollte sich aber bald herausstellen, daß das gewaltige Ereignis der Französischen Revolution von 1789 tatsächlich in dramatischer Weise bis zum heutigen Tag weiterwirkt. Damals wurden zum ersten Mal auf dem europäischen Kontinent die Menschen- und Bürgerrechte feierlich proklamiert. Freiheiten wurden damit kodifiziert, die aus Untertanen freie Menschen und mündige Bürger machen sollten: die Freiheit der Meinung und der Presse, Gewissensfreiheit, das Recht auf Schutz vor willkürlicher Verhaftung, die Freiheit auf Eigentum und damit auch die Freiheit zu wirtschaften.

Wir konnten am 14. Juli 1989 nicht ahnen, wie rasch diese Rechte mit der Gewalt eines Orkans in Europa neu eingefordert werden sollten. Hier war ein System von Moskau aus – oder genauer gesagt von Petersburg/Leningrad aus – seit 1917 angetreten, um die bessere und die gerechtere Welt zu bauen. Sein Anspruch war höchst respektabel und bedeutete in den zwanziger, dreißiger Jahren und noch später auch mitten im Westen Europas Hoffnung für Intellektuelle einerseits und viele Beladene andererseits. Aber der Weg war falsch. Der Anspruch auf totale Beglückung braucht totale Herrschaft, und totale Herrschaft führt eines Tages zur Barbarei. Auch die Französische Revolution schlug einen solchen Irrweg zwischendurch ein. In der ersten Menschenrechtserklärung von 1789 heißt es noch im ersten Satz: „Die Menschen werden frei und gleich an Rechten geboren, und sie bleiben es.“ Vier Jahre später radikalisierte sich die Revolution, es wurde eine neue Fassung der Menschenrechte beschlossen. Sie ist doppelt so lang wie die erste, und in ihr lautet der erste Satz ganz anders, nämlich: „Das Ziel der Gesellschaft ist das gemeinsame Glück.“

„Das gemeinsame Glück“ ist eine schöne Formel. In ihr schwingt eine menschliche Ursehnsucht mit. Und wie verheerend kann sie in der praktischen Umsetzung wirken! Kaum war dieser Zielparagraph damals verkündet, begann in Paris und in Frankreich die Guillotine zu wüten. Man nannte sie zynisch das „Rasiermesser der Nation“. Und nicht nur die Köpfe von Aristokraten rollten, die es sich vorher auf Kosten des Volkes zu gut hatten gehen lassen, nicht nur der Kopf des Königs und der Königin, der Österreicherin, sondern wie immer bei solchen Massenzuständen kamen auch viele kleine Leute unter die Räder. Die Stadt Lyon etwa, die mit der Revolution nicht einverstanden war, sollte mitsamt ihrem Namen für ewige Zeiten ausradiert werden, und in Westfrankreich kam es zu genocidähnlichen Massenliquidierungen von Bauern und Bürgern,

die damit nicht einverstanden waren, daß die Revolution auch daranging, den lieben Gott abzuschaffen. An der Mündung der Loire wurde eine ganze Flotte von Schiffen mit Gefangenen an Bord, die sich nicht rühren konnten, versenkt. Die Schreckensherrschaft der Jakobiner dauerte keine zwei Jahre. Der Stalinismus mit samt seinen Vor- und Nachspielen runde 80 Jahre. Sein unheiliges Experiment ist gescheitert. Auch 1989 wird für spätere Geschichtsschreiber ein großes historisches Jahr sein, das Jahr, in dem Politik von den „Zwecken der Gesellschaft“ zu den „Rechten von Menschen“ zurückpendelte.

Was wir bei uns leichthin „demokratische Spielregeln“ nennen, das haben drüben Hunderttausende in spontanen Volksabstimmungen eingefordert: in der Leipziger Nikolaikirche ebenso wie auf dem Prager Wenzelsplatz, am Brandenburger Tor genauso wie auf dem alten Heldenplatz in Budapest. Sie verlangten das Recht auf Bildung von Parteien und auf freie Wahlen, Presse- und Meinungsfreiheit, das Recht der Bürger, sich frei zu bewegen, frei aus- und einzureisen. Alles Rechte, die uns selbstverständlich erscheinen, so selbstverständlich, daß wir sie kaum mehr beachten und sogar bereit sind, sie zu belächeln und sie als Wahlethaler gar nicht mehr auszuüben. Der Mensch schätzt eben gering, was er hat. Machtwechsel, wie er im Westen an einem einzigen Wahlsonntag passieren kann, muß drüben durch mühselige Massendemonstrationen und lange Verhandlungen erst erzwungen werden. Dabei ist es noch immer unfassbar, daß dieser Umschwung unblutig geschah und hoffentlich weiter geschehen wird. Er ist ja noch lange nicht zu Ende. Das Massaker auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking hat sich in Europa nicht ereignet.

Dürfen wir hoffen und behaupten, daß das ein Signal ist, das unser Kontinent der Geschichte gibt? Alexander Jakowlew, ein Berater Michail Gorbatschows für Ideologiefragen, hat im Juli zum Thema der Französischen Revolution geschrieben: „Gewalt kann nicht mehr als die Hebamme der Geschichte aufgefaßt werden.“ Wollen wir damit festhalten, daß es die Errungenschaft der westlichen Demokratie ist, daß sie physische Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele geächtet hat. Eine Errungenschaft, die absolut nicht selbstverständlich ist, die uns aber auch daran erinnern muß, daß unsere Kultur der gewaltlosen Konfliktlösung noch kräftig verbessert werden kann und muß. Ob in einem Haus wie diesem, ob anderswo in der Öffentlichkeit, speziell auch über die Medien – versuchen wir, Konflikte anstatt mit der Maschinenpistole mit Argumenten auszutragen und wenn möglich zu regeln. In unserer jungen Demokratie merken wir dabei noch oft, daß der Weg vom Holzhammer zum Florett ein langer Stolperpfad ist. Gehen wir ihn, es ist ein Weg der Humanisierung und der Kultivierung. Es gibt immer mehr Leser, Hörer und Seher, die erwarten, daß die politische Diskussion ohne böartige Verunglimpfungen, ohne bewußt eingesetzte Halb-, Viertel-, Achtel- oder Nullwahrheiten geführt wird. Die politische Arena ist kein Mimosengarten, sie soll aber auch kein Schlachthof sein, dessen Schauspiel die Bürger und Bürgerinnen, besonders aber die Jugend, abstößt. Die Unvollkommenheit der Demokratie ist gerade der Jugend nicht leicht verständlich zu machen. Jugend liebt das Absolute, das Ideal. Sie wird daher immer

wieder für Diktaturen anfällig sein, weil Diktaturen nach außen makellos erscheinen. Aber diese Kulisse ist eben nur Schein, ein schrecklich schöner Schein. Die Unzulänglichkeit der Demokratie ist die Unzulänglichkeit von Menschen. Sie ist das bessere System, sie ist unzulänglicher als die Diktatur, weil menschlich, und sie ist menschlicher, weil unzulänglich. Diese Erkenntnis hat 1989 in aufregender Weise bestätigt. Sie darf uns aber nicht einschläfern. Wir müssen selber im Westen stets bereit sein, umzukehren, zu korrigieren, gegenzusteuern. Seien wir froh über unsere Chance der permanenten Korrektur, und seien wir nicht hochmütig gegenüber denen, die drüben an ihren großen Problemen in Politik und Wirtschaft würgen.

Uns bleiben selber genug Probleme auf dem Tisch. Es gibt genug Vergessene bei uns. Und die Kundgebungen drüben waren zugleich ein Referendum zugunsten westlicher Lebensweise, und die bedeutet auch mehr materiellen Wohlstand. Mehr Wohlstand, und sei er noch so bescheiden, bedeutet das Verlangen nach mehr Konsumartikeln. Wenn deren Produktion aber steigt, werden die Probleme der Ökologie wachsen. Die ökologische Herausforderung, schon mächtig genug, bleibt uns in voller Wucht erhalten.

Wenn sich auch West und Ost näherkommen sollten und ihr paranoides gegenseitiges Mißtrauen etwas ablegen: Der Abgrund und die Spannung zwischen Nord und Süd bleiben bestehen. „Entwicklung ist der neue Name für Frieden“, heißt es in der genialen Enzyklika Papst Pauls VI. über den Fortschritt der Völker. Der Friede zwischen den Völkern ist ohne Ausgleich der ärgsten sozialen Unterschiede überhaupt nicht zu erreichen. Als Österreicher, als Steirer, haben wir die Chance, solche Entwicklungen vor allem in unserer Nachbarschaft zu begünstigen. Die Polenaktion der Steiermärkischen Landesregierung ist dafür ein Beispiel ebenso wie alle möglichen Partnerschaften, die sich in diesen Wochen und Monaten auf allen möglichen Ebenen mit dem Osten anbahnen. Kleine Schritte auf dem Weg zu mehr Frieden. Es wäre ja so schön, alle Rüstungen dieser Welt abzuschaffen, und alles Geld für alle Rüstungen wäre nicht zu viel, wenn man damit auch nur einen einzigen Blinden sehend machen könnte. Dieser Traum wird lange bis zu seiner Erfüllung brauchen. Aber es muß erlaubt sein, ihn zu träumen.

Weihnachten ist, meine Damen und Herren – zumindest in unserem Kulturkreis – die Zeit, in der ein altes menschliches Sehnen nach Frieden und Eintracht in Erfüllung gehen sollte. Nachdem sich der ärgste Pulverdampf in diesem Ring gelegt hat, meine ich, wir sollten wieder einander die Hände geben. Nicht um so zu tun, als ob wir unsere Kontroversen unter diesen schönen Teppich kehren wollten, das wäre ja unaufrichtig. Aber vielleicht tut es uns allen gut, wenn wir unsere Differenzen auf kurze Zeit vertagen.

Lassen Sie mich Dank sagen am Ende dieser drei Tage allen jenen, die sich um die Erstellung des Voranschlages bemüht haben, dem zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Dr. Klauser, seinen Beamten, Herrn Hofrat Dr. Kriegseisen, Herrn Rechnungsdirektor Pirzl und deren Mitarbeitern. Danken wir auch dem Präsidium des Hohen Hauses, Herrn Präsidenten Wegart, seinen Vizepräsidentinnen Meyer und Dr. Kalnoky für die weise, umsichtige Lenkung unserer

Debatten. Ein spezieller Dank wendet sich an unsere Stenographinnen. Ich frage mich ja immer wieder, haben diese Damen wirklich so viele Sünden auf dem Kerbholz, daß sie das alles mitschreiben müssen, was wir ihnen da hier vorreden? Und ein Letztes, meine Damen und Herren, ich habe hier in Vertretung des Herrn Landeshauptmannes gesprochen. Nach dem strengen Protokoll wäre mein Wort das Schlußwort der Regierung gewesen. Ich weiß aber, daß Herr Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross die Absicht hat, auch zu reden, weil diese Sitzung der letzte Budgetlandtag ist, an dem er teilnimmt. Und in dieser besonderen Situation lasse ich ihm – ohne daß er mich darum gebeten hätte – gerne das letzte Wort.

Meine Damen und Herren! Die Steiermark geht in die neunziger Jahre. Wünschen wir den Steiererinnen und den Steirern viel Glück und alles Gute! (Allgemeiner Beifall. – 20.53 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross.

Erster Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross (20.53 Uhr): Hohes Haus! Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wenn vor mir Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth gesagt hat, im Zuge der Finanzausgleichsverhandlungen haben wir eine gute Chance, da möchte ich nur bestätigen, daß das „Wir“ für uns alle in diesem Hohen Hause gilt. Und daß wir gemeinsam versuchen werden, in einer recht schwierigen Situation das noch zu erreichen, was für die Steiermark, andere Bundesländer und für unsere Gemeinden notwendig ist.

Meine Damen und Herren! In der fortgeschrittenen Zeit der Diskussion habe ich es bewußt verabsäumt, mich über Probleme der Gemeindepolitik zu äußern. Aber ich möchte etwas hier sehr deutlich sagen. Unsere Gemeinden bekommen immer wieder neue Aufgaben zugeordnet. Sie sind meiner Meinung nach an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Und der Gesetzgeber sowohl im Land wie im Bund muß es sich sehr gut überlegen, Gesetze zu beschließen, die diesen Gemeinden neue Zuordnungen und neue finanzielle Belastungen bringen. Sie können es nicht mehr verkraften. Das ist meine persönliche Meinung. (Allgemeiner Beifall.) Und, meine Damen und Herren, in diesen drei Tagen ist soviel gesprochen worden von Europa, von der Welt, vom Frieden, von einer langen Friedenszeit, die wir uns alle ersehnen. Und in diesen Wochen ist Europa Schauplatz bahnbrechender Veränderungen und Umwälzungen. Millionen Bürgern unserer östlichen Nachbarstaaten werden langersehnte politische Freiheiten und Möglichkeiten eröffnet. Wir werden Zeuge, geschichtlich gesehen, einer faszinierenden Entwicklung, die noch vor Monaten von niemandem erhofft, geschweige denn vorausgesehen werden konnte.

Gestatten Sie mir trotz dieser bedeutsamen Vorgänge ein kurzes persönliches Resümee zu der jetzt zu Ende gehenden Debatte in der steiermärkischen Landstube. Wie in jedem Jahr, so ist auch heuer der Beschlußfassung über den künftigen Landesvoranschlag eine lange und umfassende Debatte des Landtages vorausgegangen. Drei arbeitsreiche Tage und

Abende waren Auftakt für jene Zeit, die seit eh und je die stillste im Jahr genannt wird, doch es längst nicht mehr ist. Im Rahmen der diesjährigen Budgetdebatte haben Sie, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, wertvolle Beiträge durch Ihre Vorschläge und Anregungen, aber auch durch Ihre konstruktive Kritik geleistet. Dafür möchte ich Ihnen herzlich danken. Dies umso mehr – und Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth hat es erwähnt –, als diese Budgetdebatte die 25. und gleichzeitig die letzte ist, an der ich als Abgeordneter oder als Regierungsmitglied teilnehme.

Meine politische Tätigkeit – gestatten Sie mir, daß ich einige persönliche Worte sage – begann im April 1965 in diesem Hohen Haus. Seither hatte ich Gelegenheit, an allen Budgetsitzungen des Landesparlamentes hier mitzuwirken. Aber, meine Damen und Herren, wenn wir diese Zeit vergleichen, 1965 bis 1989 jetzt, dann müßte ich sagen, damals haben wir alle in der Zeit des „kalten Krieges“ gelebt. Wir haben Sorge um die Arbeitsplätze und um die Umstrukturierung unserer Wirtschaft gehabt. Und heute – glaube ich – durch eine Entwicklung, die ich vorher erwähnt habe, haben wir einfach das Gefühl und die Hoffnung, daß es wirklich eine Zeit geben könnte in diesem Europa und in der Welt ohne drohenden Krieg, und daß wir es schaffen werden, die Arbeitsplätze zu sichern. Und zu diesen Arbeitsplätzen hat sich in diesen Jahren seit 1965 etwas dazugesellt: der Umweltschutz. Wir werden alle ganz große Mühen haben, diese Probleme zu meistern. Es sagt sich so leicht: Ökonomie und Ökologie sind unvereinbar – und wir bekennen uns dazu –, nur in der Praxis unserer Tätigkeit werden wir die Probleme erkennen. Aber, meine Damen und Herren, so sehr die Steiermark, wiederholt in der Debatte heute genannt, so ein bißchen Schlußlicht ist, an der eine gewisse internationale Entwicklung und das Wirtschaftswachstum ein bißchen vorbeigehen und vorbeistreifen, möchte ich sagen, daß wir uns sicherlich gemeinsam bemühen werden, diesen Gleichklang der Arbeitsplatzsicherung und der Umweltpolitik in unserem Lande herzustellen.

Und, meine Damen und Herren, vielleicht noch eine persönliche Erinnerung: Wenn ich an 1965 zurückdenke, dann denke ich daran – so habe ich es in Erinnerung –, daß sich alle Menschen zu dieser Demokratie, zu diesem Österreich, unserem Heimatland, und der Steiermark unbestritten bekannt haben. Und gestatten Sie mir, wenn ich sage, daß ich heute manchenmal das Gefühl habe, daß wir vieles, was wir gemeinsam im Interesse der Menschen dieses Landes geschaffen haben, allzu leichtfertig in Frage stellen.

Zweimal, 1967 und 1973, durfte ich für die Sozialistische Partei die Generalrede halten. Neben Kultur- und Bildungsfragen, insbesondere der Erwachsenenbildung, habe ich mich vor allem zu den Lebensfragen der Steiererinnen und Steirer, zu Wirtschaftsfragen und Problemen der steirischen Gemeinden zu Worte gemeldet.

Ich möchte Ihnen ehrlichen Herzens in meiner langjährigen Verbundenheit mit dem Steiermärkischen Landtag meinen aufrichtigen persönlichen Dank für die gute Zusammenarbeit, die trotz aller partei- und tagespolitischer Differenzen stets die Grundlage unse-

rer gemeinsamen Arbeit war und hoffentlich auch weiter sein wird, aussprechen.

Heutzutage sind es oft negative Charakterisierungen, mit denen die Politik und jene, die sie gestalten, konfrontiert sind. Dennoch ist und bleibt es eine Tatsache, daß alle, die öffentliche Ämter bekleiden, viel von ihrer Freizeit und ihrem Familienleben dem Dienst der Menschen unserer steirischen Heimat widmen. Und ich glaube, ich kann es sagen als einer, der Abschied nimmt. Wenn man heute von Privilegien spricht, die wir angeblich so zahlreich haben, und die Medien es so berichten, dann glaube ich, wir haben vor allem ein Privilegium, das wir immer so gedeutet und auch in unserer Arbeit bestärkt haben, das Privilegium, für die Steiererinnen und Steierer immer da zu sein. Und so soll es auch bleiben, liebe Freunde! (Allgemeiner Beifall.) Es ist heute manchemal allzu leicht, auch in der Medienpolitik, jene abzustempeln und manchmal die anderen. Aber, liebe Freunde, ich glaube, wir sind einen guten Weg gegangen, einen gemeinsamen Weg, zu dem wir uns bekennen. Und ich würde mir persönlich sehr wünschen, daß auch in Zukunft uns das Gemeinsame mehr verbindet als das Trennende. (Allgemeiner Beifall.) Und ich glaube persönlich auch, daß die Menschen in dieser grünen Mark oder der weißen Landschaft, wie die Frau Landesrätin gesagt hat, das von uns erwarten. Und ich glaube auch, daß wir nur so – meiner Meinung nach – die Probleme der neunziger Jahre erfolgreich meistern können. Ich hoffe sehr, daß dies in einer Umwelt geschieht, die auch unseren Kindern noch eine gute Chance bietet, und ich hoffe sehr, daß dies in einer Zeit des inneren und äußeren Friedens erfolgt, in einer Zeit mit vielen Problemen, aber trotz allem des relativen Wohlstandes in diesem Lande.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen, allen Landesbediensteten sowie allen Steiererinnen und Steirern eine frohe, besinnliche Weihnachtszeit sowie Glück und Erfolg für 1990. Und es gibt ein Sprichwort, das lautet: „Erfolg hat nur der Tüchtige.“ Ich glaube, wir sind tüchtig als Steierer. Glück auf! (Allgemeiner Beifall. – 21.05 Uhr.)

Präsident: Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren!

Wir sind in der Zielgeraden der Beratungen über den Landesvoranschlag für 1990.

Nach einer Dauer von 34 Stunden, 18 Minuten, wozu sich die Abgeordneten und Regierungsmitglieder zu insgesamt 149 Wechselreden gemeldet haben, gehen die Beratungen zu Ende. Damit sind die Grundlagen für eine gedeihliche und gute Arbeit für 1990 geschaffen.

In diesem nun abgelaufenen Jahr 1989 wurden in den insgesamt neun Sitzungen des Steiermärkischen Landtages 226 Anträge von Abgeordneten, 184 Regierungsvorlagen, davon 21 Gesetzesvorlagen, sowie vier dringliche Anfragen, eine Anzeige und drei Auslieferungsbegehren eingebracht.

Weiters wurden 180 Beschlüsse, darunter 18 Gesetzesbeschlüsse und 23 Beschlußanträge im Rahmen des Landesvoranschlags 1990 gefaßt, die in weiterer Folge vom Landtag zum überwiegenden Teil einstimmig oder mit Mehrheit beschlossen worden sind.

Bei vier Landtagssitzungen, die mit einer Fragestunde begannen, wurden 70 Anfragen von Abgeordneten sowie 31 schriftliche Anfragen eingebracht.

Die Landtags-Ausschüsse haben in 102 Sitzungen – ich wiederhole diese Zahl, in 102 Sitzungen – alle Vorlagen vorbereitet und dem Landtag zur Beschlußfassung unterbreitet.

Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren!

Dem Steiermärkischen Landtag wurde im Juni des heurigen Jahres eine große Ehre und Auszeichnung zuteil.

Die deutsch-österreichische Landtagspräsidentenkonferenz unter Einschluß des Südtiroler Landtages hielt ihre Jahrestagung in Graz ab.

Die Tagung wurde in weiterer Folge durch den Besuch der Präsidentin des Deutschen Bundestages Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth und dem Herrn Präsidenten des Österreichischen Nationalrates Rudolf Pöder ausgezeichnet. Die Beratungen und das Rahmenprogramm dieser dreitägigen Zusammenkunft haben bei allen Teilnehmern große Zustimmung gefunden.

Anfang Juli fand sich eine Delegation des Steiermärkischen Landtages unter meiner Führung zu einem Besuch des Kroatischen Parlamentes in Agram ein.

Auch hier waren die Beratungen ein voller Erfolg. Kroatien ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria und arbeitet, das konnten wir in diesen Beratungen feststellen, in dieser aktiv mit. Wir haben zum Ausdruck gebracht, daß wir an einem stabilen Jugoslawien ein großes Interesse haben.

Vom 19. bis 21. September besuchte eine Delegation des Niedersächsischen Landtages die Steiermark. Neben dem umfangreichen Gedanken- und Erfahrungsaustausch wurde auch ein Rahmenprogramm absolviert, das bei den deutschen Gästen einen starken Eindruck hinterließ.

Der Delegation wurden Fremdenverkehrseinrichtungen in der Oststeiermark und des Grenzlandes gezeigt, in weiterer Folge fanden Gespräche mit der Leitung der Grazer Messe und im Rektorat der Karl-Franzens-Universität statt. Abgeschlossen wurde der Besuch mit einer Besichtigung von Industrieanlagen in Fohnsdorf und der Landesausstellung in Judenburg.

Eine große Freude war es, in der Zeit vom 27. bis 29. September eine Delegation des Südtiroler Landtages unter der Führung von Frau Landtagspräsidentin Franzelin-Werth in Graz begrüßen zu können.

Die Gespräche mit der Südtiroler Landtagsdelegation haben neuerlich die ungewöhnlich herzliche Beziehung der Steiermark zu Südtirol unterstrichen.

Mit einem Besuch des Zeughauses, einem Rundgang durch die Grazer Altstadt, einer Aufführung in der Grazer Oper und des Besuches der Landesausstellung in Judenburg klang dieser freundschaftliche Besuch aus.

Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren!

Wie es seit langem Brauch ist, darf ich als Präsident des Landtages ein paar Überlegungen einbringen, die mir viel bedeuten.

In wenigen Tagen wird das Jahr 1989 im großen Strom der Zeit versinken. In diesem Jahr ist vieles in Europa in Bewegung geraten.

Wer hätte am Anfang des Jahres annehmen können, daß in Polen, Ungarn, der DDR und in der Tschechoslowakei Veränderungen stattfinden, die man heute in ihrer ganzen Tragweite noch nicht begreifen kann?

Wer hätte annehmen können, daß die Berliner Mauer niedergebroschen wird?

Wer hätte annehmen können, daß Zehntausende ostdeutsche Bürgerinnen und Bürger im Fluchtwege das Land verlassen?

Wer hätte annehmen können, daß Millionen Menschen in der DDR und in der Tschechoslowakei auf die Straße gehen, um gegen dieses unmenschliche System zu demonstrieren?

Noch können wir nicht absehen, was von alldem Bestand haben wird.

In der Hauptstadt der Volksrepublik China wurden die jungen Menschen vom Platz geschossen, als die Machthaber glaubten, das System der kommunistischen Diktatur sei in Gefahr.

Es steht daher zu befürchten, daß auch in Osteuropa die kommunistischen Machthaber nicht so ohne weiteres bereit sein werden, die Macht zu teilen oder gar von der politischen Bühne abzutreten.

Man kann nur sagen, das kommunistische System hat Bankrott gemacht. Der Ruf nach Freiheit, nach freien Wahlen, nach parlamentarischer Demokratie, nach dem Rechtsstaat, nach den Menschenrechten kann nicht mehr übergangen werden.

Umso glücklicher muß sich Österreich schätzen, daß in dieser unruhigen Zeit ein stabiler Faktor ist. Ohne etwas zu beschönigen, kann gesagt werden, die Lage in unserem Land ist hundertmal besser als die Stimmung.

Österreich erlebt derzeit eine phantastische Konjunktur, wie wir sie schon seit Jahrzehnten nicht mehr verzeichnen konnten. Die Wirtschaftsdaten sind wie aus dem Bilderbuch: hohes Wachstum, enorme Exportzuwächse, ausgezeichnete Fremdenverkehrssaison, steigende Produktivität, höhere Investitionen und privater Konsum, geringe Preissteigerung, Hochkonjunktur, Beschäftigungsrekord und nahezu Vollbeschäftigung. Der Mehrzahl der Österreicherinnen und Österreicher geht es besser denn je.

Aber das Jahr 1989 verpflichtet uns auch, sich an historische Daten zu erinnern.

Vor 75 Jahren, am 28. Juni 1914, wurden in Sarajewo die unseligen Schüsse auf das österreichische Thronfolgerpaar Franz Ferdinand abgefeuert. Sie lösten in weiterer Folge den Ersten Weltkrieg aus und führten damit Veränderungen in Europa herbei, deren Auswirkungen wir bis in unsere Tage spüren.

Vor 70 Jahren, in den Septembertagen 1919, wurden die Friedensverträge von Versailles, St. Germain und Trianon abgeschlossen. In Wahrheit waren es nicht Friedensverträge, sondern Friedensdiktate. Wenn die Sieger von 1918 nicht von Haß, sondern von Vernunft begleitet gewesen wären, hätten sie uns das ganze Drama des Zweiten Weltkrieges erspart.

Es ist eine alte Volksweisheit: „Haß ist immer ein schlechter Ratgeber.“

Vor 50 Jahren, am 1. September 1939, begann der Zweite Weltkrieg, in den unsere Generation hineingegrissen wurde.

Meine Generation hat diesen Krieg nicht gesucht und nicht gewollt. Er ist über uns hereingebrochen wie ein Urgewitter, vor dem man nicht davonlaufen konnte.

Winston Churchill, der englische Kriegspremier, wurde 1945 gefragt, wie man denn diesen Krieg, der nun zu Ende gegangen ist, nennen soll. Da gab er die bezeichnende Antwort: „Nennen wir ihn den unnützen Krieg.“ Dieser unnütze Krieg hat 52 Millionen Tote gekostet, und er hat Europa in zwei Teile zerrissen, er hat Deutschland geteilt; er hatte zur Folge, daß mehr als 16 Millionen Menschen ihre ursprüngliche Heimat verloren hatten – die größte Völkerwanderung aller Zeiten. Und noch ist nicht abzusehen, welche weiteren Folgen dieser Zweite Weltkrieg mit sich bringen wird.

Das ist die historische Erinnerung des Jahres 1989.

Mit dem Jahr 1990 beginnt nicht nur ein neues Jahrzehnt, sondern wir nähern uns dem Ende eines Jahrhunderts, das von unvergleichlichen Katastrophen heimgesucht wurde: zwei Weltkriege, politische Umwälzungen ohne gleichen, die europäische Landkarte wurde mehrfach zerschnitzelt. Nie zuvor, soweit wir zurückblicken können, ist soviel Unglück über die Menschheit hereingebrochen, wie in diesem Jahrhundert.

Mit Recht erhebt sich für uns alle die Frage, welche Wünsche wir an das neue Jahr und das kommende Jahrzehnt äußern.

Wir wollen Frieden. Wir wollen, daß es gut weitergeht.

Im Jahr 1990 wird die österreichische Bevölkerung aufgerufen werden, ein neues Parlament zu wählen.

Aus meiner jahrzehntelangen politischen Erfahrung rufe ich alle Abgeordneten des Hohen Hauses auf, mit der erforderlichen politischen Reife die Wahlauseinandersetzung zu bestreiten, damit wir uns danach wieder in die Augen sehen können, um dem Land und seinen Bürgern gemeinsam zu dienen.

Am 25. März 1990 werden, mit Ausnahme der Landeshauptstadt Graz, in allen steirischen Gemeinden Gemeinderatswahlen durchgeführt. Als kleinste Einheit unserer staatlichen Ordnung sollen sie von uns allen ernstgenommen werden. Gut geführte Gemeinden sind das Fundament für den weiteren Aufstieg unseres Landes und für das Zusammenleben unserer Bürgerinnen und Bürger.

In dieser Gesinnung, verehrte Damen und Herren, wünsche ich Ihnen frohe Weihnachten und ein kräftiges Glückauf für 1990.

Die Landtagssitzung ist geschlossen. (Allgemeiner Beifall. – Ende der Sitzung 21.16 Uhr.)